Abgeordnetenhaus BERLIN

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Plenarprotokoll

69. Sitzung

Donnerstag, 7. Januar 2021

Inhalt ..... Seite

Gedenkworte

Henning Lemmer, ehemaliger Abgeordneter 8199

Angriff auf das US-Parlament 8199

Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches 8199

1 Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin 8200

gemäß Artikel 49 Absatz 3 der Verfassung von Berlin

„2021: Gemeinsam Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft aus der Pandemie führen“ 8200

in Verbindung mit

7 A Ergebnisse der Videokonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 5. Januar 2021 8200

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3278

Inhalt ..... Seite

und

13 A Zweite Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung .. 8200

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3280

Regierender Bürgermeister Michael Müller 8201
Burkard Dregger (CDU) 8206
Raed Saleh (SPD) 8208
Georg Pazderski (AfD) 8211
Carsten Schatz (LINKE) 8213
Sebastian Czaja (FDP) 8216
Silke Gebel (GRÜNE) 8219
Marcel Luthe (fraktionslos) 8223
Regierender Bürgermeister Michael Müller 8225
Burkard Dregger (CDU) 8228
Georg Pazderski (AfD) 8229
Sebastian Czaja (FDP) 8230

Ergebnis 8232

Persönliche Bemerkung gem. § 65 GO Abghs

Marcel Luthe (fraktionslos) 8231

2 A Berliner Covid-19-Parlamentsbeteiligungsgesetz 8232

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3276

Die Veröffentlichungen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 470449, 12313 Berlin. Telefon: 6618484, Telefax: 6617828.

Erste Lesung

hierzu:

Änderungsantrag des Abgeordneten Luthe (fraktionslos)
Drucksache 18/3276-1

Torsten Schneider (SPD) 8232
Heiko Melzer (CDU) 8234
Steffen Zillich (LINKE) 8234
Marc Vallendar (AfD) 8235
Dr. Petra Vandrey (GRÜNE) 8236
Paul Fresdorf (FDP) 8237

Ergebnis 8238

6 Coronamaßnahmen rechtssicher gestalten – Gesundheitsämter stärken 8238

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 2. Dezember 2020
Drucksache 18/3227

zum Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3137

in Verbindung mit

14 B Berlins Apotheker bei Impfzentren besser einbinden 8238

Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3268

und

14 E Lehren aus der Krise ziehen – Berliner Gesundheitsämter fit machen 8239

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3275

und

14 F Über Strategien zur Bewältigung der Coronakrise 8239

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/3277

Thomas Isenberg (SPD) 8239
Tim-Christopher Zeelen (CDU) 8240
Marc Vallendar (AfD) 8242
Tim-Christopher Zeelen (CDU) 8242
Torsten Schneider (SPD) 8243
Tim-Christopher Zeelen (CDU) 8243
Dr. Wolfgang Albers (LINKE) 8244
Dr. Dieter Neuendorf (AfD) 8246
Thomas Isenberg (SPD) 8247
Dr. Dieter Neuendorf (AfD) 8247
Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE) 8248
Florian Kluckert (FDP) 8250
Torsten Schneider (SPD) 8250
Florian Kluckert (FDP) 8250
Steffen Zillich (LINKE) 8252
Florian Kluckert (FDP) 8252

Ergebnis 8252
Beschlusstext 8273

3 Lehren und Lernen aus und nach der Coronakrise 8253

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 10. September 2020
Drucksache 18/3005

zum Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2730

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2730-1

in Verbindung mit

14 A Infektionsschutz und Planungssicherheit in Schulen 8253

Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3267

und

14 C Kinder verdienen den Schutz der Gemeinschaft – Präsenzunterricht auch in Pandemiezeiten: Bildungskatastrophe abwenden und das drohende Fiasko einer „Generation Lockdown“ verhindern! 8253

Dringlicher Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/3272

und

14 D Bildung trotz Pandemie garantieren 8253

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3274

Dr. Maja Lasić (SPD) 8253
Dennis Buchner (SPD) 8254
Dirk Stettner (CDU) 8255
Regina Kittler (LINKE) 8258
Florian Kluckert (FDP) 8258
Regina Kittler (LINKE) 8259
Dirk Stettner (CDU) 8260
Frank-Christian Hansel (AfD) 8260
Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) 8262
Stefanie Remlinger (GRÜNE) 8262
Paul Fresdorf (FDP) 8263
Senatorin Sandra Scheeres 8265
Dirk Stettner (CDU) 8267
Paul Fresdorf (FDP) 8268

Ergebnis 8269

Anlage 1
Konsensliste

2 Gesetz zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der Bezirksverordnetenversammlungen in außergewöhnlichen Notlagen 8271

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung vom 7. Dezember 2020
Drucksache 18/3245

zur Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3197

Ergebnis 8271

4 Pandemie bekämpfen — Freiheitsrechte schützen – Maß und Mitte halten 8271

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 2. Dezember 2020
Drucksache 18/3133

zum Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3128

Ergebnis 8271

5 Ganzjährige und ganztägige Hilfe für Obdachlose: Verstetigung der durch die im Rahmen der Coronapandemie eingerichteten Unterkünfte sicherstellen ... 8271

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales vom 3. Dezember 2020
Drucksache 18/3226

zum Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2977

Ergebnis 8271

7 Ergebnisse der Telefonkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 13. Dezember 2020 8271

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3244

Ergebnis 8271

8 Verordnung zur Neufassung der Berliner Vorschriften zum Schutz vor Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 8271

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3247

Ergebnis 8271

9 Verordnung zu Regelungen in Einrichtungen zur Pflege von pflegebedürftigen Menschen während der Covid-19-Pandemie 8271

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3256

Ergebnis 8271

10 Verordnung zur individuellen Regelstudienzeit auf Grund der Covid-19-Pandemie 8271

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3260

Ergebnis 8271

11 Erste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung .. 8272

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3263

Ergebnis 8272

12 Verordnung zur Anpassung von Regelungen für die Primarstufe und die Sekundarstufe I und II zur Bewältigung der Folgen der Covid-19-Pandemie im Schuljahr 2020/2021 (Schulstufen-Covid-19-Verordnung 2020/2021 – SchulstufCOV-19-VO 2020/2021) 8272

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3264

Ergebnis 8272

13 Erste Verordnung zur Änderung der Schul-Hygiene-Covid-19-Verordnung 8272

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3265

Ergebnis 8272

14 Hygienekonzepte für BVG und S-Bahn erstellen und umsetzen 8272

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/3259

Ergebnis 8272

Anlage 2
Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

14 F Strategien zur Bewältigung der Coronakrise 8273

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/3277

Präsident Ralf Wieland eröffnet die Sitzung um 10.03 Uhr.

Präsident Ralf Wieland:

Meine sehr geehrte Damen und Herren! Ich eröffne die 69. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und begrüße Sie, unsere Zuschauerinnen und Zuschauer vor den Bildschirmen, Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Medienvertreterinnen und Medienvertreter sehr herzlich.

Auch und gerade im Hinblick auf die derzeitige weiterhin sehr schwierige Zeit möchte ich Ihnen allen ein gutes, aber vor allen Dingen ein gesundes neues Jahr wünschen. Passen Sie alle auf sich und die Kolleginnen und Kollegen auf! – Herzlichen Dank!

Ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

[Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.]

Ich habe eine traurige Mitteilung zu machen. Der ehemalige CDU-Abgeordnete Henning Lemmer ist am 18. Dezember im Alter von 89 Jahren verstorben. Er wurde am 25. November 1931 in Berlin geboren. Nachdem er 1950 das Abitur ablegte, studierte er in Berlin, Köln und Freiburg Jura. 1959 legte Henning Lemmer das zweite juristische Staatsexamen ab. Zunächst übernahm er anwaltschaftliche Tätigkeiten und stellte sich dann von 1960 bis 1971 in den Dienst des Landes Berlin. 1971 wechselte er in das Bundesgesundheitsamt. Der CDU trat Henning Lemmer kurz nach seinem Abitur 1951 bei. Er engagierte sich von 1967 bis 1971 als Bezirksverordneter in Zehlendorf.

Und im Jahr 1971 zog Henning Lemmer für die CDU ins Berliner Abgeordnetenhaus ein. Dem West-Berliner Parlament gehörte er fast zehn Jahre lang an: von 1971 bis 1975 und von 1976 bis 1981. In der 8. Wahlperiode hatte er den Vorsitz des Ausschusses für Verfassung und Geschäftsordnung inne. Von 1985 bis 1989 übernahm er in Steglitz als Bezirksstadtrat für Gesundheitswesen und Wirtschaft Verantwortung.

Nach seiner aktiven politischen Karriere wurde er bei uns im Haus als Justiziar im Wissenschaftlichen Parlamentsdienst der Verwaltung tätig.

Auch die ehrenamtliche Betätigung spielte für Henning Lemmer eine Rolle. So wirkte er im Vorstand des Unionhilfswerks mit und war Vorsitzender der Unionhilfswerkstiftung. Unsere Anteilnahme gilt der Frau und der Familie von Henning Lemmer.

[Gedenkminute]

Ich danke Ihnen, dass Sie sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben haben.

Als neues Mitglied des Abgeordnetenhauses und der Fraktion der CDU darf ich Herrn Christian Zander begrüßen. – Herzlich willkommen und auf gute Zusammenarbeit, Herr Kollege!

[Allgemeiner Beifall]

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Berlinerinnen und Berliner! Gestatten Sie mir eingangs der heutigen Sitzung noch einige Anmerkungen. Die Bilder und Nachrichten, die uns gestern Abend und in der Nacht aus Washington erreicht haben, haben uns alle sehr geschockt. Dieser Angriff auf die Herzkammer der Demokratie in den USA ist ein Alarmsignal für alle Demokratien in der Welt. Für diesen Anschlag gibt es einen klar zu benennenden Verantwortlichen: Es ist Donald Trump. Machen wir uns nichts vor: Es zeigt sich wieder einmal, dass Demokratien fragil sind, wenn sie sich vor gewaltbereiten Antidemokraten nicht hinreichend schützen. Wir in Deutschland wissen: Das gilt sowohl geschichtlich als auch für die politische Gegenwart. Das Wort von den Gemeinsamkeiten der Demokraten muss durch konkretes Handeln untermauert werden. Viele von uns verspüren angesichts der verstörenden Bilder von heute Nacht eine tiefe Traurigkeit. Die USA haben mit der Luftbrücke das Überleben der Stadt und die Freiheit gesichert. Sie haben unsere Bemühungen um demokratische Verhältnisse unterstützt und die Wiedervereinigung Deutschlands und Berlins vorangetrieben. Die Geschichte unserer Stadt ist eng verknüpft mit der Geschichte der USA, und das werden wir Berlinerinnen und Berliner niemals vergessen.

[Allgemeiner Beifall]

Schauen wir nach vorne. Wir stehen fest an der Seite aller demokratischen Menschen in Amerika. Ganz unpathetisch, aber sehr amerikanisch möchte ich unseren Freunden in den Vereinigten Staaten sagen, und dies sicherlich auch im Namen vieler Berlinerinnen und Berliner: God Bless America! – Vielen Dank!

[Allgemeiner Beifall]

Unsere heutige Sondersitzung findet statt aufgrund einer Übereinkunft im Ältestenrat und dient ausschließlich der Behandlung von Vorgängen in Bezug zu der Coronapandemie. Die in unserer Geschäftsordnung vorgesehene Ladefrist wurde eingehalten.

Ich verweise auf die Ihnen zur Verfügung gestellte Dringlichkeitsliste. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die dort verzeichneten Vorgänge unter den Tagesordnungspunkten 2 A, 7 A und 14 A bis F in der heutigen Sitzung zu behandeln. Ergänzend verweise ich auf die bei der Erstellung der Dringlichkeitsliste noch nicht, aber Ihnen nunmehr als Tischvorlage vorliegende Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin, Drucksache 18/3280 „Zweite Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung“. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, diesen Vorgang heute als Tagesordnungspunkt 13 A zu behandeln. Ich gehe davon aus,

(Präsident Ralf Wieland)

dass diesen Vorgängen die dringliche Behandlung zugebilligt wird. – Widerspruch höre ich dazu nicht. Damit ist die dringliche Behandlung dieser Vorgänge beschlossen.

Zum vorgesehenen Tagesordnungspunkt 2 A dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP, Drucksache 18/3276: „Berliner Covid-19-Parlamentsbeteiligungsgesetz“ darf ich feststellen, dass die Dringlichkeit einvernehmlich beschlossen wurde, sodass die nach unserer Geschäftsordnung erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Abgeordnetenhauses vorliegt.

Zum Ablauf der Plenarsitzung darf ich darauf hinweisen, dass nach Übereinkunft der Fraktionen vier Rederunden vorgesehen sind. Der Regierende Bürgermeister hat die Abgabe einer Regierungserklärung zum Thema „2021: Gemeinsam Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft aus der Pandemie führen“ angekündigt. Diese erfolgt als Tagesordnungspunkt 1 mit einer anschließenden Aussprache. Dabei erfolgt eine Verbindung mit den Tagesordnungspunkten 7 A Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung von Berlin, Drucksache 18/3278: „Ergebnisse der Videokonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 5. Januar 2021“ und Tagesordnungspunkt 13 A, die Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin, Drucksache 18/3280: „Zweite Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-Infektionssschutzmaßnahmenverordnung“.

Nach der Aussprache zu der Regierungserklärung folgt Tagesordnungspunkt 2 A, der dringliche Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP, Drucksache 18/3276 „Berliner Covid-19-Parlamentsbeteiligungsgesetz“, die erste Lesung mit Beratung.

Anschließend ist eine Rederunde zum Thema Gesundheit vorgesehen. Dazu wird Tagesordnungspunkt 6 vorgezogen und mit den Tagesordnungspunkten 14 B, 14 E und 14 F verbunden. Schließlich folgt eine Rederunde zum Thema Bildung. Dazu wird der Tagesordnungspunkt 3 mit den Tagesordnungspunkten 14 A, 14 C und 14 D verbunden. – Widerspruch höre ich nicht. Damit ist unsere heutige Tagesordnung so beschlossen.

Eine Lüftungspause erfolgt abhängig von der Anzahl der im Plenarsaal befindlichen Personen nach etwa zweieinhalb Stunden, voraussichtlich nach der Aussprache zur Regierungserklärung.

Auf die Ihnen zur Verfügung gestellte Konsensliste darf ich ebenfalls hinweisen – und stelle fest, dass dazu kein Widerspruch erfolgt. Auch die Konsensliste ist damit so angenommen.

Entschuldigungen des Senats liegen nicht vor.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, schließlich noch ein folgender, sehr wichtiger, Hinweis. Bedingt durch eine technische Störung ist heute leider keine Wortmeldung durch Knopfdruck möglich. Ich muss Sie daher bitten, sich wie in den Ausschusssitzungen durch Handheben zu melden und es uns nachzusehen, dass wir hier in Zusammenarbeit mit der Technik versuchen, das trotzdem einigermaßen vernünftig zu organisieren.

[Sebastian Czaja (FDP): Willkommen im Lernraum Berlin! – Heiterkeit bei der FDP]

– Ach, Herr Kollege! Ich bin mir sicher, Sie haben auch schon mal unter dem Ausfall eines Computers gelitten. Aber schauen wir mal.

Dann rufe ich auf

lfd. Nr. 1:

Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin

gemäß Artikel 49 Absatz 3 der Verfassung von Berlin

„2021: Gemeinsam Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft aus der Pandemie führen“

in Verbindung mit

lfd. Nr. 7 A:

Ergebnisse der Videokonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 5. Januar 2021

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3278

und

lfd. Nr. 13 A:

Zweite Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3280

Herr Regierender Bürgermeister, Sie haben das Wort. – Bitte schön!

Regierender Bürgermeister Michael Müller:

Herr Präsident! Gestatten Sie mir bitte, dass ich mich vor der Regierungserklärung Ihren Ausführungen anschließe. Es sind tatsächlich bedrückende und erschreckende Bilder, die uns gestern Abend aus Washington erreicht haben. Viele Berlinerinnen und Berliner sind Amerika nach wie vor sehr eng und sehr freundschaftlich verbunden. Ich glaube, man muss nicht nur in die Geschichte unserer Stadt gucken, um diese Verbindung immer wieder zu sehen und nachzuempfinden. Es sind nicht nur die Freiheitsglocke auf dem Rathaus Schöneberg oder die Amerika-Gedenkbibliothek, es ist nicht nur so, dass sich noch viele ältere Berlinerinnen und Berliner an das Brummen der Motoren der Rosinenbomber erinnern, als Piloten wie Gail Halvorsen und andere großartige Männer und Frauen uns in einer schweren Stunde unserer Stadt geholfen haben, nein, es sind auch aktuell viele freundschaftliche Verbindungen. Ich möchte daran erinnern, dass unsere älteste Berliner Partnerschaft mit L.A. besteht. Seit über 50 Jahren sind wir der Stadt freundschaftlich verbunden. Heute sind wir Bürgermeister Eric Garcetti freundschaftlich verbunden, und es gibt vielfältige Programme des Austauschs: Ob in den Bereichen Jugend, Kultur, Stadtentwicklung, Wissenschaft, wir arbeiten eng zusammen.

Und ja, meine Damen und Herren, ich habe es gestern Abend auch sofort so empfunden, als ich die Bilder gesehen habe: Ein Angriff auf ein Parlament ist immer ein Angriff auf die Demokratie. Parlamente müssen immer frei von jeder Einflussnahme tagen und diskutieren können. Parlamente und Parlamentarier müssen frei arbeiten können. Es ist gestern Abend ein bewusster Angriff auf die Demokratie gewesen. Jeder Angriff auf ein Parlament weltweit ist ein Angriff auf die Demokratie.

[Allgemeiner Beifall]

Ich hoffe sehr, dass diese unsägliche Politik der Spaltung durch den amtierenden Präsidenten, durch den neu gewählten Präsidenten dann auch beendet werden kann und dass wir uns wieder freundschaftlich mit unseren Freunden in Amerika begegnen können, dass wir mit ihnen gemeinsam in den nächsten Jahren arbeiten können für bessere Lebensbedingungen, für die Hilfe anderer Länder und anderer Menschen, dass wir weiter gemeinsam in Frieden, Freiheit und Demokratie zusammenarbeiten können. Das wünsche ich mir. Ich schließe mich Ihnen an, Herr Präsident: Wir stehen an der Seite unserer amerikanischen Freunde.

[Beifall bei der SPD, der CDU, der LINKEN,
den GRÜNEN und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Beschlüsse, die vorgestern zwischen Bund und Ländern gefasst wurden, sind mit Sicherheit für viele sehr bitter und auch ermüdend. Ich weiß das, und ich erlebe auch die Reaktionen. Ich weiß, dass viele mit ganz anderen Hoffnungen in dieses neue Jahr gestartet sind. Dass man an Grenzen kommt, spürt man nach den vielen Monaten der Einschränkungen und der Regeln, mit denen man sich auseinanderzusetzen hatte. Ich habe dafür Verständnis. Gerade über den Jahreswechsel ist uns allen, glaube ich, noch mal in der Rückschau bewusst geworden, wie viele Pläne durch Corona zunichtegemacht wurden, wie hart uns auch diese zweite Welle der Pandemie in Berlin getroffen hat. Ich höre aber neben den sorgenvollen Stimmen und neben denjenigen, die sich nun Gedanken machen, wie es weitergeht, auch Stimmen, die sagen: Das hat doch alles in den letzten Monaten überhaupt nichts gebracht.

[Zuruf von der AfD: Hm!]

Warum haben wir das überhaupt gemacht? Wo ist denn der Masterplan, und wann kommt endlich der große Strategiewechsel? Fortschritte wurden angekündigt, aber es hat doch nie welche gegeben in den letzten Monaten. – Auch diese Stimmen habe ich in den letzten Tagen gehört.

Ich habe dazu eine komplett andere Meinung. Bei dem Thema Strategiewechsel frage ich immer als erstes: Strategiewechsel wohin? Welche Strategie soll es denn sein? Ohne Regeln, ohne Maßnahmen, ohne Einschränkungen in dieses neue Jahr starten?

[Marc Vallendar (AfD): Keine Berufsverbote!]

Zu sagen, alles, was wir getan haben, war wirklich falsch? – Ich möchte daran erinnern, wie wir im Frühjahr 2020 in dieser Auseinandersetzung mit der Pandemie gestartet sind, auch mit wie viel Unsicherheit, weil wir uns auf diese weltweite Krise nicht vorbereiten konnten, auf diese für uns alle neue Situation. Wir haben mehrere Dinge von Anfang an offen kommuniziert. Wir haben gesagt: Wir wissen nicht genau, wie der Weg aussehen kann, um letztendlich Corona zu besiegen. Wir müssen Erfahrung sammeln. Eines ist aber völlig klar: Wir wollen Bilder, wie wir sie schon zu Beginn der Pandemie gesehen haben, vermeiden: Bilder von überlasteten Krankenhäusern wie aus Italien und aus den Vereinigten Staaten. Wir wollen Bilder vermeiden, die wir gesehen haben, wo Menschen in den Krankenhäusern auf den Gängen gestorben sind, weil ihnen schlichtweg nicht mehr geholfen werden konnte.

Wir haben gesagt, dass wir alles tun wollen, um so gut wie möglich die Kontaktverfolgung sicherstellen zu können, um sicherstellen zu können, wie man Infektionsketten erkennt und sie durchbricht; wie man sie stoppen kann. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir kein Medikament und keinen Impfstoff gegen Corona haben. Solange wir kein Medikament und keinen Impfstoff haben, werden wir mit anderen Maßnahmen auf diese Pandemie regieren müssen.

Ich glaube, dass wir genau in diesem Sinne in den letzten Monaten sehr viel erreicht haben. Wir konnten durch unsere Maßnahmen, durch unsere Einschränkungen und

(Regierender Bürgermeister Michael Müller)

Regeln des Zusammenlebens – durch diese neue Normalität, wie es viele gesagt haben – viele Menschenleben retten. Wir konnten erreichen, dass unsere Krankenhäuser weiterhin auch den Schwersterkrankten helfen können, dass unsere intensivmedizinische Versorgung eben nicht überlastet ist. Wir haben aber auf der anderen Seite auch gerade zum Jahreswechsel gesehen, dass wir uns nicht zurücklehnen können.

Wir haben viel erreicht. Die Inzidenzen sind zurückgegangen. Wir hatten in Berlin Inzidenzen über 200 – 230-er, 240-er. Wir sind seit einigen Tagen bei Inzidenzen von rund 130. Wir wissen noch nicht, wie sich die Begegnungen, die es mit Sicherheit an Weihnachten und Neujahr gegeben hat, in den Zahlen auswirken werden und was auf unsere Krankenhäusern in den nächsten Tagen noch zukommt.

Wir können uns mit dem bisher Erreichten nicht zufrieden geben. 130-er-Inzidenz – da sagen wir schon, wie ich finde zu Recht, dass wir viel erreicht haben. Unsere Warnmeldung, unser Warnwert lag bei 30. Wir wollen bundesweit einen Wert von 50 anstreben. Das macht deutlich, was wir noch zu leisten haben.

Ich will an das anknüpfen, was ich in der letzten Aussprache im Rahmen der Aktuellen Stunde hier im Parlament gesagt habe: Es gibt neben diesen nackten Zahlen einen Umstand, der mich noch viel mehr bewegt. Das ist die Situation in unseren Krankenhäusern. Es ist so, dass unsere Krankenhäuser nach wie vor gut helfen können, dass sie aber zunehmend an Grenzen kommen. Ich bekomme beinahe täglich morgens die Nachrichten aus der Charité und von Vivantes, wie sehr unsere Kapazitäten inzwischen ausgereizt sind, und damit sind nicht die Betten gemeint. Wir haben eine gute Vorsorge in unseren Krankenhäusern und auch mit dem Notfallkrankenhaus, das Frau Kalayci aufgebaut hat. Nein, es geht um das Personal, das über Monate überlastet ist – über Monate – und das jetzt physisch und psychisch an seine Grenze kommt. Wir haben in diesem Sinne noch sehr viel zu tun, um unsere Zahlen weiter zu kontrollieren bzw. nach unten zu drücken.

Es gibt allerdings einen Umstand, der neben den Regeln, neben den ganzen Maßnahmen, die auch am Dienstag beschlossen wurden, der uns jetzt hilft, auf den wir seit Monaten gewartet haben: Das ist der Impfstoff. Wer hätte das geglaubt? Wer hätte noch vor wenigen Wochen geglaubt, dass es gelingt, innerhalb von zehn Monaten nicht nur einen, sondern mehrere Impfstoffe zur Verfügung zu haben, um weltweit auf diese Pandemie reagieren zu können?

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der FDP –
Georg Pazderski (AfD): Marktwirtschaft funktioniert!]

Das ist eine herausragende Leistung der Wissenschaft und der internationalen Kooperationen, dass wir auf diese Pandemie so schnell eine Antwort mit Medikamenten, mit Impfstoffen geben können.

Wir haben damit eine zweite Säule zur Bekämpfung der Pandemie zur Verfügung. Und es ist wichtig, dass diese beiden Säulen aufeinander aufbauen, ineinandergreifen und in den nächsten Wochen mit Regeln und Maßnahmen weiterzuarbeiten und gleichzeitig die Impfstrategie zu verstärken. Ich betone es so, dass es in den nächsten Monaten bei diesen beiden Säulen bleiben wird. So gut es ist, dass wir jetzt diesen Impfstoff haben, so viel Hoffnung wir zu Recht daran knüpfen, so klar muss uns noch sein, was vor uns liegt. Wenn wir ab morgen – nur mal den theoretischen Fall angenommen – 40, 60 Millionen Impfdosen für Deutschland zur Verfügung hätten, wenn wir ab morgen 4 Millionen Impfdosen für Berlin zur Verfügung hätten, würde es trotzdem noch Monate dauern, bis sie entsprechend verimpft sind, bis wir den Impfschutz in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung umgesetzt hätten.

Das bedeutet, dass wir auch mit diesem großen Hoffnungspunkt, den wir jetzt mit dem Impfstoff haben, weiter daran arbeiten müssen, dass wir besonnen mit der Situation umgehen, dass wir uns und andere weiter mit unseren Maßnahmen und Regeln schützen. In den nächsten Wochen und Monaten wird das leider nach wie vor eine Rolle spielen. Es wird Monate dauern, bis wir den Impfstoff verimpft haben werden.

Und das liegt nicht an irgendeinem Schlendrian. Das liegt nicht daran, dass wir bundesweit nicht gut vorbereitet sind. Alle Bundesländer haben sich gut vorbereitet, so wie wir. Es gab die Ansage der Bundesregierung: Stellt euch auf Mitte Dezember ein –, und wir waren Mitte Dezember fertig – mit den mobilen Impfteams, mit den sechs Impfzentren, mit der Infrastruktur, die dahinter aufgebaut werden muss, dem Einladesystem, und, und, und. Wir konnten Ende Dezember mit dem Impfen anfangen, so wie andere Bundesländer auch.

[Zuruf von Florian Kluckert (FDP)]

Wir konnten teilweise sogar schon mehr umsetzen als andere Bundesländer. Nein, es dauert. Es dauert, für 80 Millionen Menschen einen entsprechenden Impfschutz zu organisieren.

Ich sage das so ausführlich, weil es mir wichtig ist, deutlich zu machen, dass das, was vorgestern beschlossen wurde, nichts Unnötiges ist – dass das, was vorgestern beschlossen wurde, nicht etwas ist, was jetzt noch einmal aus reiner Willkür miteinander beschlossen wurde, damit man in dem Rhythmus der Maßnahmen immer noch eines draufsetzen kann. Nein, es ist allen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und dem Bundeskabinett schwergefallen, diese Maßnahmen zu beschließen, aber sie sind nötig. Sie sind vielleicht gerade jetzt besonders

(Regierender Bürgermeister Michael Müller)

nötig, damit wir gut in diese Phase reinkommen, den Impfstoff umsetzen zu können, damit noch mehr Menschen noch schneller zu helfen und unsere Gesundheit und unsere Krankenhäuser nicht zu überlasten.

Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir im Rahmen der Impfstrategie Schwerpunkte gesetzt haben, dass es richtig ist, zuerst diejenigen in den Pflegeheimen und die Schwerstkranken anzusprechen, dass wir zuerst die Ältesten in unserer Gesellschaft und in unserer Mitte schützen wollen – diejenigen, die durch Corona besonders gefährdet sind. Ich glaube, dass das richtig ist. Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir in Berlin mit dem System arbeiten, dass wir nach und nach immer mehr Menschen einladen, zu uns in die Impfzentren zu kommen und dann die Impfung in Anspruch zu nehmen.

Ich glaube allerdings auch, dass es richtig ist, dass wir jetzt diese Phase nutzen müssen, um für die Zukunft zu lernen. Ich staune darüber, dass so kritisch hinterfragt wird, ob man denn in Bezug auf die Impfstoffbestellung und Impfstrategie Fragen stellen kann, wie bestimmte Dinge zustande gekommen sind. Wann denn, wenn nicht jetzt?

Wir haben doch gemeinsam im Frühjahr Fragen gestellt, als wir gemerkt haben, dass uns Masken und Desinfektionsmittel fehlen, dass unsere Pflegemitarbeiterinnen und Pflegemitarbeiter und diejenigen in den Krankenhäusern nicht gut genug ausgestattet sind. Wir wollten für die Zukunft lernen. Deswegen haben wir Fragen gestellt und haben Dinge verbessern können. Diese Themen sind heute kein Problem mehr. Wir müssen uns in Bezug auf den Impfstoff ganz genauso fragen, wie es gelaufen ist. Es geht nicht um Schuldzuweisungen an eine oder zwei Personen, sondern es geht darum. zu hinterfragen, ob es richtig ist, wie diese Bestellvorgänge gelaufen sind, –

[Dirk Stettner (CDU): Nein!]

– ob man es anders organisieren kann, ob wir eigene Produktionskapazitäten aufbauen müssen, ob wir Kooperationen im Bereich der Wissenschaft verändern müssen, ob wir zwischen Wirtschaft und Wissenschaft neue Kooperationen verabreden müssen. Wir müssen uns einrichten auf die Pandemiebekämpfungen der Zukunft. Es darf sich doch keiner etwas vormachen: Schon alleine durch die Virusmutationen, die wir jetzt in Großbritannien erleben und die sicherlich schon auch bei uns ankommen sind, müssen wir uns immer wieder und immer wieder bestmöglich damit auseinandersetzen, wie wir Menschen schützen können. Deswegen werden Fragen gestellt.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN – Beifall von Heiko Melzer (CDU) und Paul Fresdorf (FDP)]

Ja, neben dem Verständnis für diese politische Auseinandersetzung, die jetzt zu führen ist, bitte ich auch um Verständnis für die Maßnahmen; ganz konkret für die Maßnahmen, die vorgestern beschlossen wurden.

Natürlich kann man wieder jede einzelne Maßnahme hinterfragen. Warum 15 Kilometer und nicht 20 Kilometer Bewegungsradius um einen Wohnort herum? Warum so und nicht anders? – Ich will es hier an dieser Stelle noch einmal deutlich machen: Im Rahmen einer Ministerpräsidentenkonferenz geht es um eine bundesweite Verständigung. Es geht darum, dass wir bundesweit gut mit dieser Situation, mit dieser schwierigen Herausforderung, vor der wir stehen, umgehen müssen. Wenn also zwei Ministerpräsidenten, aus Thüringen und Sachsen zum Beispiel, für eine Regelung werben und sagen: Bitte helft uns, und gebt uns mit eurer Unterstützung noch mal eine größere Rechtssicherheit für die Einschränkung des Bewegungsradius, damit wir uns nicht ständig länderübergreifend neu anstecken, damit wir die Chance haben, diese extrem hohen Inzidenzen in unserem Bundesland auch wirklich gut in den Griff zu bekommen –, dann sagen wir anderen: Nein, interessiert uns nicht, denn wir halten das bei uns, in unserer Stadt für nicht angemessen?

Wenn Ministerpräsidenten in den Runden darum bitten, dass wir andere Einreiseregeln und Kontrollen an den Grenzgebieten haben, weil sie immer wieder aus der Feriensituation heraus neue Infektionsketten in ihrem Bundesland haben, in Bayern, in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg, wenn sie darum bitten, dass es eine verschärfte Kontrolle auch durch die Bundespolizei gibt –, dann sagen wir: Nein, wollen wir nicht, halten wir nicht für angemessen, wir haben das Problem ja in Berlin nicht?

Wenn andere Ministerpräsidenten sagen: Lasst uns noch mal härter rangehen an die Kontaktbeschränkungen, da ist schon so viel verabredet, und das ist für viele so bitter, und insbesondere für die Familien sind das schon so massive Einschränkungen, aber bitte, wir erleben doch immer weiter, dass es gerade durch die Kontakte auch im privaten Bereich Ansteckungsketten gibt, und wir wollen aus dieser Situation raus, wir wollen das jetzt Ende Januar, Anfang Februar endlich auch beenden, wir müssen diese Infektionsketten jetzt durchbrechen, deswegen lasst uns miteinander verabreden, noch mal die Kontakte stärker einzuschränken für die nächsten Wochen –, dann sagen wir: Nein, wir sehen da kein Problem?

Ich muss es an dieser Stelle deutlich sagen: Ich habe aus voller Überzeugung nicht nur mitgestimmt, sondern auch diese Beschlüsse vom vergangenen Dienstag vorangetrieben, wohl wissend, welche Härten das für viele bedeutet, für viele Familien, für viele ältere Menschen, die auch in den nächsten Tagen und Wochen wohl hauptsächlich alleine sein werden.

Ja, es sind weiter Zumutungen, aber ich will noch einmal daran erinnern, was wir auch seit dem Frühjahr mitein-

(Regierender Bürgermeister Michael Müller)

ander kommuniziert haben, gerade in Bezug auf Kontaktbeschränkungen: Der oberste Grundsatz ist: Stay at home, Kontakte vermeiden. Und wie war es im Frühjahr? – Wir sind auf die Straße rausgegangen, und es gab keinen Autoverkehr. Die Bürgersteige waren leer. Wir haben es in dieser Situation mit der Ernsthaftigkeit der Umsetzung, mit der Besonnenheit der Berlinerinnen und Berliner erreicht, dass die Zahlen extrem gesunken sind und wir einen fast unbeschwerten Sommer genießen konnten – durch die Maßnahmen im Frühjahr. Ich sage jetzt: Wir brauchen eine ähnliche Anstrengung noch einmal für die nächsten Wochen. Es muss jedem bewusst sein: Wir brauchen eine ähnliche Anstrengung, um nach den nächsten Wochen der Kontaktreduzierung und der Senkung der Inzidenzen einhergehend mit der Impfstrategie tatsächlich dauerhaft oder zumindest langfristig Sicherheit bieten zu können, nicht nur temporär, wie es zurzeit allein durch die Kontaktreduzierungen der Fall ist.

Ich möchte aber noch etwas hinzufügen: Ich glaube, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihre Verantwortung und Verpflichtung im Zusammenhang mit der Pandemiebekämpfung deutlich stärker wahrnehmen müssen als bisher.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Wir haben überall, bei jedem Beschluss, länder- wie bundesseitig den Appell an die Arbeitgeber gerichtet, Homeofficeangebote zu machen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Hause zu lassen, so weit es geht, und sie eben nicht an den Arbeitsplatz zu bitten und damit auch wieder Kontakte und Verkehre auszulösen.

[Carsten Ubbelohde (AfD): Wir stehen vor der Pleite, und Sie sagen so was! – Sebastian Czaja (FDP): Homeschooling und Homeoffice passen nicht so gut zusammen!]

Überall, wo nicht Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger direkt zu erbringen sind oder es um direkte Produktionsabläufe geht, überall an diesen Stellen muss es möglich sein, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Phase der Pandemiebekämpfung, in der wir jetzt sind, zu Hause zu lassen. Es geht nicht, dass wir immer stärker im privaten Bereich einschränken, immer stärker bei Älteren und Familien, aber die Unternehmen weiter so tun als hätten wir kein Problem. Es geht nicht.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Regierender Bürgermeister, ich darf Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Luthe zulassen.

Regierender Bürgermeister Michael Müller:

Nein. – Jeder, der jetzt darauf nicht auch in den Unternehmen reagiert, gefährdet Menschen. Er verlängert damit den Lockdown und schadet unterm Strich sich und seinem Unternehmen selbst mehr, und er ist schlichtweg unsolidarisch.

Ich weiß, und die Zwischenrufe kamen ja gerade entsprechend: Wie kann man so etwas sagen in der Phase, in der viele Unternehmen um ihr Überleben kämpfen? – Auch das ist mir bewusst: dass die ganzen Einschränkungen, die ich beschrieben habe, nicht nur dramatische Auswirkungen im privaten Bereich haben, sondern gerade auch für viele Unternehmen. Die hohe Dominanz der Zahlen, die verschiedenen Verordnungen, mit denen wir immer wieder angepasst reagiert haben, mögen an der einen oder anderen Stelle auch den Eindruck hinterlassen haben, dass wir immer nur kurzfristig orientiert von einer Maßnahme zur nächsten springen, dass es nur kurze Zeitfenster gibt, an denen man sich orientieren kann, eben keinen größeren Plan für die Berlinerinnen und Berliner oder für die Berliner Wirtschaft.

[Marcel Luthe (fraktionslos): Sehr richtig!]

Das ist falsch. Der Berliner Senat hat von Anfang an auf eine Strategie gesetzt, die mehrere Säulen in den Blick nimmt und eben doch lange Linien setzt: Der Gesundheitsschutz der Menschen und die Intensivkapazitäten zu stärken, zu sichern war das eine, aber eben auch, den vielen Unternehmen zu helfen, den Start-ups, den Soloselbstständigen in Wirtschaft, Tourismus und Kultur. Das sind die kleinen und großen Wirtschaftsbetriebe, die Traditionsunternehmen und die in den letzten Jahren enorm gewachsene Gründerszene, das sind die, die den wirtschaftlichen Aufschwung für Berlin dargestellt haben, die Künstlerinnen und Künstler, die Kinos, die Theater, der große Zweig der Kreativwirtschaft. Dort sind Zigtausende von Arbeitsplätzen für die Berlinerinnen und Berliner gewesen und sind es nach wie vor. Das galt es am Leben zu erhalten, und zwar über die gesamte Zeit der Pandemiebekämpfung. Deswegen haben wir Stück für Stück eine Unterstützungslandschaft etabliert für die Kulturschaffenden, für die Unternehmerinnen und Unternehmer aus der Produktion,

[Zurufe von Franz Kerker (AfD) und Tommy Tabor (AfD)]

für die aus der Kreativwirtschaft. Verbunden mit den Mitteln des Bundes ist dabei ein breites Netz an Hilfen entstanden, begonnen mit dem Kurzarbeitergeld – eine wichtige Ressource, um Beschäftigung zu sichern.

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Es gab eine Vielzahl von konkreten Hilfen, die seit Beginn der Pandemie in Angriff genommen wurden. Die Stärkung unserer Bürgschaftsbanken, damit Unternehmen schnell Liquidität zugesichert werden kann, war zum

(Regierender Bürgermeister Michael Müller)

Beispiel ein Punkt. Es folgten viele weitere Förderprogramme: der Kongressfonds, für die Event- und Tagungsbranche wurde Unterstützung organisiert. Im Sommer gab es Start-up-Hilfen in beträchtlichem Umfang, um den neu gegründeten Unternehmen direkt helfen zu können.

[Zuruf von Dirk Stettner (CDU)]

Es folgten Fördertöpfe, darunter die Digitalprämie mit Direktzuschüssen von bis zu 17 000 Euro, ein Ausfallfonds für Film und Kultur in Höhe von 10 Millionen Euro, zahlreiche Programme der Soforthilfen, Liquiditätshilfen für KMU, Zuschüsse für Soloselbständige, Kleinstunternehmen, Hilfen für Existenzsicherung im Medien- und Kulturbereich, Unterstützung für den Mittelstand, für die Gewerbemieten, für das Ehrenamt, für die Vereine, für Modelabels, für die Schankwirtschaft. Ich führe das so ausführlich aus, damit klar ist, dass wir auch das von Anfang an im Blick hatten.

Es wird eine Zeit nach der Pandemie geben. Sie ist jetzt in greifbarer Nähe. Wir haben jetzt eine echte Perspektive, dass sich die Situation in den nächsten Monaten normalisieren wird. Genau dafür hat der Berliner Senat, unterstützt von den Koalitionsfraktionen, von Anfang an die entsprechenden Schwerpunkte gesetzt und die entsprechenden Förderungen und Unterstützungen organisiert.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Regierender Bürgermeister! Ich darf Sie noch mal fragen, ob Sie Zwischenfragen zulassen.

Regierender Bürgermeister Michael Müller:

Nein!

Präsident Ralf Wieland:

Keine Zwischenfragen!

Regierender Bürgermeister Michael Müller:

Ja, es wird auch noch in den nächsten Monaten nötig sein nachzusteuern, insbesondere für Hotellerie und Gastronomie und natürlich für den ganzen Bereich der Tourismus-, Messe- und Kongresswirtschaft. Aber wir haben uns damit auch schon auf zwei Arbeitsmarktgipfeln im Roten Rathaus auseinandergesetzt, wie wir weiter – auch in dieser schwierigen Situation – Beschäftigung sichern, wie wir Ausbildungskapazitäten hochfahren können, wie wir auch, ja, ein neues Leitbild für Berlin formulieren können, das sich an unseren Stärken: Wissenschaft, Energie, Mobilität orientiert, wie wir in Zukunft darauf setzen wollen und werden, um Beschäftigung und Arbeit zu sichern.

Es ist schon erstaunlich, dass ein Manager eines Autokonzerns in den letzten Tagen gesagt hat: Natürlich gibt es auch bei uns Einbußen, und wir haben mit Problemen durch Corona zu kämpfen, aber wir brauchen im Moment keine Hilfen. Die Solidarität muss anderen, zum Beispiel in der Kultur und im Einzelhandel, gelten. – Ich glaube, auch das sollte für uns ein Maßstab sein, zu sehen, dass wir insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen in unserer Stadt konkret mit unserer Wirtschaft helfen.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Es bleibt dabei, so viel wir auch in den letzten Monaten erreichen konnten: Hinter jeder Meldung und hinter jeder Zahl, die uns erreicht, dass es einen weiteren Todesfall gibt – ich glaube, gestern waren es im Zusammenhang mit Corona wieder über 50 –, steht ein Menschenleben. Wir wissen inzwischen mehr über das Virus, wie es sich verbreitet, wie man darauf halbwegs gut reagieren kann. Aber noch einmal: Wir werden uns auch mit neuen Herausforderungen, die auf uns zukommen – wie jetzt den Mutationen des Virus –, auseinandersetzen müssen.

Aber hinter jeder Impfung, die wir in unserer Stadt erleben, hinter jedem Piks in einen Arm steht wiederum auch ein Stück Normalität. Wir können und dürfen jetzt nicht aufgeben: Stay at home! – bleibt auch für die nächsten Wochen die oberste Maßgabe.

Wir haben gemeinsam in den letzten Monaten Unglaubliches geleistet, ganz besonders die Beschäftigten in vielen Bereichen, die uns, so weit es geht, unser tägliches, halbwegs normales Leben ermöglicht haben. Von wirklich herausragender Bedeutung war das, was in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen geleistet wurde. Wenn ich ein Krankenhaus besuche, ist es erstaunlich zu erleben, was da passiert, dass Menschen, trotz dieser monatelangen Belastung, weiter über sich hinausgehen, so engagiert sind, dass sie über ihre Grenzen hinaus arbeiten. Diese Menschen in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen jammern nicht, sie packen an.

Wir wussten, das, was vor uns liegt, als wir im Frühjahr begonnen haben Corona zu bekämpfen, wird kein Sprint, sondern ein Langstreckenlauf. Aber wir sind jetzt auf der Zielgeraden. Wir haben gemeinsam in den letzten Monaten so viel erreicht und konnten so vielen Menschen helfen: Lassen Sie uns diesen Weg auch in den nächsten Wochen gemeinsam weitergehen, weiter die Maßnahmen, die vorgestern beschlossen wurden, umsetzen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür werben, dass die Berlinerinnen und Berliner, so wie in den vergangenen Monaten, diesen Weg besonnen mittragen, damit wir gemeinsam mit unserer Impfstrategie in den nächsten Wochen und Monaten unser Berliner Leben, unser Berliner Lebensgefühl zurückerlangen können. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN – Beifall von Kurt Wansner (CDU)]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank, Herr Regierender Bürgermeister! – Wir kommen zur Aussprache mit einer Redezeit von bis zu 15 Minuten pro Fraktion. Es beginnt die Fraktion der CDU. – Herr Kollege Dregger, bitte schön, Sie haben das Wort!

Burkard Dregger (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bitte gestatten Sie auch mir zu Beginn meiner Rede eine kurze Bezugnahme auf die Vorkommnisse im Kapitol gestern in Washington. Ich möchte mich bei Ihnen, Herr Präsident, und auch Ihnen, Herr Regierender Bürgermeister, für Ihre Worte der Würdigung dieser unverantwortlichen Vorkommnisse bedanken!

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Wir sehen, dass die Demokratie unter Druck steht. Wir haben Bilder von besetzten Parlamentsstufen auch vor kurzem hier in Berlin vor dem Reichstagsgebäude erlebt. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass wir uns vor Augen führen, dass jeder Angriff auf ein demokratisch gewähltes Parlament ein Angriff auf unsere demokratische Gesellschaft insgesamt ist, und dass wir alle gemeinsam die Pflicht haben, diesen Angriffen entgegenzutreten, nicht zu streiten, sondern hier zusammenzustehen.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD, der LINKEN, den GRÜNEN und der FDP]

Das neue Jahr ist auf dem Höhepunkt der zweiten Coronawelle gestartet. Wissen Sie, was mir aber Zuversicht gibt? – Nicht nur der Impfstoff, sondern der ungeheure Einsatz der vielen Helfer in unseren Krankenhäusern und Pflegeheimen, in unseren Rettungsdiensten und Krisenstäben.

Ich hatte gestern Gelegenheit, im Impfzentrum in Treptow in die Gesichter der Geimpften zu schauen, wie sie sich ihren Helfern anvertrauen, welche Zuneigung und Dankbarkeit sie ihnen entgegenbringen. Darunter waren viele alte Menschen, die dieses Land aufgebaut haben, und denen wir alle unendlich viel zu verdanken haben, deren Leben sich in ihren Gesichtern widerspiegeln, die auch Furcht und Hoffnung enthalten. Diese gezielte Menschlichkeit berührt mich aufs Tiefste und ringt mir höchsten Respekt vor den Leistungen unserer Helfer ab, die tagaus und tagein über sich hinauswachsen.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Deshalb möchte ich unseren Helfern heute nicht nur erneut danken, sondern ich möchte Sie, sehr geehrte Frau Gesundheitssenatorin, bitten, immer dann, wenn aufgetaute Impfdosen nicht verabreicht und auch nicht weiter gelagert werden können – zum Beispiel, weil die Angemeldeten nicht zur Impfung erscheinen –: Nutzen Sie diese Impfdosen, um unsere Helfer zu impfen, insbesondere unsere Feuerwehr, die mit ihren Rettungstransportwagen die Infizierten transportiert und damit besonderen Infektionsrisiken ausgesetzt ist! Ich glaube, wir müssen diesen unseren Helfern so schnell es geht eine Impfmöglichkeit geben. Dazu bestehen die Möglichkeiten, weil wie gesagt jedes Mal auch Impfdosen übrig bleiben, die nicht wieder eingelagert werden können. Es ist eine Frage, wie man es im Zusammenwirken mit dem Innensenator und der Feuerwehr gut organisiert, damit dann insbesondere diejenigen unter unseren Helfern, die besonders gefährdet sind, sehr schnell geimpft werden können.

[Beifall bei der CDU]

Gestatten Sie mir bitte noch ein Wort zu den Leistungen unserer Bundeswehr. Ich habe sie in den letzten Tagen im Rahmen einer Reservedienstleistung hautnah miterlebt. Wissen Sie, dass inzwischen fast 1 000 Soldaten tagtäglich in Berlin im Einsatz sind, weit mehr als in jedem anderen Bundesland? Wissen Sie, dass unsere Soldaten nicht nur in 15 der 16 Gesundheitsämter Infektionsketten nachvollziehen, sondern auch einen großen Anteil am Aufbau und Betrieb der Impfzentren haben? Wissen Sie, dass unsere Bundeswehr mit 200 Soldaten die Telefonhotline betreibt, in Pflegeheimen unterstützt und die mobilen Impfteams verstärkt und deren Einsatz lenkt? Wissen Sie, dass am Heiligen Abend, an Weihnachten einige Hundert Soldaten aus ganz Deutschland in den Coronaeinsatz nach Berlin gerufen worden sind, um über Weihnachten und Neujahr fernab von ihren Familien uns Berlinern zu helfen, und dem Ruf ohne Murren gefolgt sind?

[Zuruf von Karsten Woldeit (AfD)]

Was wir hier erleben und was Sie alle im Gespräch mit unseren Soldaten spüren können, zeigt, was es heißt, seinem Land treu zu dienen, wie es unsere Soldaten schwören.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der AfD und der FDP]

Es ist beispielhaft für die edelsten Tugenden des Menschen. Das sollte uns allerhöchsten Respekt abverlangen und allen Kritikern unserer Bundeswehr Anlass geben, ihre Haltung gegenüber unserer Bundeswehr und unseren Soldatinnen und Soldaten zu überdenken.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der FDP – Beifall von Karsten Woldeit (AfD) –

(Burkard Dregger)

Beifall von Marcel Luthe (fraktionslos) –
Zuruf von Kurt Wansner (CDU)]

Das neue Jahr ist auf dem Höhepunkt der zweiten Coronawelle gestartet. Unser aller Geduld und Leidensfähigkeit werden einmal mehr auf eine harte Probe gestellt. Unser Gesundheitssystem gelangt an die Grenze dessen, was leistbar ist, und wir sind noch nicht über den Berg. Daher tragen wir als CDU-Fraktion den Kurs der Bundesregierung mit. Wir unterstützen das, was die Bundesländer – und auch Sie, sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister – mit der Bundeskanzlerin vereinbart haben. In dieser herausfordernden Zeit gilt es, auch als Opposition staatspolitische Verantwortung zu übernehmen. Denn Politik hat den Menschen zu dienen, gerade in solchen Zeiten, in denen jede falsche Entscheidung am Ende Menschenleben kosten kann.

Dennoch muss klar und offen benannt werden, wer wofür Verantwortung trägt. Die Pandemie und ihre Bekämpfung zeigen deutlich, welches Bundesland gut und welches weniger gut regiert wird. Wir als CDU-Fraktion haben immer wieder Unterstützung angeboten und Vorschläge gemacht. Leider sind der Berliner Senat und die Koalition – das musste ich hier jetzt schon mehrfach rügen – nicht bereit, über den eigenen Schatten zu springen und unsere Sachanträge auch nur ernsthaft zu prüfen. Das Klein-Klein der Parteipolitik prägt Ihr Handeln, und das möchte ich Ihnen anhand von zwei Beispielen verdeutlichen.

[Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

Ich sage Ihnen ganz offen, auch als Bürger dieser Stadt: Ich würde mir vielmehr einen Senat wünschen, der Vernunft und Sachverstand in den Mittelpunkt rückt und nicht so unentschlossen vorgeht, wie Sie das in der Schulpolitik und bei der unzureichenden Unterstützung der Berliner Wirtschaft tun.

Erstens, in der Schulpolitik: Homeschooling und Distanzunterricht sind zur neuen Normalität in den Bundesländern geworden. Die Kinder und Jugendlichen haben sich in den letzten Monaten durch den Verlauf der Pandemie daran gewöhnen müssen, und auch wenn die Anpassungen schmerzlich waren und sind – natürlich lebt Bildung und Schule auch vom persönlichen Austausch in Klassenräumen –, so haben sie in den meisten Bundesländern mehr oder weniger gut funktioniert. Berlin aber nimmt hier eine unrühmliche Rolle ein: Gleich am ersten Schultag im neuen Jahr bricht die Lernplattform zusammen. Die Kritik der Elternvertretung war deutlich. Mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich den Vorsitzenden des Landeselternausschusses Norman Heise. Zitat:

> Wir stehen am Anfang der Woche. Viele haben sich nach den Ferien einigermaßen motiviert und frisch vor den Computer gesetzt und dann festgestellt, das funktioniert alles nicht. Es funktioniert nicht – Punkt. Und es muss funktionieren – Punkt. Mehr kann man dazu aus Elternsicht nicht sagen.

– Zitat Ende.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Beifall von Joschka Langenbrinck (SPD)]

Die Bildungssenatorin hatte versprochen, unsere Schulen seien gut vorbereitet. Nun wurde sie leider erneut von der Wirklichkeit eingeholt. Was sind jetzt die Schlussfolgerungen des Senates aus diesem Versagen? Er vertraut seiner Schulplattform selbst nicht mehr und öffnet die Schulen – unabhängig von der Inzidenz, in Unwissenheit über die Virusmutation und in Unkenntnis des Infektionsgeschehens während der Feiertage. Noch gestern früh sagte der Regierende Bürgermeister in der ARD – ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

> Unsere Zahlen geben das noch nicht her, dass wir wieder in den Präsenzunterricht gehen können.

– Zitat Ende. – Was soll man dazu eigentlich noch sagen? – Was hat sich denn seitdem geändert, sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister?

[Zuruf von Sebastian Czaja (FDP)]

Sie lassen mit Ihrer Politik verzweifelte Kinder und Jugendliche, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer zurück. Sie gefährden die Zukunft unseres Landes, das keine wichtigere Ressource kennt als die Bildung unserer Kinder.

Mit Erlaubnis des Präsidenten möchte ich aus einer Zuschrift zitieren, die mich am 2. Januar erreicht hat:

> Lieber Herr Dregger, bitte tragen Sie Ihren Teil bei zur Beendigung dieser gesundheitlichen Katastrophe! Ermöglichen Sie den Schulen geeignete Schutzmaßnahmen, Fernunterricht und angemessene Reaktionen auf Infektionen! Ich habe genug davon, dass meine Familie absichtlich und unnötig gefährdet wird. Von den wirtschaftlichen Verheerungen, die durch die Ausbreitung der Seuche uns alle bedrohen, brauche ich auch gar nicht mehr erst anzufangen.

– Zitat Ende. –

[Unruhe bei der SPD,
der LINKEN und den GRÜNEN –
Zuruf von Sebastian Schlüsselburg (LINKE)]

Präsident Ralf Wieland:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Burkard Dregger (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Im Namen vieler Berlinerinnen und Berliner, die irgendwie ihr Leben planen wollen und wissen wollen, wie das nun zukünftig funktionieren soll mit Homeschooling, Distanzunterricht und Teilungsunterricht, fordere ich Sie auf: Machen Sie endlich die Schulen pandemiesicher! Stellen Sie sicher, dass Ihre

(Burkard Dregger)

Lernplattform funktioniert und die Schulen und Lehrer Unterstützung bekommen, um trotz Pandemie Wissen zu vermitteln! Machen Sie weniger Presseerklärungen und machen Sie stattdessen Ihre Hausaufgaben, meine Damen und Herren!

[Beifall bei der CDU]

Der Wissensrückstand, den Sie durch fehlende, gar keine oder falsche Entscheidungen in den letzten Monaten verursacht haben, ist kaum aufzuholen. Das trifft gerade die Kinder, die zu Hause nicht die nötige Unterstützung bekommen können. Es zeigt sich sehr deutlich, Ihr Vorgehen verringert die Chancengerechtigkeit unserer Kinder. Das ist unsozial und unverantwortlich.

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Marcel Luthe (fraktionslos)]

Zweitens möchte ich deutlich machen, dass Sie zur Unterstützung der Berliner Wirtschaft noch zu wenig tun – und es irritiert, sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister, dass Sie die Wirtschaft hier in Ihrer Regierungserklärung für das Infektionsgeschehen verantwortlich machen wollen. Wo sind denn die konkreten Antworten des Berliner Senates auf die wirtschaftlichen Besonderheiten unserer Stadt? – Aus vielen Gesprächen mit den Berlinern kennen wir doch alle die Sorgen und Ängste. Es geht um Jobverlust. Vielen sind Einnahmen weggebrochen. Deshalb müssen wir Antworten auf existenzielle Fragen geben. Wie retten wir die wirtschaftlichen Existenzen? Welche Perspektiven schaffen wir? – Auf all diese Fragen sollte dieser Senat nicht erst seit heute Antworten geben können, sondern schon seit über neun Monaten.

Sie gefährden die Chancen der Berliner Wirtschaft, sich mit dem voranschreitenden Impfschutz zu erholen. All das, was von Ihnen jetzt verpasst und vernachlässigt wird, wird uns bald auf die Füße fallen. Viele Unternehmen wissen schon jetzt nicht, wie sie ihre Angestellten und ihre Miete bezahlen sollen. Für die eigene Lebensführung bleibt sowieso kaum etwas übrig. Das darf Ihnen nicht egal sein. Deswegen fordere ich Sie auf: Unterstützen Sie unsere Unternehmen! Entbürokratisieren Sie unser Vergaberecht! Entbürokratisieren Sie unsere Landesbauordnung! Digitalisieren Sie endlich unsere Verwaltung, machen Sie sie pandemiesicher! Setzen Sie das E-Government-Gesetz um! Auch das ist für Unternehmen und Arbeitsplätze wichtig. Unterstützen Sie gerade die für Berlin wichtigen Branchen! Sichern Sie damit wirtschaftliche Existenzen! Geben Sie den Berlinern Hoffnung und Perspektive, dass sie auch nach Corona Arbeit haben und dass sie ihr gewohntes Leben zurückbekommen!

[Beifall bei der CDU]

Auf diese Hoffnungen und diese Perspektiven kommt es jetzt an. Dazu bedarf es verlässlicher und handwerklich gut gemachter Politik – mit Regeln, die sich durchsetzen lassen, mit Verantwortungsbewusstsein und Vernunft. Denn Hoffnung und Perspektive verdrängen sich breit machende Verzweiflung. Lassen Sie mich mit Worten von Richard von Weizsäcker, dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister und Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland enden: „Die Hoffnung führt uns weiter als die Furcht.“ – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Anhaltender Beifall bei der CDU –
Beifall von Marcel Luthe (fraktionslos)]

Präsident Ralf Wieland:

Es folgt dann für die SPD-Fraktion Herr Saleh. – Bitte schön, Herr Kollege!

[Paul Fresdorf (FDP): Soll ich dir noch schnell meinen Schlips leihen?]

Raed Saleh (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen! Meine sehr geehrten Herren! Ich kann mich nur den Worten des Präsidenten, des Regierenden Bürgermeisters und auch von Herrn Dregger anschließen: Die Bilder, die gestern weltweit über die Bildschirme liefen, waren nicht nur verstörend und hässlich, sondern vor allem brandgefährlich. Was Trump in seinen letzten Tagen macht, ist brandgefährlich. Dieser Mann zeigt, was für ein hässlicher geistiger Brandstifter er ist, und ich glaube, ich kann im Namen von uns allen sagen: Wir stehen an der Seite Amerikas und an der Seite des amerikanischen Volkes.

[Beifall bei der SPD, der CDU, der LINKEN,
den GRÜNEN und der FDP –
Zuruf von Christian Buchholz (AfD)]

Die Coronapandemie dauert jetzt fast schon ein Jahr, und wir alle fühlen uns irgendwie wie in einem schlechten Film, wie in einer Dauerschleife, aus der wir einfach nicht herauskommen. Wir sprechen mittlerweile von der dritten Welle. Die Zahlen gehen leider viel zu langsam zurück. Wir haben immer noch viel zu viele Menschen, die sterben – weltweit, in Europa, in Deutschland, bei uns in Berlin.

Inzwischen – und darauf haben sich alle gefreut – gibt es mehrere Impfstoffe, die funktionieren. Aber es gibt nicht genug Impfdosen, und der Hoffnungsschimmer sind nun mal die Impfungen. Deutschland ist weltweit führend bei der Entwicklung der Coronaimpfstoffe. Auch hier in Berlin wird unter Hochdruck geforscht und gearbeitet. Deshalb kann ich mich der Kritik des Regierenden Bürgermeisters nur anschließen. Es muss erlaubt sein zu fragen: Wieso wurde auf der nationalen Ebene im Sommer nicht mehr Impfstoff bestellt? – Dieser Kritik schließt sich der Biontech-Chef Uğur Şahin an. Auch Expertinnen und Experten von der Leopoldina sagen: Warum wurde nicht mehr bestellt? Es war doch absehbar!

[Tim-Christopher Zeelen (CDU): Absolut!]

(Raed Saleh)

Es ist gut, dass der Bundesgesundheitsminister jetzt eine Schippe drauflegen will. Aber er muss handeln bei der Bestellung und bei der Produktion. Weltweit brauchen wir die Impfdosen.

[Zuruf von Paul Fresdorf (FDP) –
Georg Pazderski (AfD): Wer regiert denn im Bund mit? –
Kurt Wansner (CDU): Peinlich!]

Wir sind in einer Situation, dass wir weltweit Menschen helfen wollen und müssen. Dazu gehört, dass wir produzieren und Lizenzen vergeben. Deswegen bin ich froh, dass die Bundeskanzlerin jetzt das Thema auf Bundesebene zur Chefinnensache gemacht hat.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Die vom Bund für Berlin zugesagte Menge an Impfdosen ist für einen wirksamen Schutz der Bevölkerung ausreichend. Das Bundesgesundheitsministerium hat fast 3 Millionen Impfdosen zugesagt.

[Tim-Christopher Zeelen (CDU): Die kann doch gar keiner verimpfen, und schon gar nicht Frau Kalayci!]

Aber diese Impfdosen brauchen wir nicht in zehn Monaten, wir brauchen sie jetzt! Jetzt sind unsere Intensivbetten zu 30, zu 35, vielleicht sogar in einigen Tagen zu 40 Prozent mit Coronainfizierten belegt.

[Zuruf von Tim-Christopher Zeelen (CDU)]

Das ist zu viel! Jetzt treten die ersten Mutationen des Virus auf. Jetzt muss man reagieren. Deswegen brauchen wir jetzt eine so möglichst breite Impfung der Bevölkerung. Wir brauchen die Herdenimmunität, und zwar jetzt!

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Beifall von Sibylle Meister (FDP) –
Zuruf von der CDU]

Dafür müssen wir impfen, was das Zeug hält; es gibt keine Alternative.

[Zuruf von der CDU: Anfangen!]

Der Engpass bei den Impfdosen ist daher nicht nur ärgerlich, sondern gefährlich. Handwerkliche Fehler dürfen uns in der aktuellen Lage einfach nicht passieren.

[Sibylle Meister (FDP): Dann mach doch!]

Es geht nicht um Schuldzuweisungen. Wir müssen alle gemeinsam alles tun, was in unserer Kraft steht, um gemeinsam diese gesundheitliche Krise zu meistern:

[Carsten Ubbelohde (AfD): Machen Sie es doch!
Worauf warten Sie noch? –
Zurufe von der AfD]

Land Berlin, Bund und die Bezirke, genauso wie die vielen Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime und die Tausenden Ärzte, Mediziner und das Pflegepersonal in der Stadt. Die Organisation der Impfungen muss so funktionieren, so wie es in Berlin funktioniert.

[Lachen und Beifall bei der CDU und der FDP]

Berlin hat seine Hausaufgaben gemacht.

[Beifall von Ülker Radziwill (SPD)]

Wir haben rechtzeitig – und darauf hat der Regierende Bürgermeister gerade hingewiesen – in einer Geschwindigkeit, die sich sehen lassen kann – und dafür haben wir hier im Parlament 200 Millionen Euro bereitgestellt –, frühzeitig und rechtzeitig mit Weitblick geplant: Sechs Impfzentren sind entstanden. Und da gilt mein Dank allen Beteiligten, allen voran dem Regierenden Bürgermeister, der Gesundheitssenatorin, natürlich Herrn Broemme und, lieber Mario, auch dem Deutschen Roten Kreuz. Vielen Dank für eure Unterstützung in dieser Sache, vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP]

Ja, ich kann den Frust der vielen Ärzte, der Helferinnen, des Pflegepersonals verstehen. Sie wollen richtig loslegen, aber sie kommen nicht dazu zu piksen. Wenn wir die Fernsehnachrichten schauen, dann sehen wir, wie die Mediziner in ganz Deutschland stinksauer sind.

[Zuruf von Sibylle Meister (FDP)]

Sie sagen: Wir waren wie gefordert impfbereit. Aber es gab nichts zu impfen. Wir haben geliefert – ihr habt aber nicht geliefert! – Das ist das Problem: Die Leute sind frustriert.

[Zuruf von Gunnar Lindemann (AfD): Sie sind an der
Regierung! Sie hätten liefern müssen! –
Kurt Wansner (CDU): Herr Saleh war noch nie an der
Regierung!]

– Hören Sie einfach mal zu! Ihr Problem ist: Es ist Ihnen abhandengekommen zu wissen, was die Menschen wollen und was die Menschen denken.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Lachen bei der AfD –
Georg Pazderski (AfD): Das sagen ausgerechnet Sie!
Armes Würstchen!]

Sie leben in Ihrer eigenen Blase, in der rechten Blase, die zu Bildern wie in Amerika führt! In dieser Welt leben Sie, meine Damen und Herren von der AfD!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und der CDU]

Sie sind die Populisten. An Ihrer Stelle wäre ich ganz kleinlaut!

[Gunnar Lindemann (AfD): Regierungsversager!]

Diesen Ärger teilen inzwischen viele Menschen in Deutschland. Die Leute sind frustriert. Sie haben oft auf zu vieles verzichtet: Keine Weihnachten mit Oma und Opa, keine Silvesterpartys mit den Freunden, die Kinder können nicht in die Kita und die Schule, die Läden sind zu.

[Carsten Ubbelohde (AfD): Lesen Sie lieber Briefe vor!]

(Raed Saleh)

Deswegen, glaube ich, ist es tatsächlich so – Michael Müller hat es gerade auf den Punkt gebracht –, dass beides zusammen einhergehen muss: Die Impfungen auf der einen Seite tatsächlich, die dann Normalität erlauben, und auf der anderen Seite noch der lange Weg, bis diese Normalität am Ende erreicht wird.

Ja, es tut weh zu sehen, dass Schülerinnen und Schüler über Wochen der Schule fernbleiben müssen.

[Georg Pazderski (AfD): Es tut weh!]

Es tut weh zu sehen, wie in den Innenstädten überall Zettel bei den Gewerbetreibenden hängen. Sie schreiben: „Aufgrund von Corona geschlossen“ –, und wir wissen nicht, wie es danach weitergeht.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Saleh! Ich darf Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Luthe zulassen?

Raed Saleh (SPD):

Nein! Es tut weh zu sehen, wie Menschen auf viele Sachen, die sie liebgewonnen haben, verzichten müssen. Aber tatsächlich ist die Frage berechtigt: Was wäre die Alternative? – Die Alternative wäre, dass wir hinnehmen, dass noch mehr Menschen in den Krankenhäusern sterben, die Alternative wäre, dass wir hinnehmen, dass Menschen, die hier ihr Leben lang gelebt haben, Menschen, die älter, vorbelastet sind, dass diese Menschen am Ende nicht mehr die nötigen Betten haben, wenn es darauf ankommt. Ich finde, das ist keine Alternative. Menschlichkeit gebietet Solidarität, auch in diesen Stunden, mit den Älteren, mit den Schwächsten.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und
den GRÜNEN]

Wir müssen aufbauen, auch was die Frage der Wirtschaft nach Corona betrifft.

[Frank-Christian Hansel (AfD):
Vergabegesetz abschaffen!]

Wir haben tatsächlich die Erwartung, da kann ich, glaube ich, im Namen von uns allen sprechen,

[Sebastian Czaja (FDP): Auch selten!]

dass natürlich auch der Senat in diesen Tagen bereits die Zeit nach Corona plant, was den Wiederaufbau, die Wiederbelebung nach Corona betrifft. Wir brauchen ein Wiederaufbauprogramm Corona.

[Gunnar Lindemann (AfD): Nachdem
Sie alles zerstört haben!]

Dazu gehört, dass man beim Thema Wirtschaft hinschaut.

Aber, lieber Herr Dregger, eines sei mir gestattet: Wir kennen uns beide ja schon einige Tage:

[Oh! von der FDP)

Von Ihnen kam bisher nichts, gar nichts, was hilfreich wäre. Diese Koalition, Rot-Rot-Grün – deshalb bin ich so froh, dass Rot-Rot-Grün in diesen Tagen,

[Paul Fresdorf (FDP): Erzähl‘ doch nichts!]

in diesen schweren Tagen regiert –

[Lachen bei der CDU, der AfD und der FDP –
Mario Czaja (CDU): Da muss er selber lachen! –
Zuruf von Roman Simon (CDU) –
Weitere Zurufe von der CDU]

hat innerhalb von wenigen Wochen, innerhalb von wenigen Tagen Hunderte von Millionen Euro auf die Beine gestellt, damit der Wirtschaft, damit den Eltern, damit den Menschen in diesem Land geholfen werden kann. Das ist unsere Arbeit, und Sie sind Zuschauer, Herr Dregger, nichts mehr!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –
Zuruf von Carsten Ubbelohde (AfD) –
Zurufe von der CDU –
Mario Czaja (CDU): Jetzt bring den Regierenden
nicht in Schwierigkeiten! –
Georg Pazderski (AfD): Da muss er
selber lachen! –
Heiterkeit bei der CDU und der FDP]

Präsident Ralf Wieland:

Jetzt bitte ich wieder um etwas Ruhe!

[Paul Fresdorf (FDP): Er hat doch angefangen!]

Raed Saleh (SPD):

Berlin war vor der Pandemie beim Wirtschaftswachstum in Deutschland an der Spitze. Die Arbeitslosigkeit ist massiv zurückgedrängt worden. Immer neue Unternehmen sind in unsere Stadt gekommen und haben für viele Menschen eine gesicherte Existenz geschaffen. Dieser Geist, dieser Mut, dieser Optimismus wird bald wieder zurückkommen.

Es geht darum, Menschenleben zu retten. Es liegt in unserer Hand, wie schnell wir durchkommen. Wir müssen impfen, was das Zeug hält. Wir müssen für die Zeit nach Corona planen, und wir müssen die Strecke bis dahin aushalten. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Es folgt dann für die AfD-Fraktion Herr Pazderski – bitte schön!

[Hakan Taş (LINKE): Darauf können wir verzichten!]

Georg Pazderski (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Bürger! Auch ich möchte etwas zu den USA sagen: Die Bilder, die wir gestern Abend gesehen haben, waren erschreckend. Gewalt darf niemals ein Mittel in einer Demokratie sein.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Hört, hört!]

Das muss für uns alle sehr klar sein.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Glaubt ihm kein Wort!]

Der verzweifelte Coronaaktionismus der Altparteien hat mittlerweile jedes Maß verloren.

[Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Hör doch auf damit! Das ist der Anfang, Mann! Das sind Brandstifter!]

Nach einem auf staatliche Anordnung verkorkstem Weihnachts- und Silvesterfest wird nun auch noch dem Januar das Lebenslicht ausgeblasen.

[Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Das ist doch Quatsch!]

Härte gegen die eigenen Bürger scheint die einzige Strategie der Regierenden in der Coronakrise zu sein. Wer keine echten Konzepte gegen das Virus hat, ruft „Lockdown“, immer lauter, immer heftiger und wahrscheinlich wirkungslos wie immer.

[Beifall bei der AfD]

Die Hilflosigkeit wird zur Tradition und mit einer weiteren Folge aus der Serie „Regierungserklärungen, die das Staatsversagen verschleiern sollen“ begründet. Statt auf Faktenbasis fundiert zu entscheiden, wird weiter die Angst im Volk geschürt, wird mit immer neuen Verboten experimentiert und nebenbei das Parlament unterlaufen. Denn die Stellungnahmen der Fraktionsvorsitzenden sind kein Ersatz für einen demokratischen Gesetzgebungsprozess. Seit Monaten wird unser Land de facto von einem Coronarat aus Kanzlerin und Länderchefs regiert, einem Coronazentralkomitee, das weder im Grundgesetz noch irgendwo als Verfassungsgremium vorgesehen ist. Das ist Selbstermächtigung und damit staatliche Willkür.

[Beifall bei der AfD – Burkard Dregger (CDU): Blödsinn!]

Die AfD-Fraktion fordert daher die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung, Entscheidungen gehören in die Hände der gewählten Volksvertreter.

[Burkard Dregger (CDU): Sind sie doch!]

Uns geht es aber keineswegs nur um diesen formalen Punkt, sondern auch ums Fachliche. Denn die Erfahrung zeigt, vieles, was Kanzlerin und Länderchefs in ihrem C–19-Zentralkomitee bisher entschieden haben, war Murks. Wir stehen vor dem vierten Lockdown und nichts – ich wiederhole: nichts – hat sich verbessert. Die Menschen stecken sich weiter an, die Zahl der Todesfälle in den Risikogruppen sinkt nicht, und der Mittelstand stirbt. Damit ist exakt das eingetreten, was wir als AfD-Fraktion vorhergesagt hatten.

[Oh! von den GRÜNEN]

Ich erneuere meine Prognose: Auch eine Verlängerung der bekannten und unsinnigen Verbote bis zum 31. Januar wird nichts ändern. Auf diesen Lockdown wird unweigerlich der nächste Lockdown folgen.

[Carsten Ubbelohde (AfD): Leider!]

Warum sind Sie nicht ehrlich und sagen das den Berlinern? Warum stürzen Sie diese Stadt ins Verderben? Wollen Sie wirklich, dass wir Berlin nicht mehr wiedererkennen, wenn denn irgendwann das Leben tatsächlich wieder normal sein sollte? –

[Zuruf von Dr. Ina Maria Czyborra (SPD)]

Tote Einkaufsstraßen, „Geschäftsaufgabe“ als häufigstes Schild in den Berliner Schaufenstern, verbarrikadierte Eingänge zu Cafés, Restaurants, Hotels, Sportplätzen und vielen anderen Veranstaltungsorten. Dafür parkt dann alle 20 Meter ein Postauto, liefert Pakete an die aus, die es sich noch leisten können, online zu shoppen. Fakt ist, durch Ihre Politik werden unzählige Berliner auf der Strecke bleiben, wirtschaftlich und sozial, ohne dass sich die Coronalage dadurch auch nur einen Deut verbessert.

[Beifall bei der AfD]

Ein „Spiegel“-Kommentator beschreibt die Situation in dieser Woche so:

> Was bisher Lockdown heißt, ist offenbar wenig geeignet, Infektions- und Todeszahlen zu senken. Trotzdem will die Politik die halbgare Maßnahme verlängern.

Zitat Ende. – Anders ausgedrückt: Weder die Bundesregierung noch der Berliner Senat haben etwas aus den Erfahrungen der letzten Wochen und Monate gelernt. Man hangelt sich mehr oder weniger orientierungslos von Tag zu Tag, von Woche zu Woche, verschärft die bestehenden halbgaren Maßnahmen und schafft so Millionen Verlierer. Dabei kann niemand sagen, ob ihre Opfer unserem Land irgendeinen Nutzen bringen. Und die Bürger spüren das.

Bei einer von unserer Fraktion im Dezember in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage zeigten sich 48 Prozent der Berliner über die eigene wirtschaftliche Situation besorgt. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und Berlins hielten sogar rund 80 Prozent für besorgniserregend. Jedem ist klar: Die Regierungspolitik verursacht enorme Schulden im Bund wie in Berlin, Schulden, die wir, unsere Kinder, unsere Enkel einmal bezahlen müssen. Das wird verschwiegen, denn die Regierenden sind ratlos, sie leben in ihrer eigenen Welt.

[Beifall bei der AfD]

Entsprechend wächst auch die Zahl der Coronamüden, wie die jüngsten Ereignisse zum Beispiel in Winterberg

(Georg Pazderski)

deutlich gezeigt haben. Kurzum, Ihre Politik verfehlt nicht nur die selbstgesetzten Ziele, sondern bewirkt sogar das Gegenteil von dem, was Sie vorgeben, erreichen zu wollen. Das ist Staatsversagen in voller Ausprägung.

Starkoch Tim Mälzer, als Restaurantbesitzer besonders schwer betroffen, formuliert es so:

> 2020 hat so transparent gemacht, wie nie zuvor, dass Politik eben Politik ist – und oftmals eben am Bürger vorbei gestaltet wird.

Zitat Ende.

Ein sicherer Garant für Pleiten, Pech und Pannen ist natürlich auch die Laienspielertruppe um den Regierenden Bürgermeister. Der Regierende Bürgermeister erfindet in der Fragestunde der letzten Plenarsitzung einen 30-jährigen Türken, einen Mann wie ein Baum, der an Corona verstorben sei, ohne sich bis heute für seine Falschbehauptung zu entschuldigen.

[Zuruf von Torsten Hofer (SPD)]

Stattdessen versucht er, durch Angriff abzulenken und beleidigt die AfD als „Zwerg Allwissend“. Souverän und staatstragend, Herr Regierender Bürgermeister, geht anders.

[Beifall bei der AfD]

Die Bildungssenatorin muss gleich am ersten Schultag nach den Weihnachtsferien feststellen, dass die staatliche digitale Plattform Lernraum Berlin als Voraussetzung für digitales Lernen wieder nicht funktioniert. Nun soll ein privater Anbieter aus Norwegen die Kohlen aus dem Feuer holen. Großspurig wurde Anfang November beschlossen, 1 200 Filteranlagen in Schulen einzubauen, um unsere Kinder zu schützen, doch zwei Monate später ist noch immer keine einzige montiert.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Das wäre die richtige Maßnahme!]

Die Gesundheitssenatorin muss zugeben, dass sie keine Ahnung davon hat, wer eigentlich zu den Intensivpatienten in der Stadt gehört. Sind das Männer oder Frauen, Deutsche oder Ausländer, Alte oder Junge? Sie weiß es nicht, entsprechend kann sie auch nicht zielgerichtet handeln. Chaotisch war auch die Eröffnung der Impfzentren: Nur eins ist bisher in Betrieb und musste zwischen Weihnachten und Neujahr gleich wieder schließen. Die Vorbereitung: katastrophal. Fazit: Setzen, Sechs!

[Beifall bei der AfD]

Der Justizsenator stellt knapp drei Wochen nach der Verabschiedung der entsprechenden Verordnung fest, dass die Corona-Ausgangssperre juristisch fragwürdig und für die Pandemiebekämpfung nicht nötig ist. Ich frage mich: Wo war er eigentlich am 14. Dezember?

Der Innensenator hat unseren Polizisten gegen den Willen der Personalvertreter Silvester befohlen, sein vollkommen absurdes Verbot von absolut harmlosem Kinderfeuerwerk – also Knallerbsen, Wunderkerzen und Tischfeuerwerk – durchzusetzen. Unsere Polizisten haben ja offensichtlich sonst nichts zu tun.

Die SPD arbeitet sich am ohne Frage unfähigen CDU-Gesundheitsminister Spahn ab, ohne aber eigene sinnvolle Vorschläge zu bringen. Stattdessen beraten wir hier und heute über eine Enteignung der Inhaber von Impfpatenten. Wieder einmal suchen Sie die Lösung in der menschenverachtenden Gedankenwelt des Sozialismus, der eigentlich 1989 von den Menschen in der damaligen DDR friedlich beseitigt wurde.

[Beifall bei der AfD]

Die Berliner haben über dieses Politikversagen eine klare Meinung: In der von uns in Auftrag gegebenen Umfrage im Dezember 2020 halten nur rund 32 Prozent die unausgegorene Coronapolitik für richtig, also nur jeder dritte Berliner. Selbst unter den Anhängern der drei Regierungsparteien gibt es für deren Politik keine Mehrheit mehr. Zeit für eine bürgerliche Wende!

Die Altparteien haben uns versprochen, dass ein Ende der Verbotspolitik nur durch Massenimpfungen möglich sein wird.

[Zuruf von Burkard Dregger (CDU)]

Das kann man natürlich unterschiedlich sehen. Nehmen wir mal an, es wäre wirklich so – dann muss auch hier das Urteil „Staatsversagen auf allen Ebenen“ lauten. Da wird in Deutschland ein nach offiziellen Angaben Erfolg versprechender Impfstoff gegen Covid-19 entwickelt, aber Nutznießer sind vor allem Amerikaner, Briten und Kanadier, denn die haben kräftig bei Biontech und Pfizer eingekauft, während wir Deutschen mal wieder von europäischer Solidarität träumen.

Wenn der Impfstoff wirklich die Lösung aller Probleme sein soll, warum handeln Bund und Länder dann nicht danach? Was ist mit ihrem Amtseid, das deutsche Volk zu schützen? US-Präsident Trump, der britische Premierminister Johnson und der israelische Ministerpräsident Netanjahu machen es vor: Ihre Länder liegen, was die freiwilligen Impfzahlen angeht, meilenweit vor Merkel-Deutschland. Und unsere amerikanischen Freunde feiern sogar ihren Luftbrückenhelden Gail Halvorsen, der mit 100 Jahren seine Coronainfektion überstanden hat.

Nur in der EU klappt mal wieder nichts. Unsere französischen Freunde hatten bis letzten Montag landesweit genau 332 Menschen geimpft. Diese Zahlen sprechen für sich und zeigen einmal mehr: Wer sich auf die Brüsseler Bürokratie verlässt, ist verlassen.

[Beifall bei der AfD]

Die Nase vorn haben die freien, selbstbewussten und unabhängigen Nationalstaaten. Fakt ist: Jeder, der sich

(Georg Pazderski)

impfen lassen will, muss dazu im ersten Halbjahr 2021 auch die Chance haben. Alles andere ist indiskutabel.

Schauen wir uns mal die Lage in Berlin an: Weil die EU unter Frau von der Leyen zu wenige Impfdosen gekauft hat, werden jetzt im Januar pro Woche nur 29 250 Impfdosen für die Berliner bereitstehen.

[Zuruf von Maik Penn (CDU)]

Bei 3,7 Millionen Einwohnern und dem Umstand, dass jeder zwei Impfungen benötigt und auch geimpft werden soll, würde es bei diesem Tempo knapp 60 Monate – also bis Januar 2026 – dauern, bis alle immun sind.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Hört, hört!]

Ist das Ihr Ziel? Impfzwang und weitere fünf Jahre Lockdown? Diese Modellrechnung gilt natürlich nur, wenn die Wirkungsdauer dieser Impfung unbegrenzt wäre. Hier fangen wir aber an zu spekulieren, denn diese Frage ist noch gar nicht erforscht. Fakt ist: Das gesamte Impfprogramm kann und wird so nicht funktionieren. Ihre Heilsversprechen sind darum das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Wahrscheinlich sind Sie sogar insgeheim für jeden Impfkritiker dankbar, der nicht der Einladung in Ihre neuen Zentren folgt.

Die von uns in Auftrag gegebene Umfrage vom Dezember zeigt, dass nur 50 Prozent der Berliner zur Impfung bereit sind – nur jeder Zweite. 27 Prozent wollen sich überhaupt nicht impfen lassen. Auch der Grund für diese Ablehnung ist klar benannt: 71 Prozent der Impfskeptiker verweisen auf noch völlig unklare Nebenwirkungen. Ihr undurchdachter Schnellschuss ist also weder umsetzbar, noch ist er akzeptiert.

Ihre Politik lässt auch eine andere entscheidende Frage vollkommen unbeantwortet: Welches Restaurant, welches private Theater, welches Kino, welches Einzelhandelsgeschäft, welcher private Busunternehmer und welches Sportstudio kann noch einen Lockdown überleben? Wo ist da die Perspektive für Köche, Kellner, Verkäufer, Rezeptionisten, Taxifahrer, Friseure oder Trainer? Schon jetzt sagen 68 Prozent der Berliner quer durch die politischen Parteien, dass die Belastungen durch die Coronakrise nicht gerecht verteilt sind. Da sammelt sich gewaltiger sozialer Zündstoff an.

Wie lange sollen die Deutschen noch darauf warten, wieder einmal in andere Länder reisen zu können? Wie lange wollen Sie das Kurzarbeitergeld und das Arbeitslosengeld noch verlängern? Wer trägt die Kosten der unvermeidlichen Insolvenzen, Arbeitsplatzverluste, Steuerausfälle, Krankenkassendefizite und Staatsverschuldung? Sie hangeln sich von Monat zu Monat weiter – ohne Strategie, ohne Konzept. Alle Ihre Rezepte haben sich als untauglich erwiesen.

Ein Ende der Krise in unserem Land – und nur darum geht es – wird erst gelingen, wenn wir endlich klar die Interessen des deutschen Volkes, wie es Ihr Amtseid vorschreibt, in den Vordergrund stellen. Dazu gehört ein nationales Impfprogramm auf freiwilliger Basis. Dazu gehört auch eine offene und ehrliche Diskussion über die Nebenwirkungen der Impfstoffe. Vor allem aber brauchen wir eine tabulose Untersuchung der massiven Schäden Ihrer bisherigen Coronapolitik.

[Beifall bei der AfD]

Fehlendes Schutzkonzept für Risikogruppen, Zerschlagung des Mittelstands, soziale Isolation, Verschärfung der Bildungsmisere, Beschneidung der Bürgerrechte und Entmündigung des Parlaments – so kann und darf es nicht weitergehen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der AfD]

Präsident Ralf Wieland:

Es folgt jetzt der Kollege Schatz von der Fraktion Die Linke.

Carsten Schatz (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst mich auch den Worten des Präsidenten und des Regierenden Bürgermeisters anschließen – eingedenk der Ereignisse in Washington, die wir gestern Abend alle im Fernsehen verfolgen konnten – und den Satz wiederholen: Jeder Angriff auf ein demokratisch gewähltes Parlament ist ein Angriff auf die Demokratie, und wir stehen hier fest an der Seite unserer Freundinnen und Freunde in den USA.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP]

Aber, Herr Pazderski, ich kann mir das an der Stelle nicht verkneifen: Das, was Sie hier gerade gesagt haben, ist heuchlerisch angesichts dessen, dass die Politik, die Sie betreiben, genau zu solchen Bildern führt.

[Georg Pazderski (AfD): Das müssen Sie als Kommunist sagen! Sie als Kommunist müssen mir das sagen! Sie erzählen einen Unsinn, und das wissen Sie! Ein Kommunist muss etwas über Demokratie erzählen! – Karsten Woldeit (AfD): Sie Heuchler!]

Es waren Anhänger Ihrer Partei, die vor dem Reichstagsgebäude standen und die von Abgeordneten Ihrer Partei ins Parlament geholt worden sind, um demokratisch gewählte Abgeordnete anzugreifen.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Christian Buchholz (AfD) – Weitere Zurufe von der AfD]

Lassen Sie mich zunächst mit guten Nachrichten beginnen: Die Zahl der Neuinfektionen ist rückläufig. Auch

(Carsten Schatz)

wenn es angesichts geringerer Testzahlen noch eine gewisse Unsicherheit gibt, so wird doch deutlich: Die Sieben-Tage-Inzidenz ist gegenüber Mitte Dezember erkennbar zurückgegangen. Das sollte uns Mut machen. Aber – und das ist der schlechte Teil – die Zahlen sinken nur langsam, und vor allem ist die Zahl der Menschen, die intensivmedizinisch behandelt werden müssen, zu hoch. Sie ist gegenüber Anfang Dezember noch einmal deutlich angestiegen, mittlerweile wird mehr als jedes dritte Intensivbett aufgrund einer Covid-19-Infektion in Berlin belegt. Wir haben zwar noch mit 145 freien Intensivbetten einen geringen Puffer, aber für manche Landkreise in Brandenburg steht bei der Anzahl der noch verfügbaren freien Intensivbetten eine Null. Das ist ohne Übertreibung eine dramatische Situation für Patienten und Patientinnen, aber auch für Ärztinnen und Ärzte, Krankenschwestern und Krankenpfleger, die seit Monaten am Limit arbeiten, und solange das so ist, gibt es keinen Grund zur Entwarnung und sind Lockerungen nicht vertretbar. Da hat der Regierende Bürgermeister recht. Unser Ziel muss es hier sein, zu einer spürbaren Entlastung zu kommen. Das sind wir diesen Menschen schuldig.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN]

Der Regierende Bürgermeister hat auf eine weitere gute Nachricht hingewiesen. Wir haben seit kurz vor Weihnachten einen zugelassenen Impfstoff, seit gestern sogar zwei. Damit wächst die Hoffnung, Infektionen auch auf anderem Wege als durch Reduzierung der Kontakte eindämmen zu können. Wir haben uns in Berlin in den vergangenen Wochen gut auf den Impfstart vorbereitet und die notwendigen Infrastrukturen geschaffen. Da verstehe ich durchaus auch, dass es nervt, wenn bereits zugesagte Lieferungen nur verzögert ankommen. Ja, es war klar, dass die Produktion der Impfstoffe nach der Zulassung erst anlaufen muss. Ja, es war auch klar, dass nicht von Tag 1 an gleich alle Kapazitäten ausgelastet werden können. Aber es war schon länger klar, dass die zusätzlichen Produktionskapazitäten auch in Deutschland benötigt werden. Hier hätte der Bundesgesundheitsminister auf Grundlage seiner ihm übrigens durch das Infektionsschutzgesetz gegebenen Befugnisse schon längst mehr unternehmen können, statt sich darauf zu verlassen, dass das die Unternehmen schon irgendwie selbst regeln werden.

[Beifall bei der LINKEN und der SPD]

Und wenn wir als Koalition ihn jetzt auffordern, diese Befugnisse zu nutzen, dann gerade nicht, weil wir irgendeinen Impfnationalismus befürworten. Über eine ausreichende Versorgung Deutschlands mit Impfstoffen mache ich mir wenig Sorgen. Und auch das sei hier gesagt: Der gemeinsame europäische Weg der Beschaffung war richtig und wichtig, aber diese Pandemie ist global, und ihre Eindämmung muss, wenn sie erfolgreich sein soll, auch global erfolgen. Dafür müssen die Impfstoffe aber auch global schneller zur Verfügung stehen. Wir wollen uns eben nicht damit zufriedengeben, dass ein großer Teil der Menschen im globalen Süden erst irgendwann ab 2022 mit einer Impfung rechnen kann. Und ja, dafür halten wir auch eine Vergesellschaftung der Produktion der zu einem großen Teil mit öffentlichen Mitteln entwickelten Impfstoffe für notwendig. Da habe ich gar keine Bauchschmerzen.

[Georg Pazderski (AfD): Sozialismus funktioniert nicht! Das sieht man jetzt bei der Impfung!]

Und wer ein Apfelkuchenrezept braucht, kann sich gerne bei mir melden. Von Hefe-Apfel bis zur Tarte Tatin habe ich da etwas im Angebot.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN –
Zuruf von der LINKEN: Bravo! –
Georg Pazderski (AfD): Marktwirtschaft funktioniert!]

Voraussetzung für eine erfolgreiche Impfung ist aber auch, dass sich möglichst viele Menschen impfen lassen. Und an dieser Stelle ein klares Wort zu dem, was die Herren hier rechts außen in den vergangenen Wochen und auch gerade wieder abgeliefert haben: Sie beklagen hier wortreich die harten Maßnahmen unserer Kontaktreduktion, machen sich lustig über Menschen, die Masken tragen, gehen gemeinsam mit Menschen auf die Straße, die die Existenz des Virus leugnen und die absurdesten Verschwörungstheorien zur Impfung verbreiten.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Reden Sie doch keinen Quatsch!]

Sie betreiben Verunsicherung und behindern damit, dass die Zustände, die Sie hier lauthals beklagen, möglichst schnell wieder beendet werden können. Das ist bigott, das ist heuchlerisch, das ist verantwortungslos.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der CDU –
Georg Pazderski (AfD): Schauen Sie sich die Umfragewerte an: Ihre Politik trägt nicht!]

Zum Glück bin ich mir sicher, dass die übergroße Mehrheit der Berliner und Berlinerinnen sich nicht verrückt machen lässt. Aber es gibt durchaus Fragen. Hier erwarte ich eine verstärkte Bemühung seitens der Gesundheitsbehörden nicht nur zur Aufklärung, sondern auch zum Zuhören. Wir müssen wissen, wie die Impfbereitschaft gerade in den medizinischen und den Pflegeeinrichtungen ist und woran es gegebenenfalls hapert. Hierzu sollten wir dringend das Gespräch mit den Beschäftigtenvertretungen, mit den Sozialverbänden und Gewerkschaften suchen. Wir sollten auch im Blick behalten, wo wir eventuell nachbessern müssen, um es Menschen über 80 zu erleichtern, einen Impfterminen wahrzunehmen. Das Angebot, mit dem Taxi ins Impfzentrum und zurück gebracht zu werden, ist dafür sicher eine gute Maßnahme, so wie auch die mobilen Impfteams, die in die Einrichtungen gehen. Das alles ist sehr gut. Aber manchmal klemmt es auch an Dingen, an die vorher niemand

(Carsten Schatz)

gedacht hat. Deshalb brauchen wir bald auch ein Feedback von denen, die nicht zur Impfung kamen.

Die von der MPK am Dienstag verabredeten und gestern im Senat beschlossenen Maßnahmen sind noch mal eine Zumutung für die Menschen in dieser Stadt, die wir uns gerne erspart hätten. Und bevor es wieder Missverständnisse gibt, wenn ich gleich einige kritische Töne anschlage, lassen Sie mich unmissverständlich sagen: Als Linksfraktion tragen wir die Maßnahmen dem Grunde nach mit, wie wir das übrigens die ganze Zeit getan haben. – Aber wir haben auch von Anfang an gesagt, dass, wenn die Maßnahmen zum Erfolg führen sollen, das nur gelingen wird, wenn Menschen von deren Sinn überzeugt sind, und dafür müssen die zumindest einigermaßen konsistent sein. Leider muss ich sagen, dass das aus meiner Sicht erneut in einigen Teilen nicht der Fall ist. Wenn es richtig ist, dass wir versuchen müssen, die Zahl der Kontakte so weit wie möglich zu reduzieren, wenn wir dafür nahezu alle Orte, an denen Menschen sich in ihrer Freizeit treffen, Geschäfte und Dienstleistungsbereiche, schließen, warum gilt das dann nicht auch für andere Arbeitsstätten, deren Aufrechterhaltung nicht lebensnotwendig ist?

[Beifall bei der LINKEN –
Frank-Christian Hansel (AfD): Genau,
alles dichtmachen! Super!]

Warum bleibt es nur bei einem bloßen Appell, Homeoffice zu ermöglichen? Warum sprechen wir so viel über Infektionen im privaten Bereich und so wenig über Infektionen am Arbeitsplatz? Dabei galt, eben anders als noch im Frühjahr, für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Herbst gerade nicht: Stay at home! – also: Zu Hause bleiben! – Nur 14 Prozent der Erwerbstätigen waren im November im Homeoffice, obwohl mehr als 50 Prozent einen Bürojob haben, also weniger als ein Drittel aller im Büro Tätigen.

Sascha Lobo schrieb in seiner gestrigen „Spiegel"-Kolumne dazu – und ich zitiere mit Erlaubnis –:

> Auch in der jüngsten Beschlussfassung steht wieder: ‚Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber werden dringend gebeten, großzügige Homeoffice-Möglichkeiten zu schaffen'. Dringend gebeten, das ist bei tausend Toten am Tag labberiger als die Pizzapappe nach einer großen Hawaii mit extra Ananas.

– Zitat Ende. –

[Georg Pazderski (AfD): Ja, mit Zwang
kennen Sie sich aus, nicht?]

Wenig überzeugend ist es auch, wenn wir nun bis zum 31. Januar verordnen, dass sich Kinder faktisch nicht mehr treffen dürfen, aber gleichzeitig ab Mitte des Monats für die untersten und die Abschlussklassen wieder den Präsenzunterricht starten, wenn auch nur in halber Stärke. Da kommen dann trotzdem sicherlich mehr Kinder als nur aus zwei Haushalten zusammen. Und was passiert eigentlich, wenn drei Kinder aus drei Haushalten gemeinsam von der Schule den Heimweg antreten? – Deshalb sind wir hier an der Stelle als Parlament gefordert, und wir werden diese inkonsistenten Regelungen diskutieren und Änderungen anregen.

[Beifall bei der LINKEN –
Zuruf von Paul Fresdorf (FDP)]

Auch hinsichtlich des Einsatzes von Schnelltests blieb die MPK nicht nur hinter den Erwartungen, sondern auch der Lebensrealität zurück. Während findige Geschäftsleute längst den Bedarf und die Lücke erkannt haben und Medizinstudierende anheuern, um gewerbsmäßig Schnelltests für 30 bis 50 Euro anzubieten, sollen jetzt Freiwillige angeworben und geschult werden, die vorübergehend in den Alten- und Pflegeeinrichtungen die dort angeordneten Tests vornehmen.

[Georg Pazderski (AfD): Das ist aber Sozialismus! –
Zuruf von Dr. Wolfgang Albers (LINKE)]

Da wirft sich jemand nicht nur hinter den sprichwörtlich längst abgefahrenen Zug, sondern verpasst auch gleich noch die Anschlussbahn. Deshalb lassen Sie mich für die Linksfraktion sagen, dass wir seit vielen Monaten um eine vernünftige Schnelltesstrategie kämpfen, die insbesondere vulnerable Gruppen schützt. Eine Bedingung dafür wäre die Änderung der Medizinprodukteverordnung, um zu ermöglichen, dass geschultes Personal ohne medizinische Vorkenntnisse die Tests durchführen kann. Dazu fordern wir den Bund auf, und da brauchen wir schnell konkrete Schritte.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege! Ich darf Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kluckert zulassen.

Carsten Schatz (LINKE):

Nein! – Der Schutz in den Pflegeeinrichtungen durch regelmäßige Schnelltests für Besucherinnen und Besucher, Mitarbeitende und Bewohner und Bewohnerinnen ist gut und funktioniert in Berlin schon. Diese Erfahrung müssen wir jetzt nutzen, um durch einen breiten Einsatz von Schnelltests Infektionen zu erkennen und damit Infektionsketten zu durchbrechen.

Dass in einer solchen Ausnahmesituation Dinge aus dem Blick geraten können und Fehler unterlaufen, dafür sollten wir alle Verständnis haben. Überhaupt kein Verständnis habe ich aber, wenn Fehler trotz Hinweisen nicht korrigiert und stattdessen wiederholt werden. Fast das gesamte vorige Jahr wurde darüber debattiert, dass für viele Soloselbstständige eine Unterstützung, die nur für Fixkosten, aber nicht auch zum Lebensunterhalt verwendet werden darf, keine Unterstützung ist. Es gibt sogar seit vielen Monaten einen Beschluss des Bundesrates, übrigens auch auf Berliner Initiative hin, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, hier nachzubessern. Im

(Carsten Schatz)

Spätherbst schien die Botschaft dann endlich angekommen zu sein. Immerhin konnte nun ein Teil der entgangenen Umsätze als Unterstützung beantragt werden. Wenn ich jetzt aber den MPK-Beschluss von Dienstag richtig lese, dann wird nun wieder dahin zurückgekehrt, dass lediglich ein Teil der fixen Kosten übernommen wird. Das ist eine bodenlose Verhöhnung und die Spitze des Komplettversagens der Bundesregierung in diesem Bereich. Soziale Krisenbewältigung geht anders.

Bis heute ist bei vielen von Schließung betroffenen Unternehmen gerade einmal ein Abschlag auf die beantragte Novemberhilfe eingegangen. Ich kenne Betriebe, die kurz vor Weihnachten gerade einmal die Mitteilung erhalten haben, dass sie einen Abschlag für November bekommen werden. – Mit einer solchen Mitteilung lässt sich aber keine Miete bezahlen, schon gar nicht, wenn mittlerweile bereits die für Januar fällig war.

Ich stimme nicht sehr oft mit der IHK-Präsidentin überein, aber wenn sie sagt – ich zitiere: –

> Es nützen keine Hilfen, die man zwar beantragen kann, wo dann aber kein Geld fließt.

– dann hat sie recht.

Ein von uns im letzten Sommer bereits angeregter Beitrag der Immobilienwirtschaft bei den Gewerbemieten steht ebenso aus. Letztlich werden doch über Fixkostenzuschüsse auch teilweise absurd hohe Gewerbemieten nur staatlich subventioniert. Hier braucht es aus unserer Sicht eine gerechte Verteilung der Lasten.

[Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Notker Schweikhardt (GRÜNE)]

Noch immer kein Verständnis bringe ich dafür auf, dass für Beziehende von Hartz IV oder Grundrente noch immer kein Zuschlag von mindestens 100 Euro gezahlt wird. Gerade wenn Kinder jetzt auch tagsüber zu Hause sind und kein kostenfreies Mittagessen erhalten, dann muss das sein. Gleiches gilt auch für die überfällige Erhöhung des Kurzarbeitergeldes, die vielen helfen würde, durch diese schweren Wochen zu kommen.

[Beifall bei der LINKEN]

Als wir im November hier debattierten, kündigte ich für meine Fraktion an, in die Debatte über ein Parlamentsbeteiligungsgesetz einsteigen zu wollen. Heute, acht Wochen später, liegt ein gemeinsamer Antrag der demokratischen Parteien vor. Das freut mich, denn es zeigt, dass wir trotz aller Meinungsunterschiede und der Verschiedenheit von Perspektiven an dieser Stelle zueinandergefunden haben. Ich finde, damit sind wir der Verantwortung gerecht geworden, uns als Parlament in die Diskussion einzubringen und einen Platz in der Debatte einzufordern und diesen sicherzustellen. Das ist gut so und spricht für unsere Demokratie, die manche totreden wollen.

Liebe Berlinerinnen und Berliner! Auch wenn mit den angelaufenen Impfungen ein Silberstreif am Horizont sichtbar ist, wird der Weg zu diesem Horizont nur ein solidarischer sein können. Deshalb auch wieder mein Appell: Halten wir Abstand zueinander, tragen wir Alltagsmasken, halten wir uns an die Hygieneregeln, nutzen wir die Corona-Warn-App, lüften wir regelmäßig, wenn wir uns drinnen aufhalten!

[Zuruf von der AfD: Packen Sie ein!]

Und vor allem: Halten wir die Zahl unserer physischen Kontakte zu anderen Menschen klein und überschaubar! Bei Letzterem kann auch ein kleines Notizbuch helfen. Mittlerweile gibt es auch die Kontaktfunktion in der Corona-Warn-App für diejenigen, die das dort notieren wollen. – Wir stehen also vor enormen Herausforderungen, aber ich bin mir sicher, dass, wenn wir solidarisch sind und die Lasten der Krise und ihrer Überwindung gerecht verteilen, wir auch diese Krise meistern werden. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Es folgt Herr Kollege Czaja für die Fraktion der FDP.

Sebastian Czaja (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bilder aus Washington sind schockierend. Ich danke ebenso wie alle Vorredner dem Präsidenten und dem Regierenden Bürgermeister für die ganz klaren Worte am heutigen Morgen. Ich möchte mich in diesem Hause dem ausdrücklich anschließen und einen Satz hinzufügen: dass wir auch in Deutschland an der Seite all derjenigen stehen, die sich tagtäglich für die Aufrechterhaltung und Stärkung unserer Demokratie einsetzen und sich vor allen Dingen gegen marodierende Lügen, Hass und Hetze starkmachen. – Das möchte ich hier in diesem Hause mit Blick auch auf die AfD ganz bewusst sagen.

[Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU,
der LINKEN und den GRÜNEN –
Georg Pazderski (AfD): Für die Futtertröge vorsorgen! –
Zuruf von der AfD: Hanebüchen! –
Weitere Zurufe von der AfD]

Diese Jahrhundertpandemie verlangt jedem Einzelnen viel ab, manchen sogar sehr viel. Tausende Gastronomen stehen vor den Scherben ihrer Existenz, Schülerinnen und Schüler stehen in einer der wichtigsten Phasen ihres Lebens vor einem möglicherweise unhaltbaren Chaos, viele Eltern befinden sich zwischen unsicheren Zukunftsaussichten, Homeschooling und Freizeitwegfall am Rande ihrer Belastungsgrenze.

Corona bringt nicht nur eine gesundheitliche Gefahr, sondern vor allem auch eine soziale Gefahr mit sich.

(Sebastian Czaja)

Wenn wir uns mit diesem Aspekt nicht endlich auseinandersetzen und ihm Rechnung tragen, haben wir am Ende vielleicht ein Virus besiegt und müssen uns die Frage gefallen lassen: Zu welchem Preis?

Die Berlinerinnen und Berliner tragen die erlassenen Maßnahmen bisher größtenteils mit – aus Pflichtbewusstsein und aus Respekt vor unserer Rechtsordnung, aber nicht mehr unbedingt – das muss uns besorgen – aus Verständnis oder aus Überzeugung. Der Regierende Bürgermeister hat darauf hingewiesen. Gastronomen haben ihre Restaurants geschlossen, Kulturbetriebe ihre Vorstellungen abgesagt, und die Berliner Sportvereine haben ihren Spielbetrieb eingestellt, nicht weil sie wissen, dass es etwas bringen würde – das wissen wir alle nicht –, sondern weil sie es müssen.

Wir sollten deshalb dankbar sein, dass so viele Berlinerinnen und Berliner trotz großer Entbehrungen den nicht leichten Weg der solidarischen Pandemiebekämpfung mitgegangen sind und vor allen Dingen weiter mitgehen.

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Frank Zimmermann (SPD)
und Burkard Dregger (CDU)]

Ich denke, dieser Dank darf nicht alles gewesen sein. Die Menschen in unserer Stadt erdulden die Einschränkungen, weil sie zu Recht darauf hoffen, dass der Berliner Senat die Zeit nutzt und sich bestmöglich vorbereitet. Ich muss es so deutlich sagen an dieser Stelle, auch wenn es uns alle hier möglicherweise sogar schmerzt: Diese Hoffnungen scheinen umsonst gewesen zu sein.

[Beifall bei der FDP]

Noch immer gibt es keine Strategie. Man hangelt sich von Lockdown zu Lockdown. Selbst Herr Schatz hat das für die Koalition gerade angesprochen. Schärfere Maßnahmen zu noch schärferen Maßnahmen folgen, nicht weil die Maßnahmen Erfolg in dem Ausmaß, das man sich erhofft, zeigen würden, sondern nur aus einer vagen Hoffnung heraus. Das wurde auch deutlich bei der Entscheidung der Ministerpräsidenten, die selbst die Hoffnung in den Mittelpunkt stellten. Aber aus den Maßnahmen über Weihnachten und Silvester können jetzt schlichtweg noch keine Erkenntnisse abgeleitet werden; sie fehlen. Insoweit blieb es bei einem reinen Bauchgefühl – Zitat der Ministerpräsidentenkonferenz –, und die Maßnahmen, die aus diesem Bauchgefühl heraus getroffen wurden, haben wir heute zu diskutieren.

Natürlich wäre es jetzt unseriös – das will ich durchaus sagen – zu behaupten, wir könnten morgen wieder alles öffnen und alles wäre so, wie es vor der Pandemie war. Aber was kommt nach dem Lockdown? – Diese Frage müssen wir beantworten können. Wir brauchen eine Strategie, die über das ständige Einschränken von Grund- und Freiheitsrechten hinausgeht. Eine Strategie brauchen wir.

[Beifall bei der FDP]

Wir müssen den Müttern und Vätern, die um Existenzen und die Zukunft bangen, eine Perspektive geben. Wir müssen erklären, wie wir einen geregelten Unterricht mit Hybridkonzept, Abständen und hybriden Unterrichtsformen organisieren wollen. – Ich frage Sie: Was ist überhaupt in den Schulen passiert, während die Schülerinnen und Schüler zu Hause verzweifelt mit dem Lernraum gekämpft haben? Was ist passiert in den Schulen? – Erst hat sich der Senat ewig geziert, technische Hilfsmittel wie Luftreinigungsgeräte anzuschaffen, obwohl wir bereits im Sommer des vergangenen Jahres darauf gedrängt haben. Und jetzt, ein knappes Vierteljahr nach dem Beschluss, dass diese Geräte doch angeschafft werden sollen, ist noch immer nicht ein einziger Luftfilter in Berliner Schulen verbaut. Ich verstehe es nicht, wir verstehen es nicht, und die Berlinerinnen und Berliner können, die Stadt kann es schlichtweg nicht verstehen. Dazu habe ich heute nichts gehört. Diese Antworten hätten Sie geben müssen.

[Beifall bei der FDP]

Man kann manchmal das Gefühl bekommen, dass die Stadt Ihr ganz persönlicher Lernraum geworden ist: dysfunktional und von Abstürzen geprägt immer dann, wenn man Sie im Grunde am meisten braucht. Immer dann, wenn man Sie am meisten braucht, erleben wir Dysfunktionalität und Abstürze. So darf es in Zukunft nicht weitergehen.

[Beifall bei der FDP]

Ich habe den Eindruck, auch in diesen Zeiten, dass dieser Senat immer noch von der sozialdemokratischen Partei getragen wird, also auch genau jener Partei, die mit Olaf Scholz den Bundesfinanzminister stellt. Werte Kollegen der Sozialdemokratie! Es grenzt schon ein bisschen an Hohn und Spott, wenn sich Ihr Regierender Bürgermeister hier im Plenum vor das Parlament stellt und schnelle Hilfen für coronagebeutelte Unternehmen verspricht, sein Genosse Scholz aber bis heute nicht die Novemberhilfen an eben jene Unternehmen in dieser Stadt ausgezahlt hat, weil man die überbordende Bürokratie nicht in den Griff bekommt. Das ist schlichtweg Hohn und Spott, und so kann es nicht weitergehen.

[Beifall bei der FDP]

Das ist ein fahrlässiges Versagen, das noch dazu viele Menschen in unserer Stadt an den Rand ihrer wirtschaftlichen Existenz stellt. Während Gastronomen und Unternehmer wenigstens die Hoffnung auf Hilfen haben, werden Soloselbstständige gleich ganz im Regen stehen gelassen. Wir reden hier nicht von den Superreichen, die gerne von der Linken angesprochen werden.

[Zuruf von Frank-Christian Hansel (AfD)]

Wir reden hier nicht von genau denen, sondern wir reden von dem Volkshochschullehrer, von der Haushaltshilfe, von den Künstlerinnen und Künstlern in unserer Stadt, die dringend Hilfe brauchen und für die wir uns einzusetzen und Hilfen zu beschließen haben. Das ist die Aufgabe, die jetzt ansteht.

(Sebastian Czaja)

[Beifall bei der FDP]

Auch nach Ihrer neuesten Rechtsverordnung sind wieder jede Menge Unklarheiten in Berlin zutage gekommen. Ich habe erlebt, dass Ladenbetreiber in dieser Stadt vor Unsicherheit gar nicht mehr wissen oder wussten, was jetzt im Übrigen erlaubt ist. Click and Collect haben Sie im Gesetz oder im Gegensatz zu anderen Bundesländern gar nicht erst geregelt. Das blieb offen und damit eine große Unklarheit für viele Betriebe in der Stadt. Im Übrigen glaube ich, in einer Disziplin, in der Sie sonst sehr gut sind, nämlich neu regeln, haben Sie hier wieder einen klassischen Berliner Weg bestritten, Frau Senatorin Pop, getreu nach dem Motto: Nicht geregelt ist irgendwie auch geregelt. Das ist das klassische Berliner Motto.

[Heiterkeit und Beifall bei der FDP –
Bürgermeisterin Ramona Pop: Ich habe gedacht,
das ist liberal!]

Doch unsere Stadt braucht genau das Gegenteil. Unsere Stadt braucht Halt und Perspektive, Verlässlichkeit und Unterstützung. Aber alles, was sie bekommt, ist eine unsichere Fahrt auf Sicht von Lockdown zu Lockdown, und das darf nicht so weitergehen. Da bin ich in der Tat bei Herrn Schatz. Das geht nicht.

[Beifall bei der FDP –
Zuruf von Paul Fresdorf (FDP)]

Es gibt Dinge, denen hätten wir auch vor der Pandemie bereits ein Ende setzen können, die sich jetzt als große Bruchstellen herausstellen, wie zum Beispiel die Faxgeräte in unserer Verwaltung. Dass wir heute im Jahr 2021 in dieser Stadt immer noch Faxgeräte zur Meldung von Coronazahlen benutzen, und das nun seit immerhin zehn Monaten nach Ausbruch dieser Pandemie, ist Sinnbild für den Stand unserer Verwaltung und ganz unabhängig von der Pandemie. Hier haben wir riesigen Aufholbedarf. Das sollten wir zumindest als eine Lernkurve mitnehmen an dieser Stelle – absolut sinnbildlich.

[Beifall bei der FDP]

Etwas, was wir viel besser organisieren müssen als unsere Ämter, sind die anstehenden Impfungen. Ich will mich nicht an dem Fingerzeigspiel der Ministerinnen und Minister und Senatorinnen und Senatoren, und dem, was wir heute hier im Parlament erleben, beteiligen, wer wie woran Schuld hatte. Sorgen Sie einfach dafür, dass es funktioniert! Das ist die Aufgabe, die jetzt ansteht.

[Beifall bei der FDP]

Sorgen Sie dafür, denn diese Impfungen sind weit mehr als ein medizinischer Akt. Allein die Aussicht auf flächendeckende Impfungen ist eine Hoffnung, die vielen Menschen Kraft in diesen schwierigen düsteren Zeiten spendet. Wir wollen uns nicht über Versagen ärgern, aber wir wollen wenigstens die Hoffnung behalten, dass diesen Sommer der Großteil des Landes bereits geimpft sein kann und dass damit ein bisschen Normalität zurückkehrt. Ich bin Ihnen deshalb ausgesprochen dankbar, dass Sie unseren Vorschlag aufgenommen haben, Taxigutscheine für Impffahrten der Risikogruppen zur Verfügung zu stellen.

[Beifall bei der FDP]

Dieser Fall zeigt deutlich auf, dass wir alle am stärksten sind, wenn wir uns gegenseitig ergänzen, denn das ist unsere staatspolitische Verantwortung in einer solchen Krise. Ja, der Kampf gegen Corona ist ein Kampf, der uns alle fordert. Wir werden, und davon sind alle Fachleute überzeugt, noch mindestens bis zum Ende dieses Jahres unter besonderen Bedingungen leben müssen. Ich warne aber, das habe ich eben schon an einem Beispiel deutlich gemacht, dass eine Politik, wie sie aktuell von der Ministerpräsidentenkonferenz betrieben wird, schädlich in diesem Kampf gegen Corona ist und uns am Ende durch den Akzeptanzverlust in der Bevölkerung mehr schaden als nutzen könnte. Man hat sich auf den Erfolgen des guten Wetters ausgeruht und dabei nicht die Maßnahmen getroffen, die nötig gewesen wären, um unsere Stadt für den Winter, für die schlechte, die kalte Jahreszeit vorzubereiten. Sinnbildlich ist für mich hier ein weiterer Blick auf die Alten- und Pflegeeinrichtungen. Die Altersgruppe der über 90-Jährigen hat in den vergangenen Wochen teilweise eine Inzidenz von über 1 000 Fällen pro 100 000 Einwohner. Auch diese Woche liegt die Inzidenz noch immer bei 744. Der größte Teil der Menschen, die im Dezember verstarben, waren Bewohnerinnen und Bewohner in einem Alten- und Pflegeheim. Das ist so unfassbar traurig wie bitter. Mit einer klaren Teststrategie, Auflagen und Vorschriften und nicht nur politischen Lippenbekenntnissen hätte man den Schutz für diese Menschen zumindest etwas verbessern können.

[Beifall bei der FDP]

Auch hier muss natürlich das richtige Maß getroffen werden. Gesundheitsschutz für die Älteren darf nicht in Einsamkeit gipfeln. Corona ist besonders akut und aggressiv, aber vergessen wir nicht, dass psychische Belastung für Alt und Jung auch zu nachhaltigen und schweren Schäden führen kann. Jeder von uns kennt Gespräche mit Freunden und Verwandten und die Erzählungen davon, wie bedrückt und eingeengt man sich in diesen Tagen fühlt. Viele sind schon von den Auswirkungen von Corona betroffen, obwohl sie noch gar nicht infiziert sind: von Überforderung, Einsamkeit oder schlicht Angst. Diese Menschen sind weiterhin bereit, Entbehrungen, Einschränkungen und Beschränkungen im Sinne der Gesundheit zu ertragen. Sie wollen dabei aber wissen, dass dieser Senat alles unternimmt, was in seiner Macht steht und hilft, organisiert und plant, um das schwerer gewordene Leben nicht noch schwerer in unserer Stadt zu machen. Sie wollen Verlässlichkeit. Sie wollen Verbindlichkeit, und dann sind sie auch bereit zu verzichten. Sie sind bereit, in Teilen auf das höchste Gut, das wir haben, zu verzichten, ihre Freiheit. Dann sind sie dazu bereit, und das ist unsere Aufgabe.

[Beifall bei der FDP]

(Sebastian Czaja)

Ich habe deshalb auch lange hin- und herüberlegt, ob ich den folgenden Sachverhalt in meiner Rede ansprechen soll oder nicht. Ich habe mich am Ende dafür entschieden, weil ich etwas deutlich machen will, weil ich es nicht verstehe, und weil ich glaube, dass dieser politische Opportunismus zu großem Schaden führt und auch Schaden anrichtet, als dass man es einfach mal so durchgehen lassen kann. Am 1. November des letzten Jahres, also vor genau zwei Monaten, hielt Bettina Jarasch hier an diesem Rednerpult eine Rede zum heutigen Thema. In dieser Rede forderte sie unter anderem – mit Erlaubnis des Präsidenten darf ich zitieren – eine „kriminalistisch und präzise“ Coronadatensammlung, „Risikogruppen in den Mittelpunkt“ und Hotelfachschüler für Gesundheitsämter. – Inhaltlich können wir das meiste davon durchaus unterstützen, Frau Jarasch. Ich verstehe aber nicht, wie eine regierungstragende Partei in diesen Zeiten ernsthaft Sie als Spitzenkandidatin ins Rennen schicken kann, die einen Forderungskatalog aufstellt, von dem dann in dieser Regierung nichts, aber auch gar nichts umgesetzt wird.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU –
Zuruf von Bettina Jarasch (GRÜNE)]

Mal davon abgesehen, dass das ein schändliches,

[Daniel Wesener (GRÜNE): Schädlich!]

– ein schädliches Verhalten ist, zerstört es auch noch jegliches Vertrauen der Menschen in ihre Exekutive. Das ist doch das Problem dabei. Wer soll Sie da noch ernstnehmen, wenn Sie Regierung und Opposition gleichermaßen spielen wollen?

[Frank-Christian Hansel (AfD): Das können Sie in der Regierung dann mir ihr machen!]

Sie schaden damit der ganzen Stadt, und das nur, um sich in einem vorgezogenen Wahlkampf hier zu profilieren, und das in Zeiten einer Jahrhundertpandemie. Ich finde, das ist nicht der richtige Ton, mit dem wir hier auf die Sorgen und Herausforderungen antworten sollten.

[Beifall bei der FPD –
Frank-Christian Hansel (AfD): Machen Sie doch auch, Herr Czaja! –
Marc Vallendar (AfD): Sie spielen doch auch Regierung, obwohl Sie es gar nicht sind!]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege! Ihre Redezeit ist vorbei.

Sebastian Czaja (FDP):

Der richtige Ton ist genau das, was wir in den letzten Wochen praktiziert haben. Ich freue mich sehr, dass wir nachher gemeinsam das FDP-Gesetz zur Beteiligung des Berliner Abgeordnetenhauses zur Coronaentscheidung beschließen werden.

Lassen Sie uns genauso weiter zusammenarbeiten, an der Sache orientiert, nicht mit Blick auf den diesjährigen Wahltag.

[Zuruf von Steffen Zillich (LINKE) –
Heiterkeit bei der LINKEN]

Ich habe genauso wie Sie die Hoffnung, dass das durch eine parlamentarische Beteiligung im Land Berlin in Zukunft besser laufen wird. Deshalb danke ich Ihnen ausdrücklich für diese konstruktive Beratung unseres Gesetzentwurfes, der heute hier zur Abstimmung steht.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Eben nicht, Herr Czaja, Gesetze brauchen zwei Lesungen!]

– Entschuldigen Sie, wir wollen ja bei der Wahrheit bleiben. – Ein Erfolg, und das dritte Mal, dass ich heute hier sage, was heute hier zur Debatte steht. Deshalb danke ich Ihnen genau dafür, Herr Schatz, dass Sie das ebenso angesprochen haben. Es ist wichtig, dass wir in diesen Zeiten gemeinsam darum ringen und uns darüber streiten. Deutschland war in der Coronapandemie bisher immer dann stark, wenn es um Regeln ging. Aber da, wo es um Innovationen ging, um neue, kreative Lösungen, da haben wir andere Länder wesentlich stärker erlebt. Da haben uns andere Länder den Rang abgelaufen, ein Dilemma, das wir vor allem hier in Berlin in allen Politikfeldern recht gut kennen, im Übrigen auch vor der Pandemie. Deshalb lassen Sie uns das gemeinsam in Zukunft ändern. Es gibt genug Beispiele, die ich Ihnen heute genannt habe, wo wir gemeinsam erfolgreich waren. Wir jedenfalls, als Freie Demokraten, stehen bereit. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP –
[Frank-Christian Hansel (AfD): Allzeit bereit! –
Georg Pazderski (AfD): Für die Futtertröge!]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Für die Fraktion Bündnis 90/Grüne hat die Kollegin Gebel das Wort. – Bitte schön!

Silke Gebel (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! 2020 war zu viel Krise, in jeder Hinsicht. Zu viele Menschen sind krank geworden. Zu viele Menschen sind gestorben. Zu viele haben einen geliebten Menschen verloren. Für 2021 wünschen wir uns eigentlich alle nur Gesundheit, aber auch endlich wieder ein bisschen Normalität. Das neue Jahr ist gerade mal eine Woche alt, und nicht nur wegen dieses feigen Angriffs auf die gesamte Demokratie in Washington D.C. ist immer noch zu viel Krise. Das Coronavirus hat uns weiter im Griff. Die Zahlen sind beunruhigend. Immer noch erkranken zu viele Menschen, viele mit schweren Verläufen. Die Fallzahlen in Großbritannien explodieren aufgrund einer Virusmutation, und die Belegung von Intensivbetten mit Coronapatientinnen und -patienten steigt alarmierend. Allein im

(Silke Gebel)

Dezember sind mehr Menschen an Corona gestorben als in den Monaten der Pandemie zuvor. Das Pflegepersonal steht kurz vor dem Kollaps. Um diese Entwicklung zu stoppen oder wenigstens ein bisschen zu dämpfen, müssen wir gemeinsam noch einmal alle Energie darauf verwenden, Lösungen zu finden, um dieser Pandemie Herrin zu werden und die Zahl an Neuinfektionen drastisch zu senken.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Gemeinsam ist das Gebot der Stunde. Eine Krise bewältigt man nicht durch parteipolitische Profilierung, und sei es auch nur so ein billiger Versuch. Im Gegenteil: Auch wir als Abgeordnete sind allesamt verpflichtet, gemeinsam Lösungen zu finden, um als Gesellschaft so unbeschadet wie möglich aus dieser Ausnahmesituation herauszukommen.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Die Leute erwarten das doch von uns, dass wir die Ärmel hochkrempeln und diesen Coronamist in den Griff bekommen. Das ist unsere Pflicht, und genau das sollten wir tun.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der SPD und den Linken]

Genauso entschlossen sollten wir auch das Impfen angehen. Es ist der Hoffnungsschimmer in dieser schweren Zeit. Für 22 000 Berlinerinnen und Berliner wurde er schon ganz konkret. Kleiner Piks, große Wirkung! Auch wenn die Impfkampagne schleppend beginnt, ja, und die Produktionskapazitäten jetzt auch wirklich schnell hochgefahren werden müssen: Ich teile die pauschalen Vorwürfe gegenüber der EU-Strategie nicht.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der Linken]

Im Gegenteil. Es ist eine gigantische Leistung, dass binnen zehn Monaten serienreife Impfstoffe gefunden, zugelassen und produziert wurden. Nach der gestrigen Zulassung von Moderna steht neben Biontech ein weiterer Impfstoff nun auch in Deutschland zur Verfügung. Was für ein Kraftakt! Das ist ein großartiger Innovationsschub der Wissenschaft und der Unternehmen. Wer jetzt aber glaubt, das hätte man alles schon vor einem Jahr vorhersehen und dementsprechend besser steuern können, der irrt. Vor einem halben Jahr, liebe Leute, haben wir noch über ganz andere Stoffe, über ganz andere Hersteller gesprochen. Und genau deshalb war es auch richtig, eine Diversifizierung der Impfstoffe und damit eine Risikostreuung zu machen. Und es ist doch auch absurd, eine globale Pandemie nach dem Motto „Germany first“ bekämpfen zu wollen. Wir machen doch nicht vor Landesgrenzen halt. Deshalb war und ist eine europäische Lösung immer die richtige.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN – Zuruf von Kurt Wansner (CDU)]

Und jede und jeder, der hier etwas anderes behauptet, begibt sich auf die gefährliche Straße des Populismus. Das ist aber eine Sackgasse und eine brandgefährliche in Zeiten der Pandemie noch dazu.

[Tommy Tabor (AfD): Völlig weltfremd!]

Aber zurück nach Berlin. Wir sind ja eigentlich Landespolitikerinnen und Landespolitiker, nicht wahr.

[Beifall von Kurt Wansner (CDU)]

Als solche haben wir die Hausaufgaben in weiten Teilen gemacht. Die Impfzentren stehen. Die Hilfsorganisationen sind bereit. Die Freiwilligen sind eingeteilt. Die Briefe sind gedruckt. Die mobilen Impfteams arbeiten ohne Unterlass in den Pflegeeinrichtungen. Die Krankenhäuser bekommen, wie ich höre, auch die ersten Chargen. Das ist gut. Und ich nehme auch einen großen Impfwillen in Berlin wahr. Viele Leute fragen mich die ganze Zeit, wann sie oder ihre Lieben endlich dran sind. Das ist gut.

[Mario Czaja (CDU): Und das bei den Grünen! – Kurt Wansner (CDU): Sie sind immer an der Spitze!]

Es freut mich, dass es auch in der CDU offensichtlich weitergetragen wird. Denn nur, wenn auch Sie mithelfen, dass mindestens 70 Prozent der Bevölkerung sich impfen lassen, dann werden wir alle gemeinsam diese Pandemie nachhaltig bekämpfen. Ansonsten hangeln wir uns von Lockdown zu Lockdown. Das kann wirklich keiner von uns wollen.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der Linken]

Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich finde es richtig, dass wir angesichts der weiterhin sehr angespannten Situation weiter im Lockdown bleiben. Ich bin explizit dafür, dass wir weiter Maßnahmen ergreifen, die deutlich machen, dass es an jedem und jedem Einzelnen liegt, alle Kontakte und auch die eigene Mobilität auf ein absolutes Minimum einzuschränken. Ich selbst habe hier vor Weihnachten dafür plädiert, Reisebeschränkungen vorzunehmen. Ich finde, die MPK hätte eine klare Homeofficepflicht, da wo es geht, machen müssen.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Ich erwarte auch, dass alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die das noch nicht machen – wobei zur Wahrheit auch gehört, dass es viele machen –, das gilt übrigens auch für die Berliner Verwaltung, dass die nachziehen, dass die ihrer Verantwortung gerecht werden und Heimarbeit für alle ermöglichen.

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN]

Denn all diese Maßnahmen, die wir beschließen, stehen und fallen mit der Akzeptanz und der Anwendung in der Bevölkerung. Die aufkommende Lockdownmüdigkeit, die ich auch wahrnehme, macht mir große Sorgen. Genau aus dem Grund müssen wir jede Lockdownmaßnahme auf ihre Akzeptanz und Wirksamkeit überprüfen. Wir als

(Silke Gebel)

Grüne, auch ich als Fraktionsvorsitzende, tragen den Beschluss des Senats in allen Punkten mit, bis auf einen. Ich finde falsch, dass bei den Kontaktbeschränkungen von der bisherigen Berliner Linie abgewichen wurde und jüngere Kinder nun doch mitgezählt werden.

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN – Beifall bei der LINKEN]

Immerhin wurden Alleinerziehende ausgenommen. Aber es trifft viele Familien, die sich solidarisch an der Bekämpfung der Pandemie beteiligen. Es hat am Ende im Zweifel eine falsche Steuerungswirkung. Ich will das mal an einem Beispiel zeigen, was für viele Familien steht. Eine Mutter hat mir geschrieben, keine allein erziehende, sie hat zwei Kitakinder. Sie hat sich mit der Nachbarsfamilie, die auch zwei Kinder hat, zusammengetan. Sie betreuen ihre Kinder gemeinsam, damit sie die Kinder nicht in die Kita geben müssen, weil sie die Kita entlasten wollen. Die Regeln des Senats erlauben das nicht mehr. Das heißt, im Zweifel gehen diese Kinder wieder in die Kita. Aber das wollen wir doch eigentlich gar nicht. Deshalb müssen wir meiner Meinung nach auch im Zweifel, wenn die Gespräche nicht weiterführen, über das Parlament nachsteuern.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Und ja, ich nehme den Gesundheitsminister beim Wort, wenn er sagt, dass bis zum Sommer alle die Möglichkeit haben werden, sich gegen Corona impfen zu lassen. Das ist eine wichtige Perspektive. Es sind jetzt sechs Monate, die wir überbrücken müssen. Bisher nutzen wir dafür im Wesentlichen den Lockdown als großes Instrument. Das reicht meines Erachtens nach nicht aus.

[Marc Vallendar (AfD): Was denn noch?]

Wir brauchen eine gesamte Brücke bis zur Durchimpfung unserer Gesellschaft. Eine Brücke hat mehrere Pfeiler, damit sie stabil steht. Ein Pfeiler heißt Lockdown, ein anderer heißt Hygieneregeln, ein weiterer Abstand und Maske. Klar, einer heißt auch PCR-Tests und Nachverfolgung. Wir brauchen aber einen neuen Pfeiler, der aus Schnelltests besteht,

[Beifall von Stefanie Remlinger (GRÜNE)]

aus einer nationalen Schnelltesstrategie mit Selbst- oder Heimtests, regelmäßigen Massentestungen, einer Schnittstelle zur Corona-Warn-App und dem Einsatz in Bildungs- und Pflegeeinrichtungen.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN – Paul Fresdorf (FDP): Umsetzen!]

Ich bin fest davon überzeugt, wenn diese Pandemie vorbei ist, dass wir zurückschauen und sagen: Das mit den FFP2-Masken und das mit den flächendeckenden Schnelltests hätte uns eigentlich früher klar sein müssen. Genau deshalb sage ich heute: Lassen Sie uns das doch jetzt einfach tun. Deswegen haben wir auch als Parlament übrigens den Antrag heute eingebracht.

Ich möchte, dass der Alltag von uns allen so aussieht: Morgens aufstehen, im Zweifel sich testen, Zähne putzen, frühstücken und wenn man dann rausgeht, Maske an.

[Marc Vallendar (AfD): Super! Sie haben eine tolle Vorstellung vom Leben!]

Wenn es ein positives Testergebnis gibt, dann wird das in die Corona-Warn-App als positives Schnelltestergebnis eingetragen. Das lokale Gesundheitsamt wird über die App informiert. Wir haben das technische Tool zur Pandemiebekämpfung. Lassen Sie es uns doch einfach nutzen.

[Beifall bei den GRÜNEN – Marc Vallendar (AfD): Den gläsernen Bürger quasi einführen?]

Weil die Frage jetzt mehrfach an mich gestellt wurde, ob man das wirklich selbst machen kann und wie sicher das Ergebnis ist: Die neuesten Modelle werden aus der vorderen Nase entnommen. Es ist also wirklich kein Problem. Sie sind sehr benutzerfreundlich. Das Ergebnis ist immer eine Momentaufnahme, wie im Übrigen bei jedem Test. Selbst wenn am Ende von fünf positiven Fällen nur vier entdeckt werden, oder vielleicht doch fünf,

[Paul Fresdorf (FDP): Sieben!]

so wären es beim Nichttesten null. Das finde ich im Monat elf der Pandemie nicht ausreichend. Da müssen wir meiner Meinung nach besser werden.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN]

Wir müssen dahin kommen, dass wir allen Berlinerinnen und Berlinern zu einem Stichtag Schnelltests zukommen lassen, um ein echtes Screening zu machen. So finden wir viele unentdeckte Coronafälle und können Schnelltests als zweiten Hammer auf die Coronakurve schlagen.

[Paul Fresdorf (FDP): Umsetzen!]

Bis dahin müssen wir mindestens jedem Lehrer und jeder Lehrerin, jedem Erzieher und jeder Erzieherin kostenlos Schnelltests zur Verfügung stellen. In den Pflegeheimen klappt das mal so und mal so, aber meistens gut. Da müssen wir auch in der Bildung hin.

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Frau Kollegin! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kluckert?

Silke Gebel (GRÜNE):

Keine Zwischenfragen! Aber vielleicht können Sie mir sagen, wie viel Zeit ich noch habe.

[Paul Fresdorf (FDP): Neun Monate ungefähr!]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Fünf Minuten.

Silke Gebel (GRÜNE):

Aber obwohl es die Technologie des Schnelltestens gibt, drehen sich seit Wochen die Fragen darum, wer denn nun testen darf, und man dreht sich im Kreis. Solange es nicht unbürokratisch geregelt ist, findet es kaum strategische Anwendung. Stattdessen schießen unkontrolliert Schnelltestbuden an allen Stellen aus dem Boden. Ich finde das unmöglich. Deshalb fordere ich Bundesgesundheitsminister Jens Spahn auf, dass er endlich diese Schnelltests zum Selbsttesten zulässt.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN]

Ich hoffe, Herr Dregger, ich spreche Sie explizit an, da auf Ihre Unterstützung, dass Sie sich auch in ihrer Partei auf Bundesebene dafür stark machen, dass diese Schnelltests endlich zur Eigenverwendung zugelassen werden.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Ruf doch mal den Jens an! –
Torsten Schneider (SPD): Der hat zurzeit zu viel zu tun mit Telefonieren!]

Unser aller Ziel ist doch, die Inzidenz auf ein Niveau zu drücken, bei dem die Gesundheitsämter wieder in die Lage versetzt werden, die Kontaktnachverfolgung, das Tracing, auch wirklich leisten zu können. Das ist wichtig, um die Verbreitung des Virus in der Bevölkerung einzudämmen. Denn jeder Tag Schulschließung ist ein Tag mehr, an dem wir riskieren, dass Kinder und Jugendliche zurückbleiben, dass sie zu Hause Gewalt erfahren, körperlich oder psychisch, oder dass sie den schulischen oder sozialen Anschluss verlieren. Schulen und Kitas sind nicht nur Lernräume, sie sind auch soziale Räume, und sie sind Schutzräume.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Genau deshalb müssen wir alles daran setzen, dass ihr Betrieb wieder sicher ermöglicht wird. Noch einmal: Der Lockdown ist derzeit für die Eindämmung der Pandemie wichtig, aber der Lockdown fordert auch einen sehr großen Tribut. Schon im ersten Lockdown ist die Zahl der Straßenkinder, gerade der ganz jungen, gerade teilweise 13 Jahre alt, krass gestiegen. Auch die Zahl der Gewaltvorfälle in den Familien steigt. Das ist ein Preis des Lockdowns, den ich nicht bereit bin zu zahlen. Das dürfen wir so nicht laufen lassen. Hier muss die Politik die Familien unterstützen und Betroffene schützen. Wir brauchen ein Bekenntnis von Bezirken und Land, da sind auch die Herren von der Opposition gefragt, Hand in Hand gegen Gewalt einzustehen.

Deshalb sind wir alle gefordert, in allen Senatsverwaltungen, aber auch in allen Bezirksämtern, dafür zu sorgen, dass es einen Schutzschirm für Kinder und Jugendliche gibt, dass die Jugendämter personell und digital gestärkt werden, dass die Schulen auch im Lockdown ausreichend Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen haben, dass es eine niedrigschwellige Gewaltschutzberatung und eine Infokampagne an jedem Ort, an dem die Menschen in der Pandemie noch verkehren, gibt.

Sie alle, speichern Sie sich die 08000 116 016 ein. Das ist die Nummer – Sie können sie nachher im Protokoll nachlesen – des Hilfetelefons gegen Gewalt.

[Zuruf von Frank-Christian Hansel (AfD) –
Zuruf von der FDP: Das ist die Banalisierung der ganzen Geschichte!]

Jede Berlinerinnen und jeder Berliner sollte diese Telefonnummer bei sich im Handy haben, wie übrigens auch die Nummer der Berliner Kältehilfe.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN]

Jeder Tag Lockdown bedeutet einen weiteren Tag, an dem die Schere zwischen denjenigen, die lernen können und denen, die nicht lernen können, größer wird. Diese Schere ist in Berlin ohnehin groß, zu groß.

[Marc Vallendar (AfD): Dafür sind Sie doch verantwortlich!]

Aber auch in der Pandemie dürfen wir den Anspruch nicht aufgeben, dass jedes Kind zum Bildungserfolg kommt. Was glauben Sie eigentlich, was geschlossene Schulen für Kinder bedeuten, die schon im Normalzustand nur mit Ach und Krach einen Abschluss schaffen oder schreiben und lesen lernen? Deshalb ist in der schwierigen, ja schwierigen Abwägung zwischen Infektionsschutz und Recht auf Bildung der langsam beginnende Wechselunterricht an Grundschulen ab dem 18. Januar unter strengen Hygieneregeln richtig. Dafür brauchen wir neben den bereits erwähnten und ganz zentralen Schnelltests auch kostenlose FFP2-Masken und endlich diese Luftfilteranlagen, über die wir die ganze Zeit geredet haben, in allen Bildungseinrichtungen.

[Beifall bei den GRÜNEN und der FDP –
Paul Fresdorf (FDP): Jetzt noch regieren, dann geht es los! –
Zuruf von Sebastian Walter (GRÜNE)]

Das THW hat beispielsweise angeboten, diese einzubauen. Dieses Angebot sollten wir dankend annehmen.

Was mir noch Sorgen macht, ist, dass viele Menschen in dieser Stadt gerade in die Existenzkrise schlittern.

[Zuruf von Frank-Christian Hansel (AfD)]

Wir sind die Stadt der Soloselbstständigen, die besonders hart von Corona getroffen sind. Wir haben 100 000 Menschen in Kurzarbeit und 200 000, die erwerbslos sind. Das sind keine anonymen Zahlen. Das macht etwas mit unserer Stadt. Dahinter stehen ganz konkrete Menschen. Das sind dann auch konkrete Einschränkungen. Am Ende des Jahres liegen dann nicht nur weniger Weihnachtsgeschenke unter dem Baum, sondern die Menschen gehen

(Silke Gebel)

an ihre Altersvorsorge, an ihre Rücklagen. An diese Menschen denke ich, wenn wir die Wirtschaftshilfen konzeptionell aufstellen und weiter dafür kämpfen, gerade auch beim Bund, dass sie schnell abfließen.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN]

Corona nervt total. Ich hätte nie gedacht, dass ich meinen Kindern Pandemieregeln und den Unterschied zwischen Wechselunterricht, Distanzunterricht und Notbetreuung statt Skatregeln beibringen muss.

[Florian Kluckert (FDP): Die Probleme wollen viele mal haben!]

Aber lassen wir uns davon nicht unterkriegen. Es ist zentral, um weniger Coronaneuinfektionen und damit weniger Todesfälle beklagen zu müssen. Und es gibt noch etwas: Denken an Sie an diejenigen, die kein intaktes Zuhause haben, die darauf angewiesen sind, dass sie sich in einer Mall vom Schneematsch aufwärmen können, die darauf angewiesen sind, dass sie in der Schule sind und keine Prügel bekommen. Denken Sie an die, die ihre wirtschaftliche Existenz und ihr Lebenswerk verloren haben. Die sind durch den Lockdown extrem hart getroffen und sind darauf angewiesen, dass wir uns alle am Riemen reißen und dass dieser Lockdown schnell vorübergeht. Vor allem müssen wir an sie im Lockdown denken und Hilfestellung bieten. Und denken und danken wir denjenigen, die bei der Bekämpfung dieser Pandemie ein großes Risiko eingehen und als Pflegepersonal und Ärzte an der vordersten Front stehen,

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN – Beifall von Raed Saleh (SPD)]

Ich komme zum Schluss. Diese Pandemie wird wahrscheinlich nicht die letzte sein, die wir erleben. Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Die Klimakrise und ihre Folgen für Mensch und Natur werden uns noch manch unangenehme Überraschung bringen. Deshalb dürfen wir neben der Anstrengung im Kampf gegen die Pandemie den Kampf für besseren Klimaschutz nicht aus den Augen verlieren.

[Marc Vallendar (AfD): Ja, wir werden alle sterben, schon klar!]

Ähnlich wie die Bewältigung der Coronakrise gelingt auch die Bewältigung der Klimakrise nur gemeinsam und ganz nach dem Motto „fight every crisis!“ muss unsere Lehre aus der Krise sein, Berlin zu einer krisenfesten Stadt zu machen mit einer guten, sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur, die all das, was ihr bevorsteht, mit Resilienz, Innovationskraft und Zuversicht meistert.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN – Vereinzelter Beifall bei der SPD – Frank-Christian Hansel (AfD): Und ohne Vergabegesetz! – Katina Schubert (LINKE): Und ohne AfD!]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Frau Kollegin! – Zu diesem Tagesordnungspunkt hat der fraktionslose Abgeordnete Luthe einen Redebeitrag angemeldet. – Sie haben das Wort, bitte schön, Herr Abgeordneter.

Marcel Luthe (fraktionslos):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Regierender Bürgermeister! Wahrscheinlich bin ich etwas zu naiv an den heutigen Termin herangegangen, denn ich hatte mir tatsächlich von der Überschrift einer Regierungserklärung das erwartet, was viele Berlinerinnen und Berliner von Ihnen seit langer Zeit erwarten: eine Erklärung für Ihr Handeln, eine Erklärung, warum Sie dieses oder jenes getan oder unterlassen haben. – Das hat leider auch heute, wie Sie ja selbst gemerkt haben, nicht stattgefunden.

> Wer Verantwortung trägt, muss sowohl für die beabsichtigten als auch für die unbeabsichtigten Folgen seines Handelns aufkommen.

Wir finden das draußen in der Galerie am Porträt von Helmut Schmidt. Ich glaube, wir tun alle gut daran, uns genau an diesem Maßstab messen zu lassen: an den beabsichtigten und den unbeabsichtigten Folgen.

Sie verfolgen das hehre Ziel, Messwerte einer bestimmten Erkrankung und einer bestimmten Virusverbreitung zu reduzieren. Das ist per se gut. Dabei lassen Sie aber vollständig außer Acht, dass es eine Vielzahl unbeabsichtigter Folgen dieser Strategie gibt. Was den Begriff der Strategie angeht: Sie haben vorhin einen Strategiewechsel angesprochen. Wohin solle er denn führen? Welchen Strategiewechsel wolle man denn? – Das Problem ist doch ein anderes: Sie haben keine Strategie. Wenn Sie eine Strategie hätten, hätten Sie auch diese kommunizieren können.

Ich habe am 3. Dezember nach Ihrem Gesamtkonzept der Infektionsbekämpfung gefragt, dessen Fehlen und den infektionsmedizinischen und psychosozialen Folgen Ihrer sogenannten Verordnungen. Ich habe dazu auch aus der Begründung des Gesetzgebers, des Deutschen Bundestages zu § 28a Infektionsschutzgesetz zitiert. Dieser sieht vor – und zwar in der Begründung, die also erklärt, was denn eigentlich damit gemeint war –, dass alle Maßnahmen so erklärt werden sollen, dass sie sich in ein infektionsmedizinisches Gesamtkonzept einbetten. Die Antwort Ihres Senats lautet: Ein Gesamtkonzept ist nicht Regelungsgegenstand der Vorschrift. Punkt. – Also brauchen Sie kein Gesamtkonzept. Das ist Ihre Auffassung gewesen, die Sie hier vertreten haben. Das heißt, Sie haben keins, und das ist doch das Problem.

Die Gefahr, die davon ausgeht, liegt darin, so jedenfalls meine Überzeugung, dass Bewegungen wie zum Beispiel diese „Wir machen auf“-Leute, die nun entgegen aller

(Marcel Luthe)

Regeln, die wir vereinbart haben, fordern, ihre Geschäfte zu öffnen, und zwar nicht, weil sie böswillig sind, sondern weil sie verzweifelt sind.

[Zuruf von Silke Gebel (GRÜNE)]

All diese Menschen verlieren Sie für die Demokratie, weil Sie nicht willens sind, sich zu erklären, wie es in der Überschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zu lesen ist: eine Regierungserklärung.

[Beifall bei der AfD]

Ein Beispiel aus der Verordnung zur Neufassung der Berliner Vorschriften zum Schutz vor Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 vom 14. Dezember 2020 zur Qualität Ihrer Begründung – ich zitiere mit Erlaubnis aus der Begründung zu § 20 Abs. 2 –:

> Saunen, Dampfbäder und Thermen sind geschlossen zu halten.

Das ist die Begründung, warum Saunen Dampfbäder und Thermen geschlossen zu halten sind.

[Lachen bei der AfD]

> Diese Örtlichkeiten zeichnen sich vornehmlich dadurch aus, dass dort Menschen typischerweise längere Zeit auf relativ engem Raum verbringen.

Nicht sonderlich präzise, aber der letzte Satz ist am schönsten:

> Im Zuge der temporären massiven Reduzierung von Kontakten sind die benannten Örtlichkeiten.

Punkt. Da fehlt wohl was, nicht? – Ein bisschen peinlich, wie ich finde.

[Heiterkeit bei der AfD]

Wir haben gerade wieder große Plädoyers für zwei Themen gehört: das Thema des Impfens und das Thema von Schnelltests, Tests, Hauptsache irgendwelcher Tests. So ähnlich im Übrigen hörte sich Donald Trump vor wenigen Monaten an – wir haben Tests, wir haben so viele Tests, wir können jeden testen. Dass ausgerechnet Sie das nun fordern, Frau Kollegin Gebel, enttäuscht mich schon ein bisschen.

[Silke Gebel (GRÜNE): Was?]

Entscheidend ist doch eines: nicht irgendetwas zu tun, sondern das Richtige zu tun. Wenn Ihnen offensichtlich noch nicht einmal klar ist, dass wir nach wie vor über 700 unterschiedliche Testverfahren haben, die in Deutschland am Markt sind, ist Ihr Senat nicht in der Lage zu sagen, welche Tests wo verwendet werden. Daher ist auch nicht bekannt, welche vollkommen unterschiedliche Spezifität, Sensitivität und welcher Ct-Wert bei jedem einzelnen Test eingefahren wird. All das erfassen Sie gar nicht erst.

Wie man auf die Idee kommen kann, einerseits von Wissenschaft zu fabulieren und andererseits Werte nicht zu standardisieren, was die Grundlage jeder statistischer Vergleichbarkeit ist, finde ich bemerkenswert. Diesen simplen statistischen Anfängerfehler machen Sie kontinuierlich und sehen es offenkundig noch nicht einmal ein. Das ist aber letztlich im Übrigen insoweit entschuldbar, als dass das auch anderen passiert. Sie sprechen von Wissenschaft und stützen sich zum Beispiel auf die Charité. Das ist grundsätzlich gut. Die Charité ist im Bereich der Medizin führend. Im Bereich der Mathematik und insbesondere der Statistik sieht das etwas anders aus. Ich verweise dazu auf die Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung vom 18. Oktober 2018, die sich damit befasst hat, wie denn die Kenntnisse im Bereich Statistik von Medizinstudenten und Medizinprofessoren an der Charité sind. Sie haben zehn einfache Begriffe abgefragt – 50 Prozent der Studierenden konnten keine richtige Antwort geben, 25 Prozent der Professoren ebenfalls. Wenn Sie wissenschaftlich arbeiten wollen, Herr Regierender Bürgermeister, dann müssen Sie schon zumindest die richtigen Wissenschaftsdisziplinen anwenden, und die ist in diesem Bereich nun einmal eine der Statistik und keine der Medizin.

Schauen Sie sich Ihre Verordnungen an, auch jetzt die Regelungen – auch Herr Schatz hat es, obwohl er schließlich Ihre Regierung trägt, angesprochen –, die vielen Widersprüche, das erratische Handeln. Die Tatsache, dass zum Beispiel jetzt ein Berliner grundsätzlich eine Vierer-WG besuchen kann, die Vierer-WG ihn aber nicht besuchen kann, ist ziemlich absurd. Ihre Kontakte in allen möglichen Bereichen zu reduzieren, gleichzeitig aber in der BVG das größte Infektionsrisiko weiterhin zu tragen, weil Sie dafür keine Lösung haben, weil Sie die Leute auffordern, möglichst den öffentlichen Personennahverkehr statt den Individualverkehr zu nutzen, ist nicht nur widersprüchlich, es ist auch unter diesen Aspekten gefährlich.

[Beifall bei der AfD]

Die Folgeschäden Ihrer Verordnungen sind schlicht immens. Es handelt sich eben nicht nur, wie hier etwas zögerlich angedeutet wurde, um eine Unbequemlichkeit. Wir haben einen massiven Anstieg der Depressionen. Die Universität Greifswald, dort Frau Professor Brakemeier, hat erst kürzlich in einem jedenfalls fachlich sehr viel beachteten Artikel konstatiert,

[Torsten Schneider (SPD): Nie gehört!]

dass in der Zwischenzeit jeder zweite junge Mensch zwischen 17 und 30 Jahren an den psychosozialen Folgen dieser Verordnungen leidet. Die jungen Menschen wollen natürlich rausgehen, sie sind jetzt in der Zeit, in der sie das Leben entdecken, in der sie Kontakte schließen, in der sie sich zum ersten Mal verlieben, Freundschaften knüpfen, Beziehungen aufbauen. Die Folge sind gegenwärtig sechsmal mehr Menschen, die auf eine Behandlung zum Beispiel wegen einer Depression, wegen einer posttraumatischen Belastungsstörung warten.

(Marcel Luthe)

Sie haben nicht einmal erfasst, wie sich die Suizidzahlen entwickelt haben. Sie verweisen dazu darauf, dass wir ja in zwei Jahren mal die übliche Statistik haben werden. Sie betrachten ausschließlich einen Aspekt und blenden alle anderen aus. Das ist in der Tat, wie an anderer Stelle gesagt wurde, egoistisch und kurzsichtig. Ich halte das für sehr gefährlich und hätte erwartet, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung erklären, warum Ihnen nur dieser eine Aspekt wichtig ist und all die anderen Folgen, die Verzweiflung der Menschen, die Menschen, die ihre Existenz verlieren, die Menschen, die ihre Kontakte verlieren, die Menschen, die einsam zu Hause sitzen, gern andere treffen würden und damit ihren Lebensmut verlieren, egal sind. Das hätte ich in einer Regierungserklärung erwartet.

[Beifall bei der AfD]

Helmut Schmidt hat einmal darauf hingewiesen, dass die Dummheit von Regierungen niemals unterschätzt werden sollte.

[Heiterkeit bei der AfD]

Ich habe den Eindruck, dass Ihnen Helmut Schmidt nicht so viel bedeutet; wir hatten das ja schon mehrfach in diesem Haus.

[Zuruf von der AfD: War ein Rechtspopulist!]

Ich möchte es daher noch einmal anders versuchen:

> In allen Angelegenheiten müssen wir unser Gehirn gebrauchen und gründlich nachdenken. Ein Spruch sagt: "Ziehe die Brauen zusammen, und du kommst auf eine Idee." Das heißt: Viel Nachdenken gebiert Weisheit. Wenn wir von der in unserer Partei so verbreiteten Praxis des blinden Handelns loskommen wollen, müssen wir die Genossen ermutigen, nachzudenken, die Methode der Analyse zu erlernen und sich die Gewohnheit des Analysierens anzueignen.

Worte des großen Vorsitzenden Mao Tse-tung. Ich denke, damit können zumindest Teile des Hauses deutlich mehr anfangen als mit Helmut Schmidt.

[Beifall und Heiterkeit bei der AfD –
Georg Pazderski (AfD): Hat keine Früchte getragen!]

Ich möchte zum Abschluss noch auf einen Aspekt zu sprechen kommen: die Folgen Ihrer Maßnahmen auch in einem anderen Aspekt. Sie treffen doch vor allem einen: Sie treffen die Bildungsfernen, die nicht in der Lage sind, ihre Kinder zu Hause zu unterstützen; sie treffen die schlecht Ausgebildeten, die nicht in der Lage sind, in einer Homeoffice-Lösung auszuweichen, weil sie einfach einen praktischen Job haben; sie treffen vor allem diejenigen – gut, von Wirtschaftsverständnis müssen wir in Ihrem Senat nun wirklich nicht reden –, die von dem größten Wirtschaftsfaktor in dieser Stadt leben: vom Tourismus und allem, was daraus folgt. Wir haben nicht nur die Hotellerie, wir haben nicht nur die Gastronomie, wir haben im Zuge auch der Messen die Aspekte sämtlicher Dienstleister darum herum. Wir haben das Taxigewerbe, wir haben die Kosmetikstudios, wir haben die Friseure. Wir haben all diejenigen, die im Moment gucken müssen, wie sie auskommen, weil es doch nicht so schlimm ist, dass man über vier, sechs oder acht Wochen darauf wartet, dass überhaupt eine Bestätigung eingeht, dass man einen Antrag gestellt hat, um Geld zu erhalten. Was haben diese Leute über Weihnachten gemacht? Hat Sie das interessiert? – Nein, offensichtlich nicht! Auch dafür hätte ich eine Erklärung erwartet. Auch diese ist nicht erfolgt.

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Herr Kollege! Sie müssen zum Schluss kommen!

Marcel Luthe (fraktionslos):

Vielen Dank! – Die nach wie vor strategielose, blinde und offensichtlich ohne Ziel ständig geänderte Politik Ihres Senats ist gefährlich. Die Folgen werden wir alle zu tragen haben. Und auch deshalb bin ich der Auffassung, dass es notwendig ist, eine Änderung an dem von fünf Fraktionen eingebrachten Gesetz vorzuschlagen, wie ich es getan habe. Wir sollten uns nicht darauf beschränken, nur einige wenige Maßnahmen dieser Verordnung hier parlamentarisch zu diskutieren und im Sinne meiner Einleitung dafür Verantwortung zu übernehmen, sondern wir sollten als gesamtes Haus für jede einzelne dieser Maßnahmen Verantwortung übernehmen und das nicht auf einen ohnehin schon vollkommen überforderten Senat schieben. – Vielen Dank!

[Beifall bei der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter! – Jetzt hat der Regierende Bürgermeister erneut um das Wort gebeten. Zum Procedere: Wir werden es so machen, dass jetzt der Regierende Bürgermeister noch einmal das Wort erhält, wir dann die Lüftungspause haben – da gibt es wenig Möglichkeit zum Verschieben – und die Fraktionen dann in der Lüftungspause mitteilen können, ob eine zweite Rederunde gewünscht ist. – Bitte schön, Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Michael Müller:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal das Wort ergreifen, weil mir einige Dinge, die in der Aussprache thematisiert wurden, zu wichtig sind und ich auf sie reagieren will, insbesondere nach dem letzten Beitrag, den wir hier gehört haben, der vor Selbstgerechtigkeit nur so gestrotzt hat und an Selbstherrlichkeit kaum zu überbieten war, um es einmal ganz klar zu sagen.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der CDU –

(Regierender Bürgermeister Michael Müller)

Marc Vallendar (AfD): Das tun Sie natürlich nie, Herr Bürgermeister]

Sie fragen danach, Herr Luthe, warum ich nicht meine Politik erkläre oder warum ich nicht erkläre, weshalb wir zu den einen oder anderen Maßnahmen kommen oder warum ganz konkret ich persönlich dafür werbe. Ich dachte, ich hätte das in den letzten Monaten schon getan. Und wenn man hingehört hätte und sich nicht nur mit den eigenen Reden beweihräuchern würde, sondern mal hinhören würde, wie andere argumentieren und reden, dann hätte man es auch nachvollziehen können. Ich habe es vom ersten Tag an und in aller Klarheit immer wieder gesagt: Es gibt viele Dinge zu berücksichtigen, und es gibt viele Dinge, die möglicherweise zum Erfolg führen können. Ich ganz persönlich weiß nicht 100-prozentig, was zum Schluss der eine erfolgversprechende Weg sein kann.

[Zuruf von der FDP: Dann fragen Sie uns!]

Es gibt Abwägungsprozesse, und ich für mich ganz persönlich komme bei jedem Abwägungsprozesse und bei jedem Gegenüberstellen von sozialen und wirtschaftlichen Folgen und von vielen Dingen, die zu berücksichtigen sind, immer zu dem Ergebnis: Der Gesundheitsschutz steht über allem. Das ist mein Abwägungsprozess.

[Marc Vallendar (AfD): Das ist totalitäres Denken!]

– Und wenn Sie das als totalitäres Denken bezeichnen wollen, dann bitte, dann ist das Ihre Position. Herr Luthe hat mich gefragt, was mein Abwägungsprozess ist. – Und genau vor diesem Hintergrund, vor dem Ergebnis dieses Abwägungsprozesses lassen sich viele Dinge meiner Politik erklären.

Und ich weise in aller Entschiedenheit zurück und verwahre mich auch gegen solche Unverschämtheiten von Ihnen, Herr Luthe, wenn Sie hier behaupten, dass wir nicht im Blick hätten, wie es kleinen Selbstständigen geht, wie die um ihre Existenz bangen. Im Gegensatz zu vielen anderen schwafele ich nicht nur über kleine Selbstständige, sondern ich kenne es aus eigenem Erleben. Über Generationen gibt es in meiner Familie nur Handwerker, Einzelhändler und Dienstleister, und zwar Kleinstunternehmer.

[Marc Vallendar (AfD): Und Sie sind Berufspolitiker!]

Ich sage hier gerne noch einmal, was ich auch schon öffentlich gesagt habe: Ich weiß, in welcher Not die sind. Wir hätten mit unserer kleinen Druckerei diesen Lockdown nicht überstanden. Wir wären pleite gegangen. Aus eigenem Erleben weiß ich, wie schwer so eine Situation ist. Und genau deswegen, weil ich es weiß, war es mir wichtig, dass wir im Senat vom ersten Tag an Maßnahmen ergreifen, um genau denen zu helfen.

Denen hilft nicht, Herr Dregger oder Herr Czaja, eine Änderung des Vergabegesetzes. Das ist das, was Sie schon immer mal ändern wollten. Das kann man vielleicht auch irgendwann einmal machen.

[Zuruf von der AfD: Das muss man!]

Kleinstselbstständigen und Soloselbstständigen hilft keine Veränderung des Vergabegesetzes. Die unterliegen überhaupt nicht diesen Maßnahmen.

[Beifall von Sebastian Schlüsselburg (LINKE)]

Denen hilft, was wir getan haben: schnell und unbürokratisch 5 000 oder 10 000 Euro zu überweisen, damit sie die nächsten Monate überstehen. Das ist Politik für Kleinstselbstständige. Das hat dieser Senat gemacht.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Sie können mir glauben, dass es nicht so abläuft, wie sich Herr Luthe die Politik vorstellt, wie sich Klein Fritzchen die Politik vorstellt, dass der Regierende Bürgermeister, wenn er etwas über Rechenbeispiele und mathematische Berechnungen zu Infektionszahlen wissen will, mal in der Charité anruft und das war es. Allein am Montag hat es für die Ministerpräsidenten eine Expertenanhörung gegeben. Sechs Experten wurden vom Kanzleramt organisiert. Da war alles mit dabei – vom Virologen bis hin zum Epidemiologen und zum Mathematiker –, um deutlich zu machen, wo wir stehen. Und auf Grundlage dieses Abwägungsprozesses durch die Experten fallen dann Entscheidungen auf Länder- und auf Bundesebene. Wir setzen uns sehr detailliert und sehr ausführlich mit diesen Dingen auseinander.

Herr Dregger, ich will, weil mir das wichtig ist, noch einmal auf einen wesentlichen Punkt aus Ihrer Rede eingehen, denn Sie haben die Strategie in Bezug auf das Impfen angesprochen. Andere haben unsere Impfstrategie sofort wieder pauschal diffamiert und sind in das übliche Berlinbashing mit eingefallen. Ich will es hier noch einmal ganz klar sagen: Berlin ist in dieser Situation beim Thema Impfen hervorragend aufgestellt, deutlich besser als viele andere Bundesländer. Wir haben eine deutlich höhere Impfquote, und das kommt nicht von alleine, sondern das kommt durch politische Entscheidungsprozesse und politisches Handeln. Wir sind an der Stelle gut aufgestellt.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Aber wir lehnen uns da auch nicht zurück. Ich habe in den letzten Tagen mehrfach mit der Gesundheitssenatorin über die Situation gesprochen und darüber, wie wir noch besser werden können, weil es mich ärgert, dass wir bisher so wenig Impfstoff bekommen haben, dass wir nur das machen können – besser als andere –, was dringend geboten ist, nämlich in den Pflegeheimen Impfungen anzubieten und bei den besonders betroffenen Gruppen, den Älteren. Ich will noch zusätzlich etwas für die

(Regierender Bürgermeister Michael Müller)

Krankenhäuser tun. Wir konnten es nicht, weil der Impfstoff zu knapp war. Wir haben seit zwei Tagen eine Planbarkeit durch den Bundesgesundheitsminister – seit zwei Tagen! Wir haben gestern miteinander verabredet, dass mit der nächsten Lieferung, die jetzt kommt, unsere Krankenhäuser 5 000 Impfdosen zusätzlich bekommen, damit sie das dringend benötigte und so betroffene Personal impfen können, damit wir Sicherheit in unseren Krankenhäusern bekommen. Das ist verantwortungsvolle Politik, Herr Luthe. Darum geht es, und das machen wir auch.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Ich will abschließend noch einen Punkt nennen, der mich auch wahnsinnig geärgert hat. Noch einmal, Herr Pazderski: Sie sind zum wiederholten Mal hier nach vorne gegangen, haben alles pauschal in Grund und Boden geredet und uns Strategielosigkeit vorgeworfen. Beim letzten Mal haben Sie das schon gemacht.

[Georg Pazderski (AfD): Ja, und da haben wir doch recht! Sie haben keine Strategie! – Zuruf von Marcel Luthe (fraktionslos)]

– Sie auch, Herr Luthe, stimmt! Sie haben das in schöner Allianz kritisiert: Pazderski und Luthe.

[Zuruf von Marc Vallendar (AfD)]

Seit Ihrer letzten Rede sind vier Wochen vergangen, und heute haben Sie wieder in Ihrer abgelesenen Rede, die Ihnen irgendein Referent aufgeschrieben hat, keinen einzigen eigenen Vorschlag gemacht, wie es denn besser laufen soll.

[Marc Vallendar (AfD): Öffnen Sie die Läden! Mit Hygienekonzepten!]

– Nein! Das Parlament ist der Ort der politischen Auseinandersetzung, und es ist der Ort, wo Opposition zeigen könnte, ob sie es besser kann. Wo sind Ihre Konzepte? – Null bieten Sie an Konzepten an!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN – Georg Pazderski (AfD): Konzept- und planlos!]

Sie können es ja auch gar nicht, weil es den einen Königsweg nicht gibt. Was sollte denn die Strategie sein? Die schwedische, die gerade einkassiert wird?

[Georg Pazderski (AfD): Sie machen doch Vogel-Strauß-Politik!]

Die asiatische Strategie, wo Tokio gerade davor ist, den Notfall auszurufen? Die Strategie aus Frankreich oder Spanien mit mehreren Ausgangssperren über das gesamte letzte Jahr? Welche Strategie ist denn tatsächlich besser? Ich behaupte, unsere Strategie, mit Augenmaß vorzugehen und nachzusteuern, war und ist die beste.

[Ronald Gläser (AfD): Wo ist das Augenmaß? Das ist doch kein Augenmaß!]

Das meine ich auch in Bezug auf Schulen. Auch danach hat, glaube ich, Herr Dregger zu Recht gefragt. Wie gehen wir damit um, dass wir jetzt doch in die Beschulung einsteigen, obwohl wir es erst nicht wollten, uns jetzt aber der Präsenzunterricht so wichtig ist? Das ist ein Abwägungsprozess. Es bleibt dabei: Ich möchte so dringend wie möglich in den Präsenzunterricht, weil ich weiß, was die sozialen Folgen sind, wenn die Kinder nicht in die Schule gehen. Aber in der Abwägung, was ich ansonsten alles an Maßnahmen beschließe, kann ich nicht wegdiskutieren, dass es auch aus dem Schulgeschehen heraus Infektionsketten gibt – und dann muss ich da möglicherweise auch einschränken.

Was unsere Bildungssenatorin macht, ist beispielhaft.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Lachen bei der AfD – Gunnar Lindemann (AfD): Totalversagen! Totalversagen, was Sie machen!]

Anders als andere Bundesländern haben wir den Präsenzunterricht runtergefahren,

[Gunnar Lindemann (AfD): Sie haben ja keine Kinder!]

und er wird erst ab dem 10. Januar wieder stufenweise hochgefahren: für die Älteren, für die Abschlussklassen, im nächsten Schritt für die Klassenstufen 1 bis 3, im übernächsten Schritt für 4 bis 6. Es ist mustergültig, dass wir die Regeln – Abstands- und Hygieneregeln – durch dieses schrittweise Vorgehen auch in der Schule umsetzen können.

Ja, es mag sein, dass wir unterschiedliche Ansichten haben in dieser Situation und darüber, wie wir bestmöglich durch diese Pandemie kommen, aber aus voller Überzeugung vertrete ich unseren Weg weiter, und ich will auch deutlich machen, an welcher Stelle uns tatsächlich sehr, sehr viel trennt: Das ist das, was Herr Pazderski zum Thema Impfstoffbeschaffung und eigenverantwortliches, starkes nationalstaatliches Vorgehen gesagt hat. Was heißt das eigentlich übersetzt, was sich so schön formuliert anhört? Es heißt, die Stärkeren setzen sich eben durch. Das heißt es.

[Georg Pazderski (AfD): Wem haben Sie denn den Eid geschworen? Wem haben Sie einen Eid geschworen?]

Das ist tatsächlich nicht meine Politik, um es einmal klar zu sagen.

[Beifall bei der SPD und der LINKEN – Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Herr Schatz hat zu Recht angesprochen, dass wir uns sogar noch darum kümmern müssen, wie es global aussieht, und wir müssen den Ärmsten helfen. Er hat recht, aber ich sage, wir müssen insbesondere auch unseren Nachbarn helfen. Dass Ihre Politik wäre, dass eben Frankreich und Deutschland, die starken Staaten, kaufen, was nur zu kaufen ist, zu welchen Preisen auch immer,

(Regierender Bürgermeister Michael Müller)

das mag so sein – und dann schauen eben die anderen, die osteuropäischen Länder, in die Röhre und haben nichts.

[Marc Vallendar (AfD): Wer hat Sie denn gewählt?]

Das ist Ihre Vorstellung von Europa, aber das ist nicht meine Vorstellung von Europa, um es mal ganz klar zu sagen. Nein, uns trennt tatsächlich sehr viel, aber aus voller Überzeugung werbe ich für unseren politischen Weg.

[Beifall bei der SPD,
der LINKEN und den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Herr Regierender Bürgermeister!

Dann gehen wir jetzt in die Lüftungspause. Sie dauert bis 13.22 Uhr.

[Sitzungsunterbrechung von 12.42 Uhr bis 13.26 Uhr]

Meine Damen und Herren! Es ist 13.26 Uhr; das heißt, wir können die Sitzung jetzt fortsetzen. Nach dem Beitrag des Regierenden Bürgermeisters steht jeder Fraktion nach § 64 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung eine weitere Redezeit von mindestens fünf Minuten zu. Wir bleiben bei der gleichen Reihenfolge wie in der ursprünglichen Rederunde, und zunächst hat sich für die CDU-Fraktion der Kollege Dregger zu Wort gemeldet. – Bitte schön!

Burkard Dregger (CDU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Regierender Bürgermeister! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um einige Dinge richtigzustellen, die Sie in Ihrer letzten Intervention vorgetragen haben, denn es ist, glaube ich, sehr wichtig, dass wir hier schon bei den Tatsachen bleiben.

Zunächst möchte ich das aufgreifen, was Sie gerade gesagt haben, nämlich dass Ihr Ergebnis des Abwägungsprozesses sei, dass der Gesundheitsschutz über allem steht: Ich stimme Ihnen in der Sache zu. Aber diese Zielsetzung entspricht nicht Ihrem Handeln. Wie anders ist es zu verstehen, dass Sie jetzt die Schulen schrittweise öffnen wollen, wo wir doch wissen, dass auch Kinder und Jugendliche das Virus übertragen? – Wir hingegen als CDU-Fraktion – und das wird heute noch Gegenstand weiterer Beratungen sein – beantragen, dass die Schulen zubleiben; nicht, weil wir Freude daran haben, dass dann kein Präsenzunterricht stattfindet, sondern weil wir der festen Überzeugung sind, dass wir jetzt auf dem Peak der Infektionsquote, auf dem Höhepunkt sind, diesen aber nicht gebrochen bekommen, wenn wir Infektionsketten herstellen, die wir uns nicht leisten können.

Deswegen erwarte ich hier entschlossenes Handeln, das auch umfasst, dass Sie die Zeit des präsenzlosen Unterrichts nutzen, um Ihre Lernplattform in Gang zu setzen, um die Schulen pandemiesicher zu machen, ein vernünftig funktionierendes WLAN dort zu ermöglichen, ein Breitbandnetz, Laptops, Luftfilter, Schnelltests und all das, was die CDU-Fraktion bereits vor neun Monaten beantragt hat, als sie gesagt hat: Es ist notwendig, die Schulen pandemiesicher zu machen. – Wir stehen jetzt hier im Januar 2021 und sind nicht einen Schritt weitergekommen. Das ist nicht in Ordnung!

[Beifall bei der CDU]

Die zweite Äußerung, zu der ich gern erwidern möchte: Sie sagten, die Veränderung des Vergaberechts helfe den kleinen Unternehmen in der Not nicht. – Ich möchte Sie einmal fragen: Für wen arbeiten eigentlich diese kleinen Unternehmen? – Die arbeiten in der Regel für andere Unternehmen als Auftragnehmer, und die Auftraggeber sind selbstverständlich abhängig von den Regelungen des Vergaberechts.

[Georg Pazderski (AfD): Richtig!]

Das Vergaberecht in Berlin ist mit Abstand deutschlandweit das schlechteste, und zwar gegen unsere Anträge, die Sie alle abgelehnt haben.

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Stefan Förster (FDP)]

Um Ihnen das mal vor Augen zu halten: Für die freihändige Vergabe von Hochbauleistungen gilt eine Vergabegrenze von nur 20 000 Euro. Das bedeutet: Auch jeder kleine Unternehmer, der daran teilnehmen möchte, ist daran gebunden. Und es gibt weitere geringe Grenzen, etwa Verhandlungsvergaben ohne Teilnahme am Wettbewerb: 10 000 Euro. Das heißt, wenn Sie sich mal ernsthaft mit den Anliegen der kleinen Unternehmen beschäftigen würden, dann würden Sie auch erkennen, dass das, was wir in den letzten neun Monaten und auch davor beantragt haben, sinnvoll ist für den Arbeitsmarkt, für unsere Arbeitsplätze. Das gilt insbesondere in der Pandemie, in der so viele Branchen betroffen sind, und indem wir nicht noch die Branchen, die arbeiten können, weiter schädigen dürfen.

[Beifall bei der CDU]

Dritter Punkt: Ich hatte in meiner Rede die Änderung der Landesbauordnung ausgeführt. Es geht nicht immer nur um Fördermittel, sondern auch um den gesetzlichen Rahmen. Sie haben während der Pandemie im letzten Jahr dafür gesorgt, dass unsere Baugenehmigungsverfahren in Berlin, wie Sie es nannten, „entschleunigt“ werden, und zwar, indem Sie die Genehmigungsfiktion und die Fristen dafür verdoppelt haben. Das führt dazu, wenn jemand, der etwas bauen möchte, um dann anschließend auch die kleinen Unternehmer zu beauftragen, eine Bauwerkleistung zu erbringen, dann muss er doppelt so lange alleine deswegen darauf warten, dass er seine Baugenehmigung bekommt. Das bremst Unternehmertum. Das bremst Arbeit für ganz viele Selbstständige und kleine Handwerker. Wenn Sie uns das nicht glauben, dann bitte

(Burkard Dregger)

ich Sie, das mal bei der IHK und der Handwerkskammer abzufragen. Die werden Ihnen das bestätigen.

[Paul Fresdorf (FDP): Dazu gibt es auch Zuschriften!]

Vierter Punkt, den ich genannt habe, ist die Effizienz der Verwaltung. Unsere Unternehmen und unsere Arbeitsplätze hängen auch davon ab, dass die Verwaltung zügig und schnell arbeitet. Dazu haben wir vor inzwischen fast fünf Jahren hier in diesem Haus das modernste E-Government-Gesetz der Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht. Der Kollege Kohlmeier, mit dem ich das damals sehr intensiv ausarbeiten durfte, wird sich daran erinnern und Ihnen das bestätigen.

[Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

Dieses Gesetz wartet immer noch auf seine Umsetzung. Was da geschehen ist in den letzten fünf Jahren, können Sie vergessen. Das schädigt die Unternehmen, die davon abhängig sind, dass die Verwaltung ihnen Genehmigungen erteilt. Deswegen schädigt das auch die kleinen Unternehmer, sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister.

[Beifall bei der CDU]

Sehr geehrter Regierender Bürgermeister! Sie haben nun wirklich hier, jedenfalls in Person der CDU-Fraktion, eine Oppositionsfraktion, die ihrer staatspolitischen Verantwortung gerecht wird,

[Stefanie Remlinger (GRÜNE): Das haben andere zu beurteilen!]

die den Kurs, der deutschlandweit in schwierigen Verhandlungen der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin ausgehandelt worden ist, unterstützt. Wir machen Ihnen das Leben wirklich nicht schwer.

[Beifall von Kurt Wansner (CDU)]

– Danke schön!

[Heiterkeit]

– Beim Kollegen Wansner bedanke ich mich immer besonders gerne.

[Beifall bei der CDU –
Daniel Wesener (GRÜNE): Wir auch!]

– Nein, aber Spaß muss sein. Die Sache ist aber nicht nur spaßig, sondern durchaus ernst.

Wir müssen gerade in der Krise alles tun, damit unternehmerisches, selbstständiges Arbeiten in der Krise nicht noch weiter erschwert, sondern erleichtert wird, damit nicht auch noch die Branchen, die von der Pandemie nicht direkt betroffen sind, von Ihnen betroffen werden. Deswegen fordere ich Sie auf: Hören Sie einfach denjenigen zu, die von der Sache etwas verstehen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Sven Kohlmeier (SPD): Gerne!]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Herr Kollege! – Die SPD verzichtet, wie die anderen Koalitionsfraktionen, auch auf eine weitere Rederunde. – Dann hat für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Pazderski das Wort. – Bitte schön!

Georg Pazderski (AfD):

Ja, Herr Regierender Bürgermeister! Ihre Antwort auf berechtigte Bürgerkritik hat eigentlich nur weitere Hilflosigkeit demonstriert. Sie wären besser auf Ihrem Platz sitzengeblieben, denn Essentielles haben Sie nicht dazu beigetragen.

[Ines Schmidt (LINKE): Was reden Sie denn da? Bisschen Respekt! Das ist der Bürgermeister und nicht dein Partner!]

– Sie können hier vorkommen, wenn Sie reden wollen. Möchten Sie vorkommen? – Bitte! Dann halten Sie Ihren Mund!

[Ines Schmidt (LINKE): Das ist das Allerletzte! – Weitere Zurufe von der LINKEN]

Fakt ist: Dieser Senat hat immer noch keine Strategie gegen Corona, und das können Sie nicht wegleugnen, und da können Sie auch nicht sagen: Ja, meine Strategie ist ausschließlich der Gesundheitsschutz. Nein, eine Strategie versucht, konkurrierende Ziele in Einklang zu bringen und das beste Ergebnis zu erreichen.

[Torsten Schneider (SPD): Hat er doch gesagt! Oh Mann!]

Das tun Sie nicht. Es gibt konkurrierende Ziele, ob das Wirtschaft ist, ob das die Gesundheit ist, ob das die Bildungspolitik ist, ob das die soziale Vereinsamung ist und andere Dinge. Das tun Sie nicht. Sie machen es sich zu einfach, und ich weiß wovon ich rede, wenn ich von Strategie rede.

[Beifall bei der AfD –
Lachen bei der CDU und der FDP]

Ihre Senatspolitik ist weiterhin planlos, ziellos und klammert wesentliche Faktoren aus, die ich auch schon in meiner Rede genannt habe. Sie haben kein Schutzkonzept für Risikogruppen. Sie zerschlagen den Mittelstand. Die soziale Isolation schreitet weiter fort.

[Steffen Zillich (LINKE): Richtige Hausnummer!]

Die Bildungsmisere ist so schlimm wie noch nie in Berlin, obwohl sie schon vorher schlimm war.

[Zuruf von Sabine Bangert (GRÜNE)]

Sie beschneiden die Bürgerrechte und entmündigen das Parlament. Sie haben immer noch keinen Schimmer von dem, was Sie machen. Sie können vor allen Dingen auch Ihre Verordnungspolitik niemandem logisch erklären.

[Stefanie Remlinger (GRÜNE): So wie Sie über die Schulen schimpfen, die nicht aufmachen!]

(Georg Pazderski)

Meine Kinder und meine Enkel können mich beispielsweise nicht besuchen. Ich darf aber meine Kinder und meine Enkel besuchen. Was ist denn das für eine Logik in der ganzen Verordnung? Da muss ich sagen: undurchdacht und vor allen Dingen auch nicht zielgerichtet. – Noch eines: Wir als AfD wissen, wessen Interessen wir vertreten, nämlich die des deutschen Volkes.

[Beifall bei der AfD –
Torsten Schneider (SPD): Ja!]

Ich möchte Ihnen den Amtseid der Kanzlerin vorlesen. Ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin:

> Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Ihr Amtseid, Herr Regierender Bürgermeister, lautet:

> Ich schwöre, mein Amt gerecht und unparteiisch getreu der Verfassung und den Gesetzen zu führen und meine ganze Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen.

[Oh! von der LINKEN und den GRÜNEN –
Sehr gut! von der AfD –
Zurufe von Stefanie Remlinger (GRÜNE) und
Frank-Christian Hansel (AfD)]

Sie sind eben nicht zuständig für das Wohl und Wehe der Welt in Togo oder Tonga oder in Lomé oder wo auch immer oder in Osteuropa.

[Stefanie Fuchs (LINKE): Da sieht man ja, was für ein Menschenfreund hier spricht!]

Sie sind verantwortlich für das Wohl der Berliner. Dafür sind Sie verantwortlich und für nichts anderes.

[Beifall bei der AfD]

Dafür sind Sie auch gewählt worden. Dafür sind Sie hier in Berlin als Politiker angetreten. Mit Ihren Aussagen, die Sie getätigt haben, verstoßen Sie gegen Ihren Amtseid. So einfach ist das.

[Beifall bei der AfD –
Frank-Christian Hansel (AfD): Es muss wirklich
furchtbar sein, für das deutsche Volk
Verantwortung zu tragen, Frau Remlinger!]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Sebastian Czaja das Wort.

Sebastian Czaja (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Regierender Bürgermeister! Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie das Wort ergriffen haben, denn das zeichnet die Debatte hier im Parlament aus.

[Beifall bei der FDP]

Wer ein Parlamentsbeteiligungsgesetz in die Abstimmung gibt, der wird sich darauf einstellen müssen, und es wäre gut, wenn wir über die Maßnahmen zukünftig genauso diskutieren, wie Sie das heute gemacht und erwidert haben. Insofern mehr davon, mehr Auseinandersetzung hier in diesem Plenarsaal! Dazu kann ich die Koalitionsfraktionen nur einladen.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Wie wichtig das ist, dass wir uns gegenseitig zuhören, das hat auch Ihr Redebeitrag gezeigt. Während Sie pauschal über das Vergabegesetz gesprochen haben und so taten, als wäre das jetzt die Antwort darauf, den Soloselbstständigen unserer Stadt zu helfen, ausschließlich die Antwort von FDP und CDU, dann ist das falsch, denn ich habe selbst in meiner Rede ausschließlich über die Soloselbstständigen gesprochen und gesagt: Sie brauchen mehr Hilfe, mehr Unterstützung. Ich habe sie benannt.

[Regierender Bürgermeister Michael Müller: Jawohl!]

Deshalb ist es wichtig, wenn wir das Parlament ernstnehmen, auch einander zuhören und dann das einander aufarbeiten.

[Beifall bei der FDP]

Ich bin sehr froh, dass Sie noch mal erläutert haben, wie Sie denn zu diesen Entscheidungen gekommen sind in Bezug auf die Eine-Person-Kontaktregel, die Sie jetzt im Rahmen der Ministerpräsidenten erörtert haben. Ich habe auch sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass die Grünen damit nicht zufrieden sind und dass wir noch damit zu rechnen haben, dass wir hier im Parlament weiter darüber sprechen oder Sie innerhalb der Koalition zu einer anderen Schlussfolgerung kommen. Aber zu hören, dass Sie von Experten beraten wurden, dass Sie sich intensiv mit der Frage auseinandergesetzt haben, wie genau dieser Expertenkreis aussah, kann doch nur helfen in der Akzeptanz darüber, am Ende des Tages, wenn Regeln und Entscheidungen getroffen werden. Denn der Eindruck, der von der Debatte der Ministerpräsidentenkonferenz übrig bleibt, ist doch genau der – und ich muss es noch mal zitieren –, dass die Maßnahmen durch die Ministerpräsidenten scheinbar immer noch aus dem Bauch getroffen, die Maßnahmen durch die Ministerpräsidenten entsprechend vollzogen werden. Denn die Ministerpräsidenten selbst haben zugegeben, dass sie aufgrund der Verzögerung – Zitat – bei den Meldungen durch die Gesundheitsämter keine genaue Einschätzung der Lage vornehmen konnten. – Wenn das als Schlussfolgerung übrig bleibt und daraus diese Regeln entstehen, dann fehlt es an Nachvollziehbarkeit.

Eine Ein-Personen-Regelung halte ich sowieso für absurd – es gibt hinreichend Argumente dafür –, aber man kann

(Sebastian Czaja)

es dann auch so klar erläutern, wie Sie es heute getan haben; das müssten Sie öfters tun.

[Beifall bei der FDP]

Ein weiterer Punkt: Die Verantwortungslosigkeit der Berliner Wirtschaft in die Schuhe zu schieben, das entspricht nicht dem selbstgewählten Titel Ihrer Regierungserklärung:

> 2021: Gemeinsam Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft aus der Pandemie führen

Sie können doch nicht etwas Verbindendes als Titel Ihrer Regierungserklärung wählen und dann hier etwas Spaltendes ausführen. Das bringt uns doch nicht voran! Das bringt uns auch dann nicht voran, weil gerade in dieser Stadt das wirtschaftliche Treiben dort, wo es möglich ist, verantwortungsvoll und verantwortungsbewusst aufrechtgehalten wird. Darum geht es doch. Und solange – ich bin Frau Scheeres sehr dankbar dafür, dass sie schrittweise zur Öffnung der Schulen kommt – wir die Situation haben, dass Homeschooling und Homeoffice aufeinandertreffen, dann mag das zwar für die ersten vier Buchstaben bei Homeoffice und Homeschooling stimmen, dass das funktioniert, aber es funktioniert in der Realität eben nicht, und deshalb ist es wichtig, dass wir diesen schrittweisen Plan haben, und dass Sie schrittweise zum Betrieb in Schulen und den Kitas zurückfinden.

[Beifall bei der FDP]

Zu den Kitas hätte ich mir mehr Antworten außer Notbetreuung gewünscht. Da ist sicherlich noch einiges zu tun, und ich glaube, es ist genauso wichtig, dass wir in Zeiten der Digitalisierung und auch in Zeiten der Ertüchtigung, was den Pandemieschutz betrifft, in den Berliner Schulen viel besser werden.

Alleine wenn man sich hier im Berliner Abgeordnetenhaus umschaut, wenn ich hinter mich schaue und diese Trennscheiben sehe – auch hier vorne –: Wieso haben wir das bisher noch nicht auch dort in den Schulen verwendet, wo es möglich ist, um die Lehrerinnen und Lehrer zu schützen und dafür zu sorgen, dass der Unterricht sicher stattfinden kann? Damit wir die, die digital nicht dabei sein können, nicht sozial und schulisch abhängen, sondern dass wir den Präsenzunterricht auch in Pandemiezeit sicher machen. Da müssen wir viel kreativer werden.

Ich glaube, es gibt genug Kreativität, aber das bedingt eben, dass wir das machen, was uns heute in dem einen oder anderen Punkt geeint hat, nämlich gemeinsam über Lösungen zu streiten und nach vorne zu schauen. Denn das ist das, was wir den Berlinerinnen und Berlinern in dieser Krise schulden: verantwortungsvolles, verantwortungsbewusstes Handeln, und nicht das Klein-Klein aneinander abarbeiten. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Herr Kollege! – Der Abgeordnete Luthe hat um die Erteilung des Wortes für eine persönliche Bemerkung nach § 65 unserer Geschäftsordnung gebeten.

[Daniel Wesener (GRÜNE): Ach nee, nicht solche Tricksereien! –
Zuruf von der SPD: So ein Selbstdarsteller!]

Herr Luthe, ich darf darauf hinweisen, dass eine persönliche Erklärung nur dazu dient, persönliche Angriffe zurückzuweisen oder eigene Ausführungen zu berichtigen.

[Daniel Wesener (GRÜNE): Hör genau zu!]

Das vorangestellt, beträgt Ihre Redezeit bis zu drei Minuten, und Sie haben das Wort. – Bitte schön!

Marcel Luthe (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Kollege Müller! Sie haben mir – unter anderem – Selbstgerechtigkeit vorgeworfen.

[Torsten Schneider (SPD): Wollen Sie eine ehrliche oder eine höfliche Einschätzung?]

– Sie müssen lauter sprechen, Herr Schneider, sonst verstehe ich Sie nicht! –

[Torsten Schneider (SPD): Sie habe ich gar nicht gemeint!]

Das eigentliche Problem scheint zu sein, dass ich mich in einigen Punkten meiner Kritik nicht deutlich genug ausgedrückt habe, und das möchte ich gerne korrigieren.

Sie haben davon gesprochen, dass der Gesundheitsschutz für Sie über allem stehe. So, als hätte ich Ihnen unterstellt, dass das nicht der Fall wäre. Das ist nicht so. Ich gehe davon aus, dass Ihnen der Gesundheitsschutz durchaus wichtig ist. Ich gehe nur weiter auch davon aus, dass Sie aus welchen Gründen auch immer, zu kurz denken – ich hatte Ihnen dazu Mao als Anregung gegeben.

Sie berücksichtigen eben nicht die Folgen Ihres Handelns, Sie übernehmen dafür nicht die notwendige Verantwortung.

[Daniel Wesener (GRÜNE): Sie verlassen die persönliche Erklärung! Sie schweifen ab!]

Nachdem Sie Ihren dreißigjährigen, baumgroßen Mann angeführt haben, der verstorben sei, möchte ich Ihnen ein Gegenbeispiel geben: Die kleine Mathilda, geboren mit einem Herzfehler, sollte zwischen dem dritten und vierten Lebensmonat operiert werden. Das war – auch an der Berliner Charité – wegen des Lockdowns leider nicht möglich, weil man nur notwendige Operationen durchführte. Es vergingen die Monate von April, Mai, Juni – immer wieder wurden die Operationstermine verschoben. Die kleine Mathilda ist am 2. Oktober 2020 verstorben, sie wurde nicht einmal ein Jahr alt.

(Marcel Luthe)

Auch das ist eine Folge dieser Regelungen, und auch das müssen Sie berücksichtigen. Und deshalb unterstelle ich Ihnen – noch mal – nicht, dass es Ihnen nicht um den Gesundheitsschutz geht. Sie blenden nur viele Aspekte aus und betrachten nur einen einzigen. Und das halte ich für sehr gefährlich.

[Zuruf: Und Sie nicht, oder was?]

Auch in Bezug auf die sogenannte Impfstrategie: Wer übernimmt denn Verantwortung, wer übernimmt auch rechtlich die Verantwortung für die Folgen einer solchen Impfung? Auch dort übernehmen Sie meines Erachtens nicht den vollen Aspekt des Gesundheitsschutzes.

[Zuruf von Karsten Woldeit (AfD): Kein Einziger! – Weitere Zurufe]

Die Demokratie lebt vom Kompromiss. Wer keine Kompromisse schließen kann, ist für die Demokratie nicht zu gebrauchen

Ebenfalls noch einmal Helmut Schmidt, der in diesen Reihen des Hauses natürlich überhaupt nichts – –

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Herr Kollege, ich kann nicht erkennen, dass das Zitieren von Helmut Schmidt in eine persönliche Bemerkung gehört.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN – Beifall von Adrian Grasse (CDU)]

Marcel Luthe (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Es geht genau um den Punkt: die Kompromisse und dass es mir um eines ging: Wir müssen Kompromisse finden, und wir dürfen etwas nicht nur einseitig betrachten.

[Zuruf von Heiko Melzer (CDU)]

Dieser Aspekt war mir sehr wichtig, auch in den Ausführungen den Regierenden Bürgermeister betreffend. – Vielen Dank!

[Silke Gebel (GRÜNE): Heute ohne Maske? – Sebastian Schlüsselburg (LINKE): Das sind nur Blasen, die Sie von sich geben, Herr Luthe!]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung von Berlin Drucksache 18/3278 „Ergebnisse der Videokonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 5. Januar 2021“ hat das Abgeordnetenhaus hiermit zur Kenntnis genommen.

Zu der Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin Drucksache 18/3280 „Zweite Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung“ wird eine Überweisung an den Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung sowie an den Hauptausschuss vorgeschlagen. – Widerspruch dazu höre ich nicht, dann verfahren wir so.

Tagesordnungspunkt 2 steht als vertagt auf der Konsensliste.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 2 A:

Berliner Covid-19-Parlamentsbeteiligungsgesetz

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3276

Erste Lesung

hierzu:

Änderungsantrag des Abgeordneten Luthe (fraktionslos)
Drucksache 18/3276-1

Der Dringlichkeit hatten Sie bereits eingangs zugestimmt. Ich eröffne die erste Lesung des Gesetzesantrags. In der Beratung beginnt die Fraktion der SPD und hier der Kollege Schneider. – Bitte schön!

Torsten Schneider (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie ich das immer so handhabe, wenn ich als Erster spreche, will ich genügend Raum für die Kollegen lassen, sich in der Sache noch zu verbreiten und mich auf einen Aspekt beschränken, nämlich auf den Aspekt von Kompetenz, denn das ist gar nicht so einfach.

[Steffen Zillich (LINKE): Aber ich habe dir doch schon Raum gegeben!]

– Du hattest mir schon Raum gelassen. – Der Bundesgesetzgeber hat den Landesregierungen bundesweit Verordnungsermächtigungen in einer Dauer und Tiefe eingeräumt, die schon häufig in parlamentarischer Befassung war – bundesweit und hier im Haus.

Zugleich, nach einem 30 Jahre langen Diskurs, gibt es den Artikel 80 Abs. 4, der sinngemäß sagt: Das Gleiche – in einem solchen Fall jedenfalls –, was die Regierungen können, das können die Parlamente auch durch Landesgesetz regeln. – Das hat meiner Kenntnis nach in der Bundesrepublik noch keine Abgrenzungsschwierigkeiten ausgelöst. Deshalb gibt es da auch keine Rechtsprechung, auf die man sich beziehen kann, die man zugrunde legen kann.

(Torsten Schneider)

Verschiedene Parlamente haben das verschieden angesteuert: Es gibt gesetzliche Regelungen nach dem Motto: Die Regierungen haben die Parlamente zu informieren und dergleichen. – Wir waren uns hier im Haus einig, dass uns das nicht genügt, unser Selbstverständnis durch ein Landesgesetz zu bekräftigen. Da würden wir hinter unserem Anspruch zurückbleiben. Andererseits gab es eine bundesweite Entwicklung, die darin mündete, dass der Bundestag den § 28a Infektionsschutzgesetz eingefügt hat, also eine Novelle vorgenommen hat. Immer noch gibt es Meinungen, das sei nicht hinreichend, aber jedenfalls war die Tendenz in der Rechtsprechung eindeutig: Den Parlamenten ist es vorbehalten, in einer solchen Situation die weitgreifenden Entscheidungen zu treffen, jedenfalls aber zu legitimieren. Da gibt es ja auch Zwischenschritte wie Zustimmungsvorbehalte; zu denen werden die Kollegen noch reden.

Insoweit hat der Bundestag seine Arbeit gemacht. Ob wir damit in der Jurisprudenz handwerklich am Abschluss der Abwägungen sind, wird die Zeit zeigen. Da will ich mich noch nicht abschließend festlegen. Aber wir haben als Landesparlament einen der bundesweit weitgreifendsten Schritte heute in der ersten Lesung vorzuschlagen, der diesem Anspruch und dieser verfassungsrechtlichen Obliegenheit der Parlamentsbeteiligung am nächsten kommt. Das ist meine vorläufige Einschätzung.

Deswegen ist es auch nicht von ungefähr, dass nicht nur fünf Fraktionen heute diesen Gesetzesantrag nach wirklich gründlichster Abwägung und Beratung mittragen, sondern wir ihn auch in der gebotenen Geschwindigkeit dringlich behandeln im Einvernehmen des gesamten Hauses. Das unterstreicht auch die Bedeutung.

Der Bundestag hat aber auch – und das meine ich mit Kompetenzfragen – § 5 des Infektionsschutzgesetzes novelliert. Da will ich, wie ich es öfters mal mache, einen Punkt beleuchten, der auch noch nicht abschließend diskutiert ist. Da gibt es zwei Meinungen: die des bayerischen Landtags, der ein eigenes Infektionsschutzgesetz erlassen hat, inklusive medizinischer Anordnungskompetenzen und dergleichen mehr, und die Auffassung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, dass das eigentlich nicht geht, weil der Bund seine Regelungskompetenz in dieser Frage im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung abschließend ausgeübt hätte. Der Wortlaut § 5 lässt das ausdrücklich offen und zweifelhaft erscheinen, was der der WD des Bundestags dort aufgeschrieben hat. Denn da steht ausdrücklich drin: „unbeschadet der Befugnisse der Länder“ – „unbeschadet“.

Legen wir hier mal Folgendes fest: wir haben Eingriffsnotwendigkeiten bei Inzidenzen von 35, von 50 etc., und der Bundesminister für Gesundheit hat die Kompetenz, das Erforderliche zu tun zum Wohl des deutschen Volkes. Wir haben da eine andere Auffassung. Deswegen haben die Vorsitzenden da auch nicht mehr das Wort ergriffen – weil in dem Punkt der Regierende exakt und zutreffend genau das Richtige gesagt hat, was diese Koalition meint: zum Wohl, jedenfalls mittelbar auch, der gesamten Weltbevölkerung. Dazu werden wir nachher noch eine fachliche Debatte führen, und die wird sicher kontrovers. Aber eines ist wahr, da kann ich mich nur auf die Bundeskanzlerin beziehen: So wenig, wie man die Schwerkraft ändern kann oder die Lichtgeschwindigkeit – nach derzeitigem Kenntnisstand –, so wenig kann man einfachste mathematische Axiome hinterfragen.

3,75 Millionen Menschen in Berlin komplett zu impfen, würde nach der vom Land vorgehaltenen Kapazität von 20 400 Impfungen am Tag ein Jahr dauern, nach der derzeitigen Zuteilung an Impfstoffen mindestens fünf Jahre. Das ist reine Mathematik, und das ist fast aufs Komma genau gerechnet – können Sie dann natürlich gern widerlegen. In diesem Punkt besteht jenseits dieses Gestrüpps von Eitelkeit, von Profilierungen, von Wahlkampf glasklarer Handlungsbedarf – und nach Lage der Dinge Handlungsbedarf durch den Bundesgesundheitsminister.

[Georg Pazderski (AfD): Die Bundesregierung, nicht den Bundesgesundheitsminister! Die Bundesregierung, an der Sie auch beteiligt sind!]

Lesen Sie freundlicherweise mal § 5 des Infektionsschutzgesetzes bevor Sie sich wieder daran versuchen, mit mir in eine intellektuelle Debatte zu treten. Das geht doch nicht unentschieden aus.

[Beifall und Heiterkeit bei der SPD, der CDU, der LINKEN, den GRÜNEN und der FDP]

Berlin ist in der Lage, hat der Präsident des Berliner DRK, Kollege Gesundheitssenator a. D. Mario Czaja gesagt, 20 400 Dosen am Tag zu verimpfen. Natürlich gibt es danach ein Klein-Klein vom gesundheitspolitischen Sprecher – da hat die Einladung nicht funktioniert oder sonst was.

Die Pandemie ist nach unserer Erkenntnis vom Patienten Null in China ausgegangen. Sie ist jetzt ein weltweites Problem. Wir haben als führende Industrienation die Kraft, unseren Beitrag zu leisten, dass sie auch weltweit eingedämmt wird. Da brauche ich nicht auf Herrn Putin und Frau Kanzlerin zu warten, um Produktionsstrecken auszuweiten. Das ist doch das Gespräch. Das können wir auch alleine, und mit Verlaub: Wer meint, das sei schlimmer als ein Apfelkuchen, der hat sich in dieser Frage disqualifiziert. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Herr Kollege! – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Melzer das Wort.

Heiko Melzer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Wir alle saßen gestern Abend, gestern Nacht erschrocken vor Fernsehern und haben uns die schrecklichen Bilder aus Washington D.C. angesehen. Dankenswerterweise hat der Präsident des Abgeordnetenhauses, auch andere, dazu die richtigen Worte gefunden. Warum erwähne ich das noch mal? – Diese Bilder sind das Ergebnis von Demagogie, von Lügen und von Leugnen. Damit bin ich sehr nah an dem Coronathema, wie es teilweise in Deutschland, teilweise in Berlin, teilweise in diesem Parlament auch diskutiert wird. Das beste Mittel gegen Demagogie, gegen Leugnen, gegen Lügen, gegen eigene Wahrheiten ist Transparenz, ist Debatte, ist Diskurs, ist Diskussion. Wo, wenn nicht hier im Parlament, sollte diese Diskussion, das Ringen um den besten Weg stattfinden?

Deshalb gehören die Berliner Regelungen zur Pandemiebekämpfung in die Volksvertretung, in die Mitte dieses Parlaments, in die Diskussion mit uns allen. Deswegen ist das heute ein guter und richtiger Schritt.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Wir erleben auf bedrückende Art und Weise, wie von interessierter Seite immer wieder das Land gespalten wird. Es liegt aber in unserer Hand, dass die öffentliche Debatte und das Ringen tatsächlich transparent werden, tatsächlich hier im Parlament stattfinden können, und damit tun wir das Beste gegen die Spaltung unseres Landes, auch unserer Stadt.

Wir könnten es uns als Oppositionsfraktionen leicht machen. Ich habe heute verschiedentlich gehört, die Unterstützung der Regierung in einer schwierigen Lage sei doch nicht Oppositionspolitik. – Wer eine Haltung hat, wer eine klare Meinung hat, der verabschiedet sich von parteipolitischem Klein-Klein und der beteiligt sich auch konstruktiv als Opposition wie wir das als CDU-Fraktion tun; auch die FDP-Fraktion will ich da ausdrücklich einschließen. Mindestens eine Fraktion hat sich aus dieser Debatte schon lange verabschiedet.

Wir haben zumindest Freude daran, um den besten Weg für Berlin zu ringen, wir wollen die Stadt gestalten, wir wollen sie entwickeln, und wir arbeiten gemeinsam und gemeinschaftlich an der Bewältigung der Coronakrise. Deswegen unterstützen wir sehr gern auch die Einbringung des Parlamentsbeteiligungsgesetzes und sagen auch als Opposition: Sie können sich hier auf uns verlassen.

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Carsten Schatz (LINKE) und
Steffen Zillich (LINKE)]

Dieses Gesetz erlaubt dem Parlament auch in Fragen der Pandemiebekämpfung die Aufsicht, die Kontrolle der Landesregierung. Ich will hinzufügen: Das ist auch sehr notwendig. Es erlaubt die Diskussion um den besten politischen Weg, und es gibt auch die Möglichkeit, dass das Parlament Korrekturen vornimmt, wenn der Berliner Spezialweg des Senats mal wieder eher eine Geisterfahrt ist als geradeausgeht.

Am Beispiel der Schulpolitik wird das besonders deutlich. Wir kämpfen gemeinschaftlich dafür, dass die Inzidenzen runtergehen, haben bundesweit Zielwerte von 35 oder 50 Inzidenzen auf 100 000 Personen definiert – die Schulsenatorin redet dann allerdings auf einmal von Inzidenzen von 200, bei denen fast noch alles in Ordnung ist, und kurz darunter heißt es: Kinder, ab in die Schule! – Wer holt eigentlich diese Kinder in den unteren Klassen aus der Schule ab? In welchen Bussen finden denn die Partys statt, die zu den Schulfahrten oder den Fahrten nach Hause vonstattengehen?

35 und 50 Inzidenzen sage ich nicht ohne Grund: Wir haben in diesem Berliner Pandemie-Beteiligungsgesetz die Infektionszielzahlen, die wir mindestens wieder erreichen wollen – 35 und 50, eine klare Eindämmung der Pandemie – erstmalig auch in einem Berliner Gesetzeswerk festgehalten, weil wir das aus dem Infektionsschutzgesetz des Bundes übernommen haben. Das ist ein gutes, ein wichtiges Ergebnis unserer Debatte, denn die Infektionszahlen müssen nach unten.

Warum? – Wir wollen wieder Kontrolle erlangen, wir wollen das öffentliche Leben in diesem Jahr wiederherstellen. Wir sind als CDU-Fraktion zu jeder sinnvollen Maßnahme bereit, die genau das unterstützt: Kontrolle erlangen, Infektion eindämmen und das öffentliche Leben wieder verantwortungsvoll in Fahrt bringen.

Dieses Gesetz ist dazu ein kleiner Baustein. Wir stehen konstruktiv an der Seite derer, die die Pandemie bekämpfen wollen. Gehen wir mit Hoffnung und Zuversicht in diese nächsten Schritte, gerade am Anfang dieses Jahres, denn dieses Jahr 2021 kann nur besser werden! – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Beifall von Torsten Schneider (SPD),
Carsten Schatz (LINKE), Daniel Wesener (GRÜNE)
und Sabine Bangert (GRÜNE)]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Herr Kollege! – Für die Linksfraktion hat als Nächster der Kollege Zillich das Wort!

Steffen Zillich (LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Infektionsschutzgesetz bietet die Möglichkeit, wie kaum eine andere Situation in dieser Gesellschaft, in Grundrechte von Bürgerinnen und Bürgern einzugreifen. Eine solche Situation, die das Infektionsschutzgesetz adressiert, eine Pandemie, wie wir sie jetzt erleben, erfordert

(Steffen Zillich)

schnelles Handeln und schnelle Entscheidungen. Daraus ist das Axiom erwachsen, dass die Pandemie die Stunde der Exekutive sei. Das ist auch nicht ganz falsch, weil in der Tat exekutives Handeln mit anderen Geschwindigkeiten, Entscheidungstiefen und Entscheidungsumsätzen gefordert ist. Daraus darf aber nicht entstehen, dass die Verantwortung der Parlamente in genau dieser Situation suspendiert ist.

[Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Dieses Parlament hat sich fraktionsübergreifend bereits im Frühjahr darauf verständigt und hier auch deutlich gemacht, dass wir der Auffassung sind, dass wir nicht nur informiert werden müssen, dass wir nicht nur die Regierung kontrollieren müssen, sondern dass wir auch unsere Verantwortung bei der Normbestimmung und den Normdiskussionen wahrnehmen müssen. Das tun wir mit diesem Parlamentsbeteiligungsgesetz. Es ist ein beachtenswertes Stück gemeinsamer Arbeit und gemeinsamer Verantwortung, dass das über fünf Fraktionen hinweg und über allen Diskussionsbedarf in den unterschiedlichen Sachgebieten hinaus so gelungen ist. Die Verantwortung des Parlaments ist gerade in einer Situation, wo wir schnelle und tief in die persönliche Freiheit eingreifende Entscheidungen treffen, nach wie vor erheblich.

Ich will drei Gründe herausgreifen: Einerseits ist es natürlich so, dass Grundrechtseingriffe in unserer Gesellschaft, in unserer Demokratie eine demokratische Legitimation brauchen. Da ist die ganz allgemeine Klausel des Infektionsschutzgesetzes eine, ich will mal sagen, sehr dünne Brücke, über die dort gegangen worden ist. Das ist jetzt allgemein festgestellt worden. Nein, wir brauchen dafür die direkte, parlamentarische Legitimation. Das bedeutet im Übrigen auch die parlamentarische Verantwortungsübernahme. Wir sind uns dessen sehr wohl bewusst.

Der zweite Grund ist: Wir brauchen, um Akzeptanz zu haben, den öffentlichen Abwägungsprozess. Und der ist in einer parlamentarischen Debatte der Sache nach transparenter, nachvollziehbarer, streitiger, als er durch rein exekutives Handeln sein könnte. Deswegen ist die parlamentarische Debatte wichtig.

Der dritte Punkt – das haben uns Gerichte ins Stammbuch geschrieben –: Auch der rechtliche Bestand der Regeln kann sich nicht allein auf die Generalklausel des Infektionsschutzgesetzes berufen. Das haben wir erlebt. Deswegen war auch hier Nachbesserungsbedarf.

Es gab darüber eine sehr allgemeine Debatte, nun muss man diesen Anspruch auch einlösen. Was heißt denn das: parlamentarische Verantwortungsübernahme? – Wir haben in dem Diskussionsprozess eine Lösung gefunden. Wir haben uns dabei nicht zu Unrecht an der Systematik des Infektionsschutzgesetzes, an der Systematik des Bundesrechtes orientiert. Wir haben gesagt: Wir müssen als Parlament informiert werden – logisch! Die Norm, die Rechtsverordnung der Regierung muss begründet werden – erster Punkt.

Zweitens: Besonders tiefgreifende Grundrechtseingriffe, die Suspendierungen von wichtigen Grundrechten, wie etwa dem Versammlungsrecht oder der Religionsfreiheit, die das Infektionsschutzgesetz dem Grunde nach erlauben würde, können nicht ohne direkte parlamentarische Zustimmung in Kraft treten.

[Beifall von Carsten Schatz (LINKE),
Sebastian Schlüsselburg (LINKE)
und Dr. Petra Vandrey (GRÜNE)]

Bisher waren solche Grundrechtseingriffe in dieser Pandemie nicht nötig. Ich will sie mir auch nicht vorstellen, aber wir haben gesichert, dass die nur in Kraft treten können, wenn das Parlament vorher zustimmt – mit einer kleinen technischen Ausnahme, die sicherlich wichtig ist, aber diesen Grundsatz nicht infrage stellt.

Drittens haben wir gesagt: Bei allen anderen Rechtsverordnungen und allgemeinen Regelungen haben wir die Möglichkeit des Einspruchs und der Korrektur, entweder indem wir in einem Gesetzgebungsverfahren die Norm selber schreiben oder vom Senat verlangen, an einer Regelung Änderungen vorzunehmen.

In dieser Abgewogenheit haben wir, glaube ich, eine gute Regelung gefunden, parlamentarische Verantwortung zu übernehmen, öffentliche Debatten zu führen und gleichzeitig der besonderen Eilbedürftigkeit Rechnung zu tragen.

Wir haben sogar noch etwas Weiteres gemacht, nämlich dem Verordnungsgeber materiell mit aufgegeben zu berücksichtigen, dass allgemeine Regeln nicht alle gleich treffen, sondern dass in unterschiedlichen Lebenslagen unterschiedliche Regeln unterschiedlich treffen. Wir haben gesagt: Du sollst das berücksichtigen, mit abwägen, mit aufschreiben – und auch mit aufschreiben, wenn du sagst: Wir greifen zwar in alle Lebensbereiche ein, aber in diesen einen nicht. Insofern haben wir, glaube ich, eine sehr gute Grundlage, um unsere Verantwortung, die vielfach eingefordert worden ist, tatsächlich gut wahrnehmen zu können. – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort Herr Abgeordneter Vallendar.

Marc Vallendar (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Gesetzesantrag in Zeiten, in denen die Regierung die Parlamente quasi entmachtet hat, der auf mehr

(Marc Vallendar)

Beteiligung der Parlamente abzielt, ist grundsätzlich zu begrüßen. Schon viel zu lang haben wir das Phänomen, dass die Bundes- und die Landesregierung in der Covid-19-Pandemie sämtliche Entscheidungen an den Parlamenten vorbei getroffen haben. Auf einmal, ganz berauscht von der Aufmerksamkeit und Macht, die nun entgegenkommt, stellt sich der sonst so unscheinbare Regierende Bürgermeister Müller groß vor jede Fernsehkamera und verkündet die neuesten Einschränkungen. Sie seien – Zitat – unvermeidbar. – Das erinnert stark an den Satz der Alternativlosigkeit der Politik der Kanzlerin, der nebenbei meiner Partei ihren Namen gegeben hat.

Eine Regierungserklärung nach der anderen müssen wir über uns ergehen lassen, statt Ratio und Vernunft nur noch planloser Aktionismus. Der Bürger wird von Monat zu Monat vertröstet: Nur noch ein paar Wochen mehr müsse man auf elementare Grundrechte verzichten, aber dann werde es Besserung geben. – Wie so oft in der Vergangenheit: nichts als hohle Politikerphrasen.

Dass die Maßnahmen bisher weder geeignet noch erforderlich noch verhältnismäßig waren beziehungsweise sind, wird dann gerne mal ausgeblendet. Die weite Mehrzahl der Todesfälle sind bei den Alterskategorien zu verzeichnen, die die allgemeine Lebenserwartung eines Menschen bereits weit überschritten haben. Es sind eben nicht die dreißigjährigen, türkischen Kerle wie ein Baum – wenn es sie denn überhaupt gibt –, die von dieser Pandemie betroffen sind. Bot dieses Parlament diesem Treiben ein Ende? – Bisher nicht. Ob der gemeinsam eingebrachte Antrag zu mehr Beteiligung des Parlaments daran etwas ändern wird, darf teilweise bezweifelt werden: zu sperrig die Forderungen, ständig eine Sondersitzung mit den gesamten Parlamentariern einzuberufen. Ein, wie von uns geforderter, Sonderausschuss wäre effektiver und sachgerechter.

[Beifall bei der AfD]

Ein Zustimmungsvorbehalt, welcher nach vier Monaten dazu führt, dass die Rechtsverordnung automatisch außer Kraft tritt, klingt theoretisch betrachtet erst mal gut, nur sieht der Gesetzentwurf nicht vor, was passiert, wenn der Senat vor Ablauf der Frist eine neue, beinahe identische Rechtsverordnung mit kleinen Änderungen erlässt, wie es in der Praxis bisher übrigens immer üblich war. Dann beginnt die Frist nämlich erneut zu laufen. Die Vorschrift lässt sich also durch den Senat einfach umgehen und dient daher nur dem Schein einer Parlamentsbeteiligung. Die Begründung des Gesetzentwurfes ist insofern irreführend, weil der ausdrückliche Wortlaut der Vorschrift diese Möglichkeit nicht ausschließt. Sie führt im Ergebnis also, wie vom SPD-Politiker und Dauertalkshowclown Karl Lauterbach

[Heiko Melzer (CDU): Es reicht, dass Sie ihn zitieren!]

bereits gefordert, zu einem unbefristeten Lockdown, wenn der Senat es denn will – Meinung des Parlaments hin oder her.

Wir erwarten von dieser Gesetzesänderung also nicht den großen Wurf. Sie stellt vielmehr die Hilflosigkeit und Ohnmacht dieses Parlaments dar, welches sich über den gesamten Verlauf der Pandemie und über Monate hinweg – obwohl wir Möglichkeiten gehabt hätten, auf die Rechtsverordnungen einzuwirken – vom Regierenden Bürgermeister und dem Senat hat treiben lassen. Nichtsdestotrotz werden wir dem Gesetzentwurf zustimmen, weil er zumindest eine leichte Verbesserung zur Beteiligung des Parlaments darstellt – auch wenn wir uns vorbehalten, im Ausschuss noch Änderungsanträge zu diesem Entwurf nachzureichen.

[Sven Kohlmeier (SPD): Frechheit!]

Lassen Sie mich zum Abschluss noch kurz zu den Worten des Regierenden Bürgermeisters kurz Stellung nehmen,

[Steffen Zillich (LINKE): Nö!]

der sagte, dass er den Gesundheitsschutz über alles stelle! Wirklich über alles! – Diese Aussage ist gefährlich in einer freiheitlichen Gesellschaft. Denn wenn man den Weg weg vom Individuum hin zu einer Heilslehre und zum Kollektivismus vollzieht, indem man alles einem Ziel unterordnet – hier in diesem Fall der sogenannten Volksgesundheit –,

[Paul Fresdorf (FDP): Der Begriff muss euch doch gefallen!]

dann bewegen wir uns immer weiter weg von einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft, und das ist eine gefährliche Entwicklung. Gerade wir als Parlament haben die Aufgabe, die Regierung in diesem Fall zu kontrollieren und an die Leine zu nehmen. Ich bedauere, dass doch ein Großteil in diesem Hohen Hause – vor allen Dingen auch die angebliche Partei der Freiheit – diese Gefahr anscheinend nicht wahrnehmen will und diese Maßnahmen, die wir alle erdulden müssen, fast widerspruchslos hinnimmt. –

[Daniel Wesener (GRÜNE): Wen meint er denn? – Zuruf von Florian Kluckert (FDP)]

Vielen herzlichen Dank!

[Beifall bei der AfD]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt das Wort Frau Abgeordnete Dr. Vandrey.

Dr. Petra Vandrey (GRÜNE):

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind heute – wie wir schon des Öfteren gehört haben – zusammengekommen, um erneut über die Coronaregeln zu reden. Ja, in allen Bereichen muss die Politik im Moment Regeln treffen, sogar beim privaten Miteinander. Das ist für unsere Gesellschaft natürlich neu, ungewohnt und manchmal ziemlich unerträglich.

(Dr. Petra Vandrey)

Und ja, unsere Grundrechte sind verletzt. Als Juristin würde ich sogar sagen, unsere Grundrechte sind versehrt: die Versammlungsfreiheit, die Religionsfreiheit, die Berufsfreiheit und vor allem unsere Handlungsfreiheit. – Gerade wir als Bündnisgrüne, die wir uns den Bürgerrechten und den Freiheitsrechten sehr verbunden sehen,

[Frank-Christian Hansel (AfD): Irgendwann mal, ja! Ist lange her!]

schauen hier sehr sensibel auf die Grundrechte.

[Gunnar Lindemann (AfD): Ja, wo denn?]

In der öffentlichen Debatte, auch unter Juristinnen und Juristen, wird oft mit harten Worten die Regierungspolitik kritisiert. Der Vorwurf: Seit Corona gebe es im Grunde nur noch eine der drei Gewalten in Deutschland, die Exekutive. Es werde nur noch von oben regiert. Wir würden zu einem autoritären Verordnungsstaat verkommen. –

[Marc Vallendar (AfD): Ist ja auch so!]

Das ist natürlich überspitzt und polemisch, aber eines ist richtig: Die Demokratie muss sich gerade in der Krise bewähren – und ihr Herz ist das Parlament.

Der Bundesgesetzgeber hat inzwischen gehandelt. Er hat durch den neuen § 28a Infektionsschutzgesetz konkrete Instrumente in das Gesetz aufgenommen. Er ist weg von der zuvor bestehenden viel zu unbestimmten Generalklausel. Nun war es an den Landesparlamenten, nachzuziehen und sich ihrerseits konkrete Gesetze zu geben, vor allem Verfahrensgesetze, die die Beteiligung des Parlaments regeln. Genau das tun wir mit unserem Gesetz.

Unser Gesetz knüpft an die Zweistufigkeit des § 28a an, also die Unterscheidung zwischen Maßnahmen, die besonders krass in Grundrechte eingreifen, und weniger schwere Maßnahmen – wobei ich betonen möchte, dass auch diese nicht ohne Grundrechtsrelevanz sind. Die drei konkreten besonders schweren Maßnahmen – vor allem Versammlungsverbote und Ausgangsbeschränkungen – machen wir mit dem Gesetz von einem Zustimmungsvorbehalt abhängig. Allerdings, und das finde ich sehr beruhigend, ist eine Sicherung eingebaut: Tritt das Abgeordnetenhaus bis zum vierten Werktag nach Übersendung der VO nicht zusammen, tritt diese in Kraft. Es liegt in solchen Fällen also bei uns als Parlament, zu handeln und die Kompetenz, die wir uns mit dem Gesetz in das Parlament holen, auch zu nutzen. Das wird uns im Zweifel mehr Arbeit machen als bisher, erhöht jedoch die Legitimation der Maßnahmen.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Nicht vergessen darf man natürlich: Die meisten Rechtsverordnungen des Senats betreffen gar nicht die drei oben genannten besonders krassen Fälle, und in allen anderen Fällen gibt es keinen Zustimmungs-, sondern nur den Ablehnungsvorbehalt. Das heißt, die Senatsverordnungen sind in Kraft, solange es keinen Einspruch des Parlaments gibt. Auch hier liegt es wieder an uns als Parlament, unsere Möglichkeiten zu nutzen. Genau das werden wir auch tun.

Die Hoffnung ist nun, dass von dem Gesetz nicht nur ein Signal ausgeht, sondern wir von unseren parlamentarischen Kompetenzen auch Gebrauch machen. Hierzu werden wir zumindest durch die Dreitagesfrist für die Zustimmung in besonders krassen Fällen gezwungen. In allen anderen Fällen liegt es bei uns, die Sachen an uns zu ziehen und die Debatten hier im Parlament zu führen.

Den Parteien wird oft vorgeworfen, sich aus parteipolitischen Interessen zu verzanken. Genau das darf in Krisensituationen nicht passieren. Insoweit ist die Pandemie auch eine Bewährungsprobe, nicht nur für die Demokratie, sondern auch für die Kooperationsfähigkeit der Parteien, in diesem Fall der Fraktionen im Abgeordnetenhaus. Uns ist es hier nun gelungen, trotz der unterschiedlichsten Meinungen der beteiligten Politikerinnen und Politiker ein gutes Gesetz zu bauen – ein Gesetz, das insgesamt in sich stimmig ist. Es zeigt das Ringen um vernünftige Regeln, die dem Senat nicht die Kompetenz wegnehmen, schnell zu handeln, aber doch das Parlament noch stärker machen. Besonders erfreulich ist, dass es ein fraktionsübergreifendes Gesetz geworden ist – fraktionsübergreifend bis auf die Seite hier rechts außen.

[Zuruf von Marc Vallendar (AfD)]

Man darf also zuversichtlich sein im Hinblick auf unsere Demokratie. Sie bewährt sich zurzeit. Es wird gerungen um die besten Abwägungen zwischen Gesundheitsschutz und Einschränkungen. Nehmen wir diese Aufgabe also weiter an! Debattieren und streiten wir hier im Plenarsaal um die einzelnen Coronaregeln, und nun künftig auf der Grundlage eines parlamentarischen Verfahrensgesetzes! – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Moment, Ihre Maske, bitte!

[Dr. Petra Vandrey (GRÜNE): Schon dabei!]

Für die Fraktion der FDP hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Fresdorf. – Bitte schön!

Paul Fresdorf (FDP):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein Gesetz, das fünf Fraktionen zusammenbringt, liegt heute auf dem Tisch, und das ist auch ein Moment, um Danke zu sagen: Danke an die anderen vier Fraktionen und an die Kollegen, die das mit verhandelt haben! – Denn fünf Fraktionen unter einen Hut zu bekommen, ist nicht immer einfach. Da muss man Kompromisse ein-

(Paul Fresdorf)

gehen. Ich denke aber, dass dieser Kompromiss nicht die kleinstmögliche Lösung ist, sondern ein sehr gutes Ergebnis hervorgebracht hat. Dafür möchte ich mich bei Ihnen bedanken.

[Beifall bei der FDP, der CDU und der LINKEN]

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Berlinerinnen und Berliner! Diese Pandemie hat uns eines gezeigt: Es gibt Grundrechtseingriffe in einer Breite und Tiefe, die es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes Berlin so noch nicht gegeben hat. Und dann ist es an uns, als Parlamentarier dafür zu sorgen, dass dies nicht über Gebühr beansprucht wird, dass wir ein Auge darauf haben: Was macht die Regierung dort? Ist dies angemessen, ist es verhältnismäßig, was an Maßnahmen ergriffen wird? – Es ist an uns, dass wir als selbstbewusste Parlamentarier im Notfall die Bremse ziehen und sagen: Stopp! Bis hierhin und nicht weiter! – Dies hat auch meine Fraktion, die Fraktion der Freien Demokraten, bereits im November dazu bewogen, Ihnen ein Gesetz vorzulegen, ein Gesetz, was man ohne Weiteres als Mutter eben dieses Gesetzes, was wir heute verabschieden, bezeichnen darf, also ein wahres FDP-Gesetz, was wir heute beraten.

[Beifall bei der FDP]

Darum ist es mir heute eine besondere Freude, hier heute sprechen zu dürfen.

[Lachen von Andreas Otto (GRÜNE)]

Wir schaffen mit diesem Gesetz eines: ein starkes Parlament; ein Parlament, das die Möglichkeit hat, eine Verordnung anzuhalten. Bei besonders tiefen Eingriffen in die Grundrechte haben wir sogar einen Zustimmungsvorbehalt dieses Parlamentes vereinbart, der ab dem Moment gilt, wo dieses Gesetz seine Geltung erlangt. Das ist die Rolle, die ein Parlament einnehmen muss: Stark sein, die Regierung kontrollieren, und ein Streiter für die Grundrechte seiner Bürgerinnen und Bürger sein. Darum ist dies heute ein guter Tag, dass wir dieses Gesetz in der ersten Lesung haben, für den Parlamentarismus in dieser Stadt, aber auch für die Demokratie.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und den Grünen]

Ich freue mich sehr, dass wir es geschafft haben, diese ganze schwere Thematik in diesem Gesetz vernünftig aufzulösen, dass wir eine Zweistufigkeit herbeigeführt haben, die sich daran orientiert, wie tief die Eingriffe der Regelungen der Regierung sind und damit auch die Beteiligung des Parlaments entsprechend regelt. Es ist besonders wichtig, dass wir in jedem Fall, wo die Regierung Rechte der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes einschränkt, auch die Möglichkeit haben, als Parlament Einspruch zu erheben und eine unverzügliche Abänderung dieser Rechtsverordnung zu verlangen. Das ist ein Anspruch, den wir an uns selbst stellen und den wir auch mit Leben erfüllen müssen. Ich kann Ihnen für meine Fraktion eines versprechen: Wir werden das tun. Wir werden Wert darauf legen, dass wir die politische Debatte in dieses Haus führen, dass wir über transparente Entscheidungsprozesse sprechen, dass wir klarmachen, warum es diese Einschnitte geben muss. Wir haben heute erlebt, dass wir bei der Regierungserklärung eine längere parlamentarische Debatte gehabt haben als wir es alle erwartet haben, weil der Regierende Bürgermeister zu Recht noch einmal aufgestanden ist und sein Regierungshandeln erneut verteidigt hat. Dieses Gesetz wird dafür Sorge tragen, dass wir künftig öfter diese Debatte in diesem Hohen Hause führen werden. Das ist gut so. Das ist richtig so. Ich freue mich, dass sie eine breite Zustimmung in diesem gesamten Haus finden wird und wir dann auch, so Gott will, in der nächsten Lesung nächste Woche dieses Gesetz verabschieden können und damit der Demokratie und dem Parlamentarismus in diesem Land einen großen Dienst erweisen. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der FDP, der CDU,
der LINKEN und den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Vorgeschlagen wird die Überweisung des Gesetzesantrags und des Änderungsantrags an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung. – Widerspruch dazu höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf, wie vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, vorgezogen

lfd. Nr. 6:

Coronamaßnahmen rechtssicher gestalten – Gesundheitsämter stärken

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 2. Dezember 2020
Drucksache 18/3227

zum Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3137

in Verbindung mit

lfd. Nr. 14 B:

Berlins Apotheker bei Impfzentren besser einbinden

Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3268

und

(Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt)

lfd. Nr. 14 E:

Lehren aus der Krise ziehen – Berliner Gesundheitsämter fit machen

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3275

und

lfd. Nr. 14 F:

Über Strategien zur Bewältigung der Coronakrise

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/3277

Der Dringlichkeit haben Sie bereits eingangs zugestimmt. In der gemeinsamen Beratung beginnt die Fraktion der SPD. Es hat das Wort Herr Abgeordneter Isenberg. – Bitte schön!

Thomas Isenberg (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer hätte das vor circa elf Monaten gedacht, als wir uns zum ersten Mal über Corona unterhielten: Ungläubige Blicke über die Relevanz des Themas in diesem Hause, der allmählich zuwachsende Erkenntnisgewinn über die Dramatik der Lage, Hoffnungen, die sich auflösten, über eine regionale Eindämmung einer globalen Krise, über das Nichterfassen Kontinentaleuropas und der ganzen Welt. Das Weggehen der Illusion, dass Corona nicht mehr als eine leichte Grippe sei.

Wie viele von uns hat mich heute Morgen der Todesfall eines nahestehenden Mitglieds der SPD in meinem Wahlkreis erreicht. Ich gedenke der Toten, die diese Krise mit sich gebracht hat: 1 300 Tote in Berlin und inzwischen mehr, 38 000 Tote in Deutschland, täglich über 1 000 hinzukommend, 2 Millionen Tote weltweit. Wir haben die Spitze des Eisbergs noch nicht erreicht, erst recht nicht in der sogenannten Dritten Welt. Wachsende Armut, global zusammenbrechende Wertschöpfungsketten, alle Kollateralschäden, auch die der Nichtbehandlungsmöglichkeit von chronisch Kranken hier in den deutschen und europäischen Kliniken gar nicht erst benannt. Nur reduziert auf das Faktum des Lebensrettens, da, wo es notwendig ist, Behandlung zu garantieren, dieses weiter zu ermöglichen, ist Dramatik genug.

Wir spüren: Die Welt ist unsicherer geworden. Wir sehen, dass der Virus sich weiterentwickelt. Wir sind nicht sicher, ob Wohlstand im globalen Maßstab – auch nicht in Deutschland und Europa – aufrechterhalten werden kann, so wie wir es bisher gewohnt sind. Dennoch sehen wir, dass die Strategie des Senats, wie auch der anderen seriösen Regierungen in der Welt, bei weitem nicht erfolglos gewesen ist, sondern im Gegenteil: Sie war gewissermaßen alternativlos. Hätten wir sonst nicht schon längst ein globales Chaos, nicht nur im gesundheitlichen, sondern auch im ökonomischen System und auch in der Verfasstheit des Staatensystems insgesamt? Insofern war die Strategie, die wir hier vor neun Monaten gemeinsam beraten haben, nämlich zu sagen, wir wollen, dass die erste Welle so gering ist wie möglich, dass die Kurve flach gehalten wird, dass eine zweite, dritte oder auch vierte Welle möglichst weit in die Zukunft geschoben werden kann, damit die Gesundheitssysteme qualifizierter sind, als sie es vor neun Monaten waren, damit eine Chance auf eine Behandlung besteht, genau die richtige. Vor diesem Hintergrund meine ausdrückliche Unterstützung in toto zu den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz der letzten Tage.

[Beifall bei der SPD –
Beifall von Silke Gebel (GRÜNE)]

Ich sage ganz klar: Unser Ziel ist es, mögliche Wellen in die Zukunft zu setzen. Es kann sein, dass es eine dritte Welle gibt. Es kann sein, dass es auch noch eine vierte Welle geben wird. Wir wissen nicht, wann die Maßnahmen wie zurückgeführt werden können und wann wieder eine alte Normalität hergestellt werden kann. Was wir aber wissen, ist, dass wir momentan abhängig vom Zugang zu Medikamenten, zu Impfstoffen, sind. Genau da ist erstmalig Licht am Ende des Tunnels.

Wer hätte das gedacht, als die erste gute Botschaft, vor zwölf Monaten schon, in den Medien auftauchte, nämlich, dass die Gensequenz nach knapp acht Wochen identifiziert worden ist? Das ist die Grundlage für einen Impfstoff. Nach nur acht Wochen kannte die Welt die Gensequenz dieses Virus. Und jetzt haben wir die ersten Medikamente am Markt, und sogar schon Vorhalteressourcen der Firmen bevor eine Zulassung ausgesprochen worden ist. Das ist eine gute Nachricht. Aber dennoch, wir wissen nicht, wie lange es dauert, bis denn – gucken wir erst einmal in die sogenannte Erste Welt, bei uns beispielsweise in Deutschland – eine hinreichende Herdenimmunität durch Schutzimpfung gegeben ist. Das kann noch sehr lange dauern. Wir wissen auch nicht, wie lange die jeweiligen Impfstoffe vorhalten. Ist eine Zweitimpfung nach einem Jahr oder nach einem zweiten Jahr nötig? – Auch da gibt es zukünftig viel zu tun. Wir wissen auch nicht, was denn an Mutationen noch kommt. Wir sehen die Mutation aus England, welche, wenn sie denn dominierend würde auch in Deutschland, dann eine Beschleunigung des Infektionsgeschehens um einen wesentlichen Faktor, 40 bis 50 Prozent, als Ergebnis hätte, das heißt, unsere Eindämmungsbemühungen massiv konterkarieren würde.

Wir sehen eine Mutation aus Südafrika, welche nach den bisherigen Ergebnissen noch abgedeckt wäre von den Impfstoffen. Die Oberflächenproteine würden nicht so stark verändert sein, nach dem, was man im Moment weiß, dass die Impfstoffe, die wir jetzt kennen, nicht mehr wirken würden. Aber das ist Status quo nach einem Jahr Corona. Wir wissen, wir haben null Sicherheit, ob

(Thomas Isenberg)

und wann die erste Mutation kommt, die vielleicht sogar wesentlich alle Impferfolge schwächen würde.

Auch vor dem Hintergrund sind die Beschlüsse der MPK über Sequenzierung notwendig und richtig.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Zwei Minuten noch!

Thomas Isenberg (SPD):

Aber wir wissen, dass das Einzige, was wirkt, im Moment eben der Zugang zur Impfung ist. Von daher, Herr Bundesgesundheitsminister, ich schätze Sie sehr, aber das transportieren Sie bitte auch in der Öffentlichkeit weiter. Herr Bundesgesundheitsminister ist quasi mutiert zu einem Bundesankündigungsminister. Das jüngste Beispiel, Moderna, ist doch solch ein Fall. 50 Millionen Dosen Impfstoffe in einem Jahr gesichert für Deutschland, 2 Millionen davon nur für Berlin im Jahr 2021, 88 000 im ersten Quartal, nur 44 000 Menschen, die wir hier überhaupt erreichen mit dem angeblichen Heilsbringer Moderna. Wir müssen auch sagen, wo wir stehen. Wir können nicht suggerieren, dass das Problem gelöst wäre, Herr Bundesgesundheitsminister Spahn. Seien Sie ehrlich, zerstören Sie nicht das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik. Die Wahrheit ist, wir wissen momentan nicht, wann eine Durchimpfung erreicht werden kann. Sie wird nicht in den nächsten drei Monaten erreicht sein.

Das Gleiche sehen wir bei anderen Themen. Die Länder haben ihre Hausaufgaben gemacht. Fantastisch, wir könnten momentan sofort, was angekündigt war, impfen. Deshalb ist es natürlich richtig, die Produktion auszuweiten. Es ist gut, wenn Bayer versucht, mit anderen Firmen eine Impfalley national aufzubauen. Aber das reicht erst recht im globalen Maßstab nicht aus. Da ist das Instrument der weiteren Lizensierung in der Tat notwendig und richtig.

[Beifall bei der SPD –
Beifall von Katrin Seidel (LINKE)]

Der Berliner Senat hat seine Hausaufgaben gemacht, auch mit den minimalen Chargen die Bevölkerung sehr gut zu schützen. Wir haben inzwischen rund 45 Prozent der Heime mit mobilen Impfteams erreicht. Das ist über das Doppelte, fast das Dreifache dessen, was der bundesweite Durchschnitt ist. So wie wir die Medikamente haben, kommt der Rest der Bevölkerung leider langsam, aber nach und nach dran.

Wir brauchen eine zweite Strategie, das ist der Zugang zu den Schnelltests. Ich möchte, dass die jährliche Impfung genauso normal wird wie die jährliche Geburtstagsfeier, und ich möchte, dass der regelmäßige Schnelltest so normal wird wie das tägliche Frühstücksei oder die morgendliche Tasse Kaffee. Klar ist, solange das unsere einzigen Instrumente sind – Hygiene, Testen und Schnelltests –, werden wir, wenn denn irgendwann mal in einem halben oder einem Jahr eine hohe Durchimpfung in der Bevölkerung erreicht ist, uns natürlich auch auf ein neues Normal einstellen können müssen. Das mag dann bedeuten: Herstellung der Rechte, der Grundrechte für Geimpfte und insbesondere auch neue Zugangswege mit verpflichtenden Schnelltests. Aber noch mal: Wir wissen im Moment leider noch nicht einmal, ob denn jemand, der geimpft ist, obwohl er oder sie selbst geschützt ist, trotzdem jemand anderen anstecken kann. Auch das wissen wir noch nicht. Die ethische Debatte über ein neues Normal, die hat gerade erst begonnen. Die Aufgabe ist leider noch nicht bewältigt. Wir wissen auch nicht, ob es jederzeit noch dramatischer werden kann. Soviel gehört zur Wahrheit dazu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Silke Gebel (GRÜNE)]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Für die Fraktion der CDU hat das Wort der Abgeordnete Zeelen. – Vielen Dank! – Bitte schön!

Tim-Christopher Zeelen (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Deutschland ist durch die erste Welle der Pandemie besser gekommen als viele andere Staaten auf der Welt. Es war im Frühjahr insbesondere der Druck aus Bayern, durch den wir schrittgleich in unserer Stadt Berlin unser Leben hinuntergefahren haben. Dadurch konnten wir die Ausbreitung verhindern und uns sind Zahlen und Bilder wie aus Italien und Spanien in Deutschland Gott sei Dank erspart geblieben. Es ist uns damals auf beeindruckende Weise gelungen, die ältere Generation in unserer Stadt zu schützen. Das liegt daran, dass wir die Menschen erreicht haben, die Menschen mitgemacht haben, indem sie verzichtet haben, das liegt daran, dass unser Pflegepersonal, unsere Ärzte in den Krankenhäusern auf unglaubliche Weise ihren Job gemacht haben und es liegt auch daran, dass die politischen Entscheider in den Parlamenten unterschiedlichster Parteibücher ihren Job gut gemacht haben. Es liegt aber auch daran, dass Minister Spahn in seiner Zuständigkeit in den letzten Monaten ein Gesetz, eine Verordnung, eine Verordnung nach der nächsten zu treffen hatte, und sehr viele davon waren und sind zum Wohle unseres Landes getroffen worden.

Unsere Corona-Warn-App wird mittlerweile in mehreren europäischen Staaten genutzt. Wir haben die Maskenbeschaffung und Produktion angekurbelt, Schnelltests wurden bei uns in Deutschland entwickelt, in unserem Land wurde der vielversprechende Impfstoff von Biontech entwickelt, der Hoffnung für den ganzen Planeten mit sich bringt. Das ist ein Grund, auf unser Land gemeinsam auch einmal stolz zu sein.

(Tim-Christopher Zeelen)

[Beifall bei der CDU]

Nun wird früher geimpft, als es sich fast jeder vorstellen konnte.

Der Regierende Bürgermeister hat in seiner letzten Regierungserklärung in diesem Haus den Zwerg Allwissend enttarnt. Auch ich habe heute einen Zwerg Allwissend gefunden, in Form des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Raed Saleh.

[Sven Kohlmeier (SPD): He! Hört, hört!]

Denn der wusste offensichtlich schon im Sommer letzten Jahres, dass Biontech das Rennen machen wird. Beeindruckend, herzlichen Glückwunsch! Es bleibt allerdings die Frage: Warum haben Sie es keinem erzählt?

[Heiterkeit und Beifall bei der CDU –
Beifall von Florian Kluckert (FDP)]

Wir haben im ersten Lockdown gelernt, wie sehr uns die Grenzschließungen in Europa geschadet haben: Güter standen an den Grenzen, unkoordinierte Beschaffung für Masken und Infektionsmittel, keine abgestimmten Produktionen. Wer daraus gelernt hat, der kommt schnell zu dem Ergebnis, dass eine europäische Antwort einfach auf der Hand liegt.

Da Frau Kalayci ja immer betont, wie wichtig ihr der Rat von Professor Drosten ist, möchte ich mit Zustimmung der Präsidentin gern zitieren:

> Die Beschaffung des Impfstoffes

– hat er gesagt –

> ist so eine komplexe Angelegenheit. Man musste den Impfstoff mit Monaten Vorlauf bestellen – und wusste zu dem Zeitpunkt gar nicht, ob der betreffende Impfstoff auch funktionieren würde. Es ist jetzt praktisch unmöglich, das im Nachhinein zu bewerten.

Hört! Sie haben gesagt, Sie wollten Fragen stellen, Herr Regierender Bürgermeister.

[Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

Wer Fragen stellt, der bekommt auch gern Antworten.

[Mario Czaja (CDU): Raed Saleh
ist schlauer als Prof. Drosten!]

20 Kandidaten sind aktuell in der Verlosung um eine Zulassung mit einem Impfstoff. Deswegen hat man sich dazu entschieden, gestreut zu bestellen und nicht nur auf einen Kandidaten zu setzen. Es war schlicht nicht klar, wer zuerst das Rennen macht und zu welchem Zeitpunkt. Aus fachlicher Sicht ist die Aufteilung des Impfstoffes auch sinnvoll, weil trotz Begleitstudien Impfreaktionen und Folgewirkungen überhaupt noch nicht abschließend bewertet werden können. Es sind ausreichend Dosen bestellt worden. Sie werden auch Stück für Stück kommen. Die nächste Lieferung kommt bereits morgen in unserer Stadt an.

Es werden immer weitere Kraftanstrengungen unternommen, um Produktionsmöglichkeiten neu zu schaffen, zu kreieren. Bereits heute befindet sich Deutschland im weltweiten Vergleich unter den Top Ten, und das sollte man schlicht einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

[Beifall bei der CDU]

Dass es der SPD beim Fragenkatalog an Minister Spahn um die Sache geht, halten nach einer Umfrage 73 Prozent der Deutschen für unglaubwürdig und glauben eher, dass Sie die aktuelle Situation parteipolitisch nutzen wollen. Ihre Sehnsucht nach Opposition kennt wirklich keine Grenzen.

[Beifall bei der CDU]

Die Kassenärztliche Vereinigung hat im Dezember davor gewarnt, die Impfzentren zu früh zu öffnen, da klar war, dass die Verfügbarkeit des Impfstoffes bis Mitte Januar nur knapp sei. Senatorin Kalayci war es wichtig, im PR-Glanz zu stehen. Die Priorisierung der Pflegeeinrichtungen ist richtig, und wir unterstützen sie auch ausdrücklich. Hier sollte mit voller Kraft geimpft werden. Warum aber in den Einrichtungen nicht auch die Pflegekräfte gleich mit geimpft werden, ist schlichtweg nicht nachvollziehbar. Stattdessen schicken Sie die Pflegekraft aus Wittenau durch die ganze Stadt in die Arena nach Treptow.

Es wäre aus unserer Sicht richtig gewesen, in der ersten Runde auf die Pflegeeinrichtungen allein zu setzen. Hier kommen die meisten Infektionen und Todesfälle her; diese Einrichtungen brauchen unseren Schutz am dringendsten, vor allen Dingen in dieser Phase. Stattdessen vernichten Sie anscheinend sogar Impfstoff, weil Sie ihn nicht verimpft bekommen. Das sind keine guten Zeichen.

[Beifall bei der CDU]

Für genauso unverständlich halten wir es, warum Sie bei der Aufbereitung nicht auf die Erfahrung und Expertise der Apotheker in dieser Stadt setzen. Deswegen bringen wir heute abermals einen inhaltlichen Antrag dazu hier ins Plenum ein.

Sie versenden Briefe an 90-Jährige kurz vor Neujahr und wundern sich, warum die Hochbetagten am nächsten Tag nicht Schlange stehen. Dass es einen Taxigutschein gibt, ist eine gute Sache, aber in Ihrem Anschreiben an die Berliner ist davon gar nicht die Rede. Dass viele 90-Jährige nicht mobil sind, liegt auf der Hand. Dieser Transport kann oft nur durch Hilfsorganisationen oder Krankenfahrdienstunternehmen übernommen werden. Eine Regelung zur Kostenübernahme gibt es nicht.

Im Impfzentrum scheint die Aufbereitung ein Engpass zu sein, dafür braucht es womöglich mehr Räume und Örtlichkeiten. Was machen Sie eigentlich, Frau Kalayci, wenn wirklich 20 000 Impfungen in Berlin möglich sind? Ich fordere Sie im Namen der CDU-Fraktion dazu auf:

(Tim-Christopher Zeelen)

Konzentrieren Sie sich auf Ihre Aufgaben zur Bewältigung der Krise, da haben Sie einmal mehr genug zu tun.

[Beifall bei der CDU]

In der Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters haben Sie heute eine Säule der Bekämpfung vollkommen vergessen, nämlich die erste und wichtigste Säule: die Kontaktnachverfolgung. Bis heute gibt es in den Bezirken keine einheitliche Software; an den Melderückstand an den Wochenenden will ich mich nicht gewöhnen. Eine personelle Unterstützung der Mitarbeiter in den Bezirken aus Landesverwaltungen gibt es bis heute nicht. Auch hierzu haben wir als CDU-Fraktion immer wieder Parlamentsinitiativen und Anträge gestellt.

Den Vorsprung aus dem Sommer des letzten Jahres haben wir leider verloren. Seit dem Herbst steigen bei uns die Zahlen, deswegen war es folgerichtig, im November die Reißleine zu ziehen. Es hat aber nicht gereicht, und deswegen mussten wir kurz vor Weihnachten zu verschärfenden Maßnahmen kommen. Auch das hat nicht gereicht. Nun hat man sich folgerichtig dazu entschieden, weiter zu bremsen. Und auch das ist angesichts der Fallzahlen aus unserer Sicht richtig.

Herr Bürgermeister Müller! Wie man sich heute mit einem kräftigen „Stay at home!“ hier hinstellen kann, aber ab dem 18. Januar Eltern, Kinder und Lehrer wieder für drei Stunden Schule in die Busse und U-Bahnen unserer Stadt setzt, das will mir einfach nicht einleuchten. Sie haben gestern selbst gesagt, dass die Straßen noch zu voll sind, und in der Phase sorgen Sie für mehr Bewegung. Das halten wir als CDU-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt für grundlegend falsch.

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Vallendar?

Tim-Christopher Zeelen (CDU):

Gerne!

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Herr Vallendar, Sie haben das Wort. Bitte!

Marc Vallendar (AfD):

Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen! – Sie erzählten ja, wie toll niedrig die Zahlen im Sommer waren, obwohl die Maßnahmen auch niedriger waren. Im Winter sind die Maßnahmen angezogen worden, trotzdem sind die Zahlen gestiegen. Könnte es nicht einfach damit zusammenhängen, dass Corona sich im Winter leichter überträgt, einfach weil es kälter ist, und im Sommer einfach die Wärme dazu geführt hat, und dass die Maßnahmen der Bundesregierung gar nichts mit der Verbreitung des Virus zu tun gehabt haben?

[Torsten Schneider (SPD): Du meine Güte!]

Tim-Christopher Zeelen (CDU):

In welchen Kreisen Sie privat unterwegs sind, haben Sie mit dieser Frage offenkundig gerade selbst beantwortet. Ich gebiete Ihnen, einfach mal mit Ihrem Kollegen, dem einzigen Arzt in Ihrer Fraktion, Rücksprache zu halten. Das ist übrigens auch der einzige Kollege, der im Haus konsequent eine Maske trägt; auch das würde mir an Ihrer Stelle zu denken geben. Ansonsten ist die Übertragung immer die gleiche: Sie entsteht zwischen Menschen, sie entsteht dort, wo viel Kontakt möglich ist. Das ist das, was uns im Frühjahr besser gelungen ist als in den letzten Monaten: Dass die Kontakte sich eben nicht so stark reduziert haben. Deswegen sind die Maßnahmen, die jetzt von der Bundeskanzlerin, angestoßen durch die Ministerpräsidenten, auf den Weg gebracht wurden, vollkommen richtig. Den Rest überlasse ich gern Ihren Kreisen, in denen ich mich Gott sei Dank nicht so gut auskenne.

Wir haben gestern über 1 300 Neuinfektionen in Berlin gehabt. Der Rückstau der Labore über die Feiertage ist nicht abgearbeitet. Niemand weiß, wie sich die Bewegungen zu Weihnachten und Silvester niedergeschlagen haben. Gerade weil wir eine Perspektive für Schulen und auch für die Wirtschaft brauchen, wäre es aus unserer Sicht umso wichtiger, jetzt auch bis zum Ende der Schulwinterferien durchzuhalten und die Kontakte weiter zu reduzieren. Die hohen Fallzahlen aus England mit über 60 000 Neuinfektionen am Tag zeigen doch, dass die jetzige Mutation offensichtlich ansteckender ist als andere. Warum sich die für Gesundheit zuständige Senatorin hier nicht fachlich durchsetzen kann, ist mir nur mit einem mangelnden Vertrauen der Senatskollegen in ihre Expertise zu erklären. Ansonsten gibt es überhaupt keine Argumentation, hier mit Blick auf die Fallzahlen anders zu entscheiden.

Ich möchte abschließend gerne noch einmal zwei Dinge, die für uns wichtig sind, hervorheben. Das eine ist, die Menschen weiter davon zu überzeugen – Herr Vallendar –, dass die Kontaktreduzierung notwendig ist und jetzt eben auch notwendiger ist als noch vor vielen Wochen. Zweitens: Wir müssen die Menschen davon überzeugen, dass der Impfstoff sicher ist und für uns den Weg aus der Pandemie zurück zur alten Normalität bedeutet. Dafür sollten wir gemeinsam werben, wo immer wir es können. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Die SPD-Fraktion hat eine Zwischenbemerkung angemeldet. – Herr Abgeordneter Schneider, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Torsten Schneider (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich halte die Frage der Impfung für die gesellschaftspolitisch wichtigste Frage weltweit in diesem Jahr, und ich will Ihnen das auch begründen. Ich sehe mich deshalb dazu veranlasst, weil ich den Eindruck habe, dass Sie in der CDU-Fraktion – jedenfalls hier im Haus – die der Wichtigkeit dieser Frage angemessene Ernsthaftigkeit vermissen lassen.

Ich habe vorhin versucht, darauf hinzuweisen, dass wir doch vielleicht einmal den Versuch unternehmen, uns von diesem ganzen Gestrüpp zu entkleiden: „Der hat gefragt“, „Die Kalayci hat irgendeinen Termin versemmelt“ – übrigens ist das ja wohl eher eine Kritik an Ihrem Kollegen Czaja, deswegen habe ich vorhin schon mal rübergefrotzelt, ob das schon eine Rolle bei Ihrer Vorberatung in der Fraktion gespielt hat –, „Wer die Impfstofffrage kritisiert, ist antieuropäisch“, „Das ist Wahlkampf“, „Das ist jenes und welches“ und was weiß ich. „Da braucht man ein Kuchenrezept“, von Zahnstochern habe ich von den Grünen schon gehört.

Lassen Sie doch einmal den Versuch zu, diese Motive alle beiseitezuschieben. Alle! 4 Milliarden Impfdosen sind weltweit bestellt – weltweit. Das genügt zur Immunisierung von 2 Milliarden von 8 Milliarden Menschen. Das ist eine Faktenlage. Die Impfdosen, die da sind, haben dazu geführt, dass der Bundesgesundheitsminister in den Ländern dafür gesorgt hat, Infrastruktur zu schaffen, um 400 000 Menschen am Tag zu impfen, 20 400 in Berlin. Das ist eine Faktenlage. Und dass wir ein Produktionsdefizit haben, ist doch vollkommen unstreitig, das sagen sogar alle, die das herstellen. Natürlich hat das mit dem Aspekt von Vergesellschaftung zu tun. Ja, selbstverständlich! Aber da sage ich jetzt mal in Richtung Berlin: Wer in Friedrichshain-Kreuzberg oder in der ganzen Stadt 250 000 Wohnungen vergesellschaften will, der sollte doch in einer Frage, wo es um Leben und Tod geht, bereit zu einer Teilvergesellschaftung sein. Das ist die gesellschaftspolitische Kernfrage dieses Jahres, und die bekommen Sie nicht wegdiskutiert.

[Beifall bei der SPD und der LINKEN –
Carsten Ubbelohde (AfD): Sie haben nichts
dazugelernt! Ihre Lösungskonzepte sind doch
von Karl Marx! Das ist doch Unsinn!]

– Sie interessieren mich nicht, also brabbeln Sie mir nicht rein – denn Sie leugnen ja, dass wir ein Problem haben, dann brauchen Sie sich an der Problemlösung auch nicht zu beteiligen. Das ist doch Quark.

[Beifall von Dr. Susanne Kitschun (SPD)
und Carsten Schatz (LINKE)]

Die Lösungskonzepte, die weltweit gerade gelten – und da stimme ich Ihnen zu –, haben das Level eines Konzepts aus dem Mittelalter. Das ist leider so, weil wir kein Medikament und keinen Impfstoff haben. Wir wissen nur mehr als im Mittelalter, eins nämlich ganz genau: Die Zugbrücke um die Burg hochzuziehen, schützt nicht vor der Pest. Das haben wir gelernt, und deshalb ist die Pandemie deutschland-, berlin- und weltweit im Kontext zu bekämpfen.

[Beifall bei der SPD und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Die Kernfrage, die derzeit zu lösen ist – jenseits dieser wirklich schwachen Versuche, von Zahnstochern oder von Impfterminen zu reden –: Wir brauchen schnell mehr Impfstoff – das ist nur eine Tempofrage und keine Orderfrage, keine Bestellungsfrage, keine Patentfrage; es ist eine Zeitfrage –, und zwar im Faktor 5. Die Kanzlerin hat das verstanden, sogar Putin hat das verstanden. Und jetzt müssen Sie von der CDU Ihrer diesbezüglichen Verantwortung gerecht werden, statt hier so kleinteilig eine Verteidigungsstrategie zu führen, die überhaupt keine Aussicht auf Erfolg hat!

[Beifall bei der SPD und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Herr Abgeordneter Zeelen! Sie können erwidern. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Tim-Christopher Zeelen (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Herr Schneider! Dass Ihnen das unangenehm ist, über Details zu sprechen, glaube ich gut und gerne, denn da gab es genug Fragen, die man in dieser Pandemie im letzten Jahr an die Senatorin und an den Senat stellen konnte. Aber ich habe heute in meiner Rede nicht viel über Kleinigkeiten, sondern ausführlich darüber gesprochen, dass die Zuständigkeit dafür, das Impfen auch durchzuführen, und dafür, wo wir Prioritäten setzen, in der Verantwortung des Landes Berlins liegt, und ich habe einmal mehr ganz konkrete Vorschläge gemacht, wo wir Prioritäten sehen. Aber ich rede mit Ihnen auch gerne über das große Ganze. Wenn Sie Ihren Traum von Vergesellschaftung, den Sie in anderen Politikbereichen haben, hier fortsetzen wollen, dann sind wir ausdrücklich anderer Auffassung. Wir hätten heute gar keinen Impfstoff, wenn das so gewesen wäre, weil es gar kein Unternehmen mehr gibt, das in die Vorleistung tritt, in die Unsicherheit tritt, um am Ende des Tages einen Impfstoff zu produzieren.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Carsten Schatz (LINKE): Unsinn! Wie viel
öffentliches Geld ist da hineingeflossen!]

(Tim-Christopher Zeelen)

Deswegen habe ich Ihnen auch ganz deutlich gemacht – und ich würde Ihnen empfehlen, hierzu mit dem Kollegen Isenberg vielleicht mal einen Kaffee zu trinken, zumindest digital –: Es gibt mehr als nur den einen Anbieter auf dem Markt.

[Torsten Schneider (SPD): Bringen Sie Impfstoff her!]

Es gibt mehr als den einen Kandidaten.

[Torsten Schneider (SPD): Bringen Sie Impfstoff her!]

Und es gibt nach wie vor noch Risiken, die Sie und ich gar nicht kennen, und deswegen ist es gut und richtig, auf mehrere Pferde zu setzen. Die Bundeskanzlerin hat bereits am Anfang der Woche mit den zuständigen Ministern dafür Sorge getragen, dass es in Marburg eine weitere Produktionsstätte für den Biontech-Impfstoff gibt, und jetzt gibt es andere Kandidaten, die durch die EMA zugelassen werden, und wir nähern uns Stück für Stück dem Ziel, mehr Impfstoff möglich zu machen. Das, was Sie und Ihre Partei angezettelt haben, aus parteitaktischen Manövern, ist das Gegenteil von dem, was Verantwortung heißt.

[Torsten Schneider (SPD): So ein Quatsch!]

Das wissen Sie ganz genau. Es ist schädlich, es schafft kein Vertrauen in das Thema Impfung, und deswegen empfehle ich Ihnen, erst Ihre Hausaufgaben zu machen, bevor Sie mit dem Finger auf andere zeigen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Torsten Schneider (SPD): Bringen Sie Impfstoff her!
Das werden Sie nicht mehr los in diesem Jahr!
Das hat drei Buchstaben: C, D, U –
und drei Gesichter: Spahn, Merkel, von der Leyen!]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Für die Fraktion Die Linke hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Albers. – Bitte schön!

Dr. Wolfgang Albers (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Es ist heute schon vieles gesagt worden, und man will nicht redundant werden. Deswegen nur einige kurze Anmerkungen zu den vier Anträgen, die wir heute als dringlich zu behandeln haben: Zunächst zu dem Antrag, Berlins Apotheker bei den Impfzentren besser einzubinden: Ich denke, die Lösung, die jetzt praktiziert wird, ist akzeptabel. Nun mag der Impfstoff, der momentan noch als Einziger verimpft wird, was Transport und Lagerung angeht, eine Diva sein, wie Herr Czaja das genannt hat, aber die Zubereitung einer Impfdosis vor Ort ist nun wirklich keine Geheimwissenschaft, sondern für medizinisches Personal geübte und alltägliche Praxis. Der vermeintliche Vorteil, den Sie reklamieren, rechtfertigt nicht den zusätzlichen Aufwand. Und warum pharmazeutische Mitarbeiter von Zeitarbeitsfirmen deswegen ungeeignet sein sollen, weil sie vor allem für die künftige Arbeit nicht über die Skalierbarkeit verfügen, erschließt sich mir weder logisch noch semantisch.

Dann geht es um zwei Anträge, die Gesundheitsämter besser auszustatten, technisch wie personell. Das ist ein Thema aus der Vor-Coronazeit. Die Pandemie macht einfach die Versäumnisse der Vergangenheit noch einmal deutlich. Die fallen uns jetzt mächtig auf die Füße. In der Tat, jahrelang ist über den öffentlichen Gesundheitsdienst nur unter dem Aspekt diskutiert worden, was da an Leistung wegfallen kann, was in Gewährleistung zu geben ist und wie viele Personalstellen dadurch eingespart werden können. Wir haben als Rot-Rot-Grün damit Schluss gemacht, lange vor Corona, und haben ganz bewusst in unserer Koalitionsvereinbarung die Bedeutung des Gesundheitsdienstes als dritte, ganz wesentliche Säule in unserem Gesundheitswesen herausgestellt. Wir haben dazu zusätzliche und neue Stellen geschaffen – 400 seit 2017 –, und wir haben eine Übergangslösung für die Angleichung der Gehälter der Ärztinnen und Ärzte an das Tarifniveau der Krankenhausärzte gefunden. Trotzdem können nicht alle Stellen besetzt werden. Es fehlt an Bewerbern. Das ist aber keineswegs nur ein Berliner Problem.

Und ja, ein Kontaktpersonen-Managementprogramm wie SORMAS macht in einer Pandemielage Sinn, und es wird deshalb ja auch bereits seit April genutzt. Allerdings ist die Einführung im laufenden Pandemiebetrieb wohl nicht so ohne Weiteres allumfassend und nebenbei zu leisten, sodass die Gesundheitsämter in der Fläche noch nicht alle in der Lage sind, die Software entsprechend zu nutzen. Kollege Schlömer hat dazu im Dezember eine umfangreiche Anfrage gestellt und auch eine entsprechende Antwort bekommen. Insofern fehlt es hier nicht am politischen Willen, und es braucht deshalb auch keine zusätzliche parlamentarische Aufforderung.

Kommen wir noch kurz zum Antrag der Koalition. Er ist ja weitestgehend selbsterklärend, dennoch drei kurze Anmerkungen dazu: Seit Monaten debattieren wir nun über die bevorstehende Zulassung von Impfstoffen. Verständlicherweise sind große Hoffnungen damit verbunden, und entsprechend groß ist dann auch die Erwartungshaltung. Die ist politisch auch bewusst geschürt worden. Nun sind die ersten Impfstoffe zugelassen, und jetzt beginnt plötzlich eine Debatte über vermeintlich nicht ausreichende Produktionsmengen, und die Kanzlerin muss eine entsprechende Arbeitsgruppe bilden und die Angelegenheit zur Chefsache machen, weil ihr Gesundheitsminister eben nun Opfer dieser Erwartungshaltung geworden ist, die er in seiner demonstrativen Omnipotenz politisch ständig selber geschürt hat.

Der Regierende Bürgermeister hat in diesem Zusammenhang vorhin von notwendigen Fragen gesprochen, zu Bestellmengen und Verträgen. Ja, richtig, aber da frage

(Dr. Wolfgang Albers)

ich mich dann schon, warum diese Fragen erst jetzt gestellt werden. Sowohl in der Runde der Ministerpräsidenten wie in der Gesundheitsministerkonferenz hätten die Zahlen zur erwarteten Produktion und zur Verteilung, zu den Inhalten der Verträge und der Vorverträge mit verschiedenen Unternehmen längst hinterfragt werden können. Natürlich kann man das im Nachhinein nicht bewerten, aber man hätte es rechtzeitig problematisieren können, weil die zu erwartenden Probleme schon damals deutlich wurden. Offenbar fehlte es hier nicht nur an der notwendigen Transparenz, sondern auch an der Bereitschaft, diese Transparenz rechtzeitig herzustellen. Wir haben ja konkrete Zahlen bekommen. Die Senatsverwaltung hat uns 720 000 Impfdosen zugesagt. Wenn Spahn da die Unwahrheit gesagt oder falsche Zahlen genannt hat, dann muss man das öffentlich so benennen, und dann ist er auch dafür in die Verantwortung zu nehme.

Was die Vergesellschaftung anbetrifft, Herr Zeelen, so ist das ein wunderbares Beispiel dafür, welche Funktion eine funktionierende Weltgesundheitsorganisation haben könnte:

[Beifall von Carsten Schatz (LINKE)
und Thomas Isenberg (SPD)]

Im internationalen Kontext mit internationaler Forschung, öffentlich finanziert und jenseits von jedem Patentschutz Impfstoffe zu finden und herzustellen, die man auf der ganzen Welt braucht! Und dann hätten wir diese ganzen Scherereien gar nicht.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Die kommen nur dadurch zustande, weil es in erster Linie um Profitorientierung und um den Schutz von Patenten geht. Über Patentschutz und Lizenzproduktion zu diskutieren, ist deshalb in diesem Zusammenhang wichtig. Es hilft uns aber nicht über die aktuellen Engpässe in der Produktion hinweg. Das hätte man rechtzeitig machen müssen, weil auch eine Produktion in Lizenz entsprechende Produktionsstätten und die notwendigen Materialien und somit auch einen zeitlichen Vorlauf von Wochen bis Monaten braucht.

Ein Wort zur Impfstrategie: Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich Probleme mit der bundesweiten Impfstrategie und der entsprechenden Empfehlung der Ständigen Impfkommission habe, und ich will das auch deutlich sagen: Ja, es ist richtig, eine 101-Jährige demonstrativ zuerst zu impfen. Das ist das richtige Symbol. Aber genauso wichtig und ein genauso wichtiges und notwendiges Symbol wäre es, die betreuende Pflegekraft, den impfenden Arzt und den Rettungssanitäter ebenfalls und gleichzeitig mit der alten Dame zu impfen. Wir wollen dieses Gesundheitssystem vor Überlastung schützen, und dann müssen wir die Menschen, die sich in diesem System tagtäglich um die Erkrankten kümmern und sich der Gefahr einer Infektion aussetzen, weil sie anderen helfen, ebenfalls schützen, schon ganz pragmatisch, damit sie für die Versorgung am Bett nicht ausfallen, denn auch der Ausfall führt zu Überlastung.

[Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Karsten Woldeit (AfD)]

Zweite Anmerkung: Nach allem, was wir bisher wissen, besteht ein relativ sicherer Impfschutz erst eine Woche nach der erfolgten zweiten Impfung, die der ersten nach drei Wochen folgen soll. Die aktuelle Debatte, diese zweite Impfung zu strecken, ist rein politisch motiviert und medizinisch nach bisheriger Erkenntnis nicht zu verantworten. Wir sollten sie tunlichst unterlassen, wenn wir die Akzeptanz für die Impfung nicht unnötig belasten wollen.

[Beifall bei der LINKEN]

Letztlich noch zu den Antigen-Schnelltests, die niedrigschwelliger als Heimtests zur Verfügung gestellt werden sollen: Unbestritten erfüllt ein Schnelltest eine wichtige Funktion, wenn man durch eine einfache Methode mit großer Sicherheit einen Virusträger erkennen und damit sensible Bereiche z. B. in Krankenhäusern und Alten- und Pflegeheimen schützen kann. Umso unverständlicher ist, warum ein entsprechender Beschluss der Ministerpräsidenten zur Anordnung dieser Tests – Personal und Bewohner endlich mehrfach wöchentlich zu testen – erst am 13. Dezember gefasst wurde.

Kritisch anzumerken ist aber: Mittlerweile sind mehr als 300 solcher Tests beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte gelistet; zertifiziert ist meiner Kenntnis nach noch keiner davon. Viele dieser Tests haben sich mittlerweile sicher bewährt und sind bei richtiger Anwendung verlässlich, aber entsprechende Untersuchungen auch der Charité haben bereits gezeigt, dass das nicht für alle auf dem Markt vorhandenen Tests gilt. Da finden sich unter den Anbietern, die beim Bundesinstitut gelistet sind, eine Firma aus Lübeck, die bisher mit Tankreinigungen ihr Geld gemacht hat, ein Elektronikhändler, der ansonsten USB-Sticks verkauft, sowie eine Firma, die bisher Licht- und Windmesser hergestellt hat. Um eine FFP2-Maske in der Apotheke zu verkaufen, braucht es ein zwölf DIN-A4-Seiten langes Zertifikat. Für einen Schnelltest reicht ein einfacher Beipackzettel des Herstellers oder des Großhändlers. Diese Tests dürfen nicht zum Geschäftsfeld für Glücksritter werden, schon gar nicht, wenn sie den Zugang zu Alten- und Pflegeheimen öffnen sollen. Wenn wir dieses Feld öffnen, gibt es sicherlich hinsichtlich der Qualitätskontrolle noch dringenden und eiligen Handlungsbedarf. – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Neuendorf das Wort. – Bitte schön!

Dr. Dieter Neuendorf (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Meine Damen und Herren! Ich vertrete hier meinen Kollegen Herbert Mohr, der sich noch in Quarantäne befindet.

[Ah! von der LINKEN und den GRÜNEN – Zuruf von links: Was ist denn los? Wo ist das Problem?]

Der Schnelltest bei ihm fiel positiv aus. – Ich erwähne das hier ganz bewusst. Ein Arzt in seiner Familie hatte natürlich Kontakt mit Patienten. Auch dieses aktuelle Beispiel spricht für den umfassenden Einsatz von Schnelltests. Die zwar geringere Sensitivität wird durch den schnellen Befund und die flexibel häufige Anwendung wettgemacht. Dies relativiert keinesfalls die Anwendung des PCR-Tests, ist aber ein wichtiger Faktor für die dringend notwendige großflächige Anwendung. Der Ausweitung von Schnelltests stimmen wir also zu.

Mit großen Hoffnungen haben viele Menschen dem Beginn des Impfens entgegengesehen. Umso größer ist der berechtigte Unmut über den holprigen Beginn. Am 27. Dezember konnten die ersten Menschen in einem Pflegeheim in Steglitz geimpft werden. Die Vorfreude war groß, doch kurz darauf folgte die Ernüchterung, da die versprochenen Impfdosen nicht wie erwartet geliefert werden konnten. Deshalb wurde das bislang erste von insgesamt sechs Impfzentren in der Arenahalle in Treptow schon nach zwei Tagen wieder geschlossen. Vor dem Jahreswechsel erhielt Berlin insgesamt 58 500 Impfdosen. Das reichte in erster Linie für die Bewohner der Pflegeheime.

In der aktuellen Ausgabe des „Deutschen Ärzteblatts“ wurde das Problem auf den Punkt gebracht:

> Zu zögerlich, zu geizig, strategisch falsch –
>
> [Beifall bei der AfD]
>
> diese Vorwürfe muss die EU sich derzeit in Bezug auf die Beschaffung von Impfstoffen gegen COVID-19 gefallen lassen.

Frau Prof. Frauke Zipp von der Leopoldina legt den Finger in die Wunde. Sie wirft der Regierung vor, zu wenig Impfdosen bestellt zu haben. Von der deutsch-amerikanischen Kooperation zwischen Biontech und Pfizer gab es umfängliche Angebote. Der aktuellen Presse war zu entnehmen, dass die Gesundheitsminister der Niederlande, Frankreichs, Italiens und Deutschlands anfangs durchaus aktiv waren. Aber offenbar hat Kanzlerin Merkel das Verfahren im Juni an die EU-Kommission, an Ursula von der Leyen übergeben. Es sollte ein nationaler Wettlauf verhindert werden und stattdessen eine Geste für die europäische Einheit herüberkommen. Das Gegenteil ist dabei herausgekommen. Die EU-Kommission verzögerte die Verhandlungen mit Biontech/Pfizer: Trödelei, Verantwortungsflucht und Inkompetenz. Es ist für uns unerklärlich, warum die EU-Kommission so wenig Impfdosen bestellt hat. 2 Milliarden Euro waren für dieses lebenserhaltende Vorhaben eindeutig zu wenig. Vergleichen Sie diesen Betrag mit dem Umfang an Hilfszahlungen in der Coronapandemie!

Auch Vereinbarungen mit der US-Firma Moderna sind viel zu gering bemessen. Gestern erfolgte die EU-Zulassung für diesen Impfstoff. Warum hat die deutsche Regierung nicht frühzeitig parallel Vereinbarungen mit Pharmaunternehmen gemacht, um Zukäufe zu sichern? – Mit Biontech in Mainz ist das erst Ende Dezember zustande gekommen. Wir hoffen auch auf die Zulassung des Impfstoffs des Tübinger Unternehmens Curevac.

Viele Berlinerinnen und Berliner verstehen nicht, dass in einem Land, das Coronaimpfstoffe produziert, nicht genug für die eigene Bevölkerung bereitsteht.

[Beifall bei der AfD]

Das Argument, einmal zu viel Impfdosen vorrätig zu haben, ist kaum glaubhaft. Schließlich wissen wir noch zu wenig über die Praktikabilität und die Langzeitwirkung der einzelnen Impfstoffe; darauf haben mehrere Kollegen schon hingewiesen. So muss das Produkt von Biontech/Pfizer bei minus 70 Grad gelagert werden. Das ist bei der erforderlichen Menge eine logistische Herausforderung. Auch der andere mRNA-Impfstoff von der Firma Moderna muss sehr kühl gelagert werden, um lange genug haltbar zu bleiben. Mit einem anderen Wirkmechanismus steht der Vektorimpfstoff von Astrazeneca in den Startlöchern. In der Handhabung ist er einfacher und deutlich billiger.

Ohne Frage ist es sinnvoll, mehrere Impfstoffoptionen zu haben. Dabei spielen drei Entscheidungsfaktoren eine Rolle: Erfolgsprognosen, Möglichkeiten der Massenproduktion und Verteilung – und nicht zuletzt der Preis. In Ihrem Antrag fordern Sie, die Möglichkeiten der Lizenzvergabe und der Produktionsanordnung zu nutzen. Herr Schatz hat das in seiner Rede auf den Punkt gebracht: Vergesellschaftung der Produktion. Die Lizenzvergabe an andere Pharmaunternehmen ist aus juristischen Gründen ohne Zustimmung der Firmen, die den Impfstoff entwickelt haben, nicht möglich. Hier greift das internationale Patentrecht.

[Torsten Schneider (SPD): Das ist ja Quatsch! – Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)]

Von staatlicher Seite darf nicht ohne Weiteres in den Wettbewerb der Pharmaunternehmen eingegriffen werden, denn – Herr Schneider, hören Sie zu! –

[Torsten Schneider (SPD): Lesen Sie mal das Gesetz! Das habe ich dem Kollegen auch gesagt!]

Wettbewerb macht erst Fortschritte in der Forschung möglich. Deshalb lehnt die AfD diesen Teil Ihres Antrags strikt ab. Das kann auch nicht in wenigen Monaten umgesetzt werden. Und wenn es fertig ist, wird es vielleicht nicht mehr gebraucht. Herr Zeelen wies schon darauf hin, dass es ganz viele Pharmaunternehmen gibt, die hier in

(Dr. Dieter Neuendorf)

der Spur sind. Das ist wieder mal ein Griff in die Politbüromottenkiste von damals.

[Beifall bei der AfD –
Frank-Christian Hansel (AfD): Richtig!]

Die schnelle Entwicklung der verschiedenen Coronaimpfstoffe ist ein gutes Beispiel für freies Unternehmertum. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die Bundesregierung und die EU ebenfalls schnell und zielgerichtet gearbeitet hätten.

Jeder Bürger, der sich freiwillig für eine Impfung entscheidet, sollte in den nächsten Monaten auch die Möglichkeit dazu bekommen. Das sind wir den Berlinerinnen und Berlinern schuldig. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

[Beifall bei der AfD]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Ich will noch mal daran erinnern, wenn es Wortmeldungen gibt, das bitte mit Handzeichen anzuzeigen, da die technischen Möglichkeiten hier nicht gegeben sind.

[Torsten Schneider (SPD): Zwischenbemerkung!]

– Dann nehmen wir das als Zwischenbemerkung der SPD hin. – Herr Isenberg, Sie haben das Wort. – Bitte schön!

Thomas Isenberg (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schneider hat eben richtigerweise ausgeführt, warum die Dramatik so groß ist, dass wir mehr Impfstoffe brauchen. Die Skalen sind dargelegt worden. Wir reden nicht nur über kleine Mengen, sondern global über ein Versorgungssicherheitsproblem.

Jetzt kann man ordnungspolitisch unterschiedlicher Meinung sein, was das richtige Instrument wäre, um ein Wirtschaftssegment zu reglementieren: Wie viel soziale Marktwirtschaft, und was sind die Leitplanken davon? Was sind die Leitplanken im Welthandelsrecht? Was sind die Leitplanken in der Verfügbarkeit über Patente? Wie viel Kapitalismus ist möglich, wie viel Sozialismus ist nötig?

[Karsten Woldeit (AfD): Null!]

Da kann man sich unterschiedlich nähern.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Nein!]

Man kann über Staatsmonopolkapitalismus reden, man kann ihn kritisieren. Wir schätzen die Vorteile einer pluralen Gesellschaft mit dem Wirtschaftssystem, das wir hier haben.

Fakt ist aber, dass nach dem internationalen Patentrecht und erst recht nach den Regelungen des Deutschen Bundestages, wenn die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet ist, durchaus in das geistige Eigentum eingegriffen werden darf und kann, um eben eine souveräne Handlungsfähigkeit des Souveräns Staat XYZ sicherzustellen – dann kann eine Lizenz entzogen und genommen werden, dann kann eine Auftragsvergabe erfolgen, dann kann eine Zwangslizensierung erfolgen.

Ich sage nicht, dass das politisch ein Leitbild ist, was man haben muss oder was wir für die Industriepolitik im Bereich der Pharmaindustrie haben. Ich sage aber durchaus, dass wir uns vor dem Hintergrund der Coronakrise in einer Dramatik befinden – und das ist etwas anderes, als was Sie von der AfD gerade dargestellt haben –, die es notwendig macht – so wie damals schon die Debatte bei den HIV-Präparaten, den Medikamenten, wo das nur durch solche Eingriffe gewährleistet werden konnte, gerade in Dritte-Welt-Staaten.

Da reden wir von einer großen Dimension. Wenn die Industriebranche das nicht alleine hinbekommt – danach sieht es derzeit aus, schauen wir mal –, dann muss dieses Register gezogen werden. Das führt dann auch Erstattungsansprüche, das führt auch Verhandlungsfragen mit sich, aber es kann nicht sein, dass die Welt zuguckt und untergeht, während die einzigen Hoffnungsträger unter Umständen nicht global bereitgestellt werden.

Insofern ist die von der Koalition geforderte Debatte und der Handlungsrahmen, den wir hier einfordern, nicht unlogisch und auch nicht ideologisch, sondern er ist logisch. – Danke!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –
Torsten Schneider (SPD): Die AfD liest
mal das Gesetz! Das ist übrigens eine Erfindung
von Herr Spahn. Er hat sich das gewünscht,
er muss es sich nur erfüllen!]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Herr Dr. Neuendorf, möchten Sie erwidern? – Dann haben Sie das Wort, bitte schön!

Dr. Dieter Neuendorf (AfD):

Wissen Sie, Herr Isenberg, es ist gar keine Frage, dass es in der Menschheitsgeschichte auch mal Situationen gibt, wo das notwendig ist, wo man eingreifen kann. Ich erwähne nur mal den Chef der Firma Biontech/Pfizer, der Herr Şahin. Der hat gesagt, dass es durchaus möglich wäre, die entsprechenden Impfstoffe zu produzieren. Es gibt beispielsweise auch Genehmigungsverfahren des Pharmagiganten Johnson & Johnson, und wenn der mit seiner Zulassung auf dem Markt ist – ich gehe mal davon aus –, dann brauchen Sie hier keine Verstaatlichung, dann brauchen Sie keinen Sozialismus mehr.

(Dr. Dieter Neuendorf)

Es ist nur die Frage, dass es innerhalb der zehn Monate gar nicht anders möglich war, und wir können doch ganz froh sein, dass durch den marktwirtschaftlichen Wettbewerb zwischen den Firmen ein Wettlauf entstanden ist.

[Zurufe von Torsten Schneider (SPD) und Carsten Schatz (LINKE)]

Ich weiß noch, wie es in der DDR mit der Planwirtschaft war. Da gab es keinen Wettbewerb, sondern nur Dirigismus. Da ist auch in Pharmafragen nicht viel herausgekommen. Es ist gar keine Frage, dass wir, wenn wir genug Impfstoffe haben – dass will ich hier auch noch mal sagen: in erster Linie für unser Land und für unsere Stadt –, wenn wir enorm viele Impfstoffe haben – und Deutschland wird viel produzieren –, dann an unsere Nachbarländer denken, und dann ist es bei einer Pandemie logisch, dass natürlich auch ärmere Länder versorgt werden müssen. Das ist aber eine andere Sache, als das, was Sie als Koalition vorgeschlagen haben. – Danke!

[Beifall bei der AfD –
Carsten Schatz (LINKE): Im Gegenteil! –
Torsten Schneider (SPD): Das ist Impfnationalismus! –
Frank-Christian Hansel (AfD): Besser als Impfkommunismus! –
Torsten Schneider (SPD): Lieber ein paar Millionen - sterben lassen! –
Frank-Christian Hansel (AfD): Das ist immer noch kein Ebola! –
Torsten Schneider (SPD): Sie meinen, hier mal ein paar Millionen, da mal ein paar Millionen?]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Ich verstehe die Emotionalität der Debatte sehr wohl, aber trotzdem hat jetzt die Frau Abgeordnete Pieroth-Manelli für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort und nur Frau Pieroth-Manelli. Ich bitte, alle anderen Gespräche nach draußen zu verlagern. – Bitte schön, Frau Pieroth!

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Isenberg! Liebe SPD! Aufregung allein nützt nichts.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Beifall von Martin Trefzer (AfD)]

Ich sage es Ihnen gleich ganz ehrlich: Meine Fraktion und ich waren von diesem Impfantrag gleich in der ersten Woche nach dem Impfstart nicht begeistert. Natürlich kann es nicht schaden, den Bundesgesundheitsminister und jetzt auch die Impfchefin Angela Merkel noch einmal daran zu erinnern, welchen Handlungsspielraum sie bei der Herstellung von Arzneimitteln und darunter den Impfstoffen haben. Zeit spielt auch eine wichtige Rolle. Aber: Bleiben wir Schuster hier in Berlin mal bei unseren Leisten, Herr Schneider.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Florian Kluckert (FDP) und Martin Trefzer (AfD) –
Torsten Schneider (SPD): Backe, backe Kuchen!]

Gut ist: Über 16 000 Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen konnten hier bereits geimpft werden. Das ist schon ein echter Erfolg. Vor einigen Wochen konnten wir nur hoffen, dass wir im neuen Jahr mit den Impfungen starten können. Nun war es sogar schon im Dezember so weit. Auch die Über-90-Jährigen, die am Montag die ersten Impfungen in der Arena Treptow erhielten, waren mit der Versorgung zufrieden. Sie konnten mit einem kostenlosen Taxi in das Impfzentrum fahren; auch dieses Berliner Angebot ist sehr gut.

Die Zulassung von weiteren Impfstoffen ist in den nächsten Wochen für Deutschland, Europa und die globale Welt extrem wichtig. Denn Impfen kann Leben retten. Carsten Schatz hat es richtig gesagt: Um eine globale Pandemie zu bekämpfen, müssen wir den Impfstoff auch global verteilen. – Wir wollen hier keinen Impfnationalismus, Herr Zeelen, sondern eine sinnvolle Strategie.

[Tim-Christopher Zeelen (CDU): Sehr gut!]

Das hat nichts mit Vergesellschaftung oder Sonstigem zu tun, denn Nationalismen können in diesem Bereich tödlich sein, und ehrlicherweise waren es zahlreiche Patente ebenso. Hätten wir diese in der Vergangenheit nicht gehabt, wäre damit schon die eine oder andere Krankheit, die insbesondere den globalen Süden betrifft, ausgerottet.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN]

Was die Rolle von Europa betrifft, frage ich einmal aus einer anderen, allerdings naheliegenden Perspektive: Was wäre hier eigentlich los, wenn der Impfstoff aus Italien käme? – Sie sehen schnell, keiner will hier irgendwelche Abhängigkeiten, und damit wollen und brauchen wir eine gemeinsame europäische Lösung.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Und jetzt versuchen wir, uns einfach mal vorzustellen, dass in diesem Jahr keine Wahlen anstehen würden. Wir Grüne finden, in einer Pandemie gibt es keinen Raum für parteipolitische Spielchen. Wir sitzen hier alle gemeinsam in einem Boot. Also sollten wir das Wahlkampfgetöse beiseitelassen und uns fragen, was wir hier in Berlin leisten können, um schneller aus dieser Krise zu kommen. Das haben Sie auch gerade gesagt, Herr Schneider.

[Zuruf: Super! Da seid ihr euch mal einig!]

Da sind wir hier auf einem guten Weg und schauen uns in diesem Zusammenhang auch gern die Vorschläge der Opposition in Bezug zum Beispiel auf den Einsatz von Apothekern und Apothekerinnen und PTAs genauer an. Ich würde mit Ihnen zum Beispiel auch einmal gern diskutieren, ob nicht auch perspektivisch in Apotheken geimpft werden könnte. Das wäre doch ein zusätzliches niedrigschwelliges Angebot in jedem Berliner Kiez.

(Catherina Pieroth-Manelli)

Darüber sprechen wir auch einmal mit den Ärzten und Ärztinnen.

Was die Berliner Gesundheitsämter betrifft, teile ich natürlich, dass die Digitalisierung noch optimiert werden muss.

[Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

Aber einmal ganz ehrlich: Wir haben im letzten halben Jahr mehr erreicht als in den letzten zehn Jahren zusammen.

An dieser Stelle möchten wir uns einmal ganz herzlich bei allen unseren Berliner Gesundheitsämtern und ihren Teams bedanken, dass sie die Softwareumstellung neben der sonstigen sehr hohen Belastung bewerkstelligt haben.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU]

Jetzt müssen all unsere Bestrebungen darauf ausgerichtet sein, die Zahlen der Neuinfektionen so zu senken, dass die Gesundheitsämter überhaupt auch wieder eine Chance der Nachverfolgung bekommen. Im vergangenen Jahr konnte ich bei einer kleinen Tour durch die Ämter sehen, dass diese sehr gut geleitet werden. Nach jahrzehntelanger Unterfinanzierung – das wurde gerade angesprochen – können die Mittel, die durch den Pakt für die Gesundheitsämter bereitstehen, dort endlich für Digitalisierung, Qualifizierung und nachhaltige Personalentwicklung eingesetzt werden. Genau das trauen wir auch unseren Gesundheitsämtern zu.

Als ich über Weihnachten mit meinen beiden Söhnen meine 83-jährige Mutter, die hier in Berlin lebt, besuchen wollte, haben wir vorab einen Antigenschnelltest gemacht, Kostenpunkt dreimal 49 Euro. Das muss man sich erst einmal leisten können. Es kostet also richtig viel Geld, andere Menschen, oder in dem Fall sogar Risikogruppen zu schützen. Damit wird Infektionsschutz zu einer sozialen Frage. Das darf nicht sein.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Ich habe es bereits gesagt, wir waren nicht so begeistert von dem Ursprungsantrag, aber in einer Koalition muss man natürlich Kompromisse machen. Und so freuen wir uns, mit diesem Antrag die Forderung der Grünen nach einer breiten Schnelltestrategie endlich zu stellen. Ja, die Impfungen sind wichtig und werden uns aus der Pandemie führen. Aber machen wir uns nichts vor. Das wird noch einige Monate dauern, erst recht, wenn dem Virus durch weitere Verbreitung die Chance gegeben wird, noch stärker zu mutieren. Nicht nur werden dann noch mehr Menschen erkranken, nicht nur müssen wir noch länger mit harten Einschränkungen leben, sondern möglicherweise müssen dann auch die jetzigen Impfstoffe erst wieder angepasst werden. Deshalb brauchen wir für den Übergang einen rasanten Ausbau der Schnelltests.

[Beifall von Silke Gebel (GRÜNE)]

Wir Grünen möchten diesen Antrag vor allem hierfür nutzen, für diese dritte Säule. Daher fordern wir den Senat dazu auf, über die MPK und den Bundesrat endlich eine nationale Schnelltestrategie zu erarbeiten und umzusetzen und in der Coronavirus-Testverordnung des Bundes zu verankern. Es gibt inzwischen die Testmöglichkeiten, und diese werden noch verbessert, sodass künftig alle Berlinerinnen und Berliner die Tests auch selbst durchführen können. Dafür müssen die Tests aber unkompliziert und kostengünstig verfügbar gemacht werden.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kluckert?

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE):

Nein. Gerade nicht! –

[Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

Solange dies aufgrund von Bundesbestimmungen noch nicht möglich ist, müssen wir uns im Land Berlin mit der Anordnung regelmäßiger Tests in der Pflege und in Bildungseinrichtungen behelfen. Mehrmals in der Woche muss das Personal getestet werden, in Schulen regelmäßig auch die Schülerinnen und Schüler, in Kitas stellvertretend die Eltern.

Für Besucher und Besucherinnen von Pflegeeinrichtungen sind Tests inzwischen verpflichtend. Es darf nicht zu einem faktischen Besuchsverbot mangels Tests und damit zur Isolation der Pflegebedürftigen kommen. Es darf auch nicht der Geldbeutel entscheiden, ob Besucherinnen und Besucher oder pflegende Angehörige einen Test in einem privaten Testzentrum organisieren können. Da brauchen wir bessere Lösung als bisher. Hier sind die Senatsverwaltungen für Bildung sowie Gesundheit und Pflege aufgefordert, gemeinsam eine Lösung anzubieten und mobile Teststationen auszubauen, um damit flächendeckend Tests zu ermöglichen.

Denn nur so können wir in den nächsten Wochen Kindern, Eltern, Lehrern und Lehrerinnen, Erzieherinnen und Erzieherinnen, und pflegenden Angehörigen und allen, die seit Monaten zu Hause und in ihren Jobs in der ersten Reihe stehen und harte Arbeit leisten, ein bisschen Unterstützung anbieten. Das ist unser Job. – Danke!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Für die Fraktion der FDP hat jetzt das Wort Herr Abgeordneter Kluckert. – Bitte schön!

Florian Kluckert (FDP):

Vielen Dank Frau Präsidentin! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Pieroth! Dass Sie meine Zwischenfrage nicht zugelassen haben, ist nicht schlimm. Ich bin mir ziemlich sicher, Sie hätten auch keine Antwort darauf gehabt.

[Heiterkeit bei der FDP]

Ich hätte nämlich ganz gern gewusst – Sie sprechen so viel über Schnelltests, die niedrigschwellig zur Verfügung gestellt werden müssen – warum der Senat eigentlich nicht vor Weihnachten der Masse an Berlinerinnen und Berlinern, die zum Weihnachtsfest ihre Liebsten besuchen wollten, Schnelltests kostenlos zur Verfügung gestellt hat? Sie sind doch in der Regierungspartei. Die Menschen mussten sich bei privaten Anbietern fünf Stunden anstellen.

[Torsten Schneider (SPD): Weil es verboten ist von Herrn Spahn!]

Da bin ich übrigens dankbar, dass Herr Schatz das hier vorhin auch noch einmal kritisiert hat, die bösen privaten Anbieter. Ich bin froh, dass es die privaten Anbieter gab, bei denen die Leute wenigstens eine Möglichkeit hatten, sich vorher zu testen.

[Beifall bei der FDP]

Der Senat hat nämlich zwei Millionen Schnelltests, Herr Schneider, eingebunkert herumliegen lassen, anstatt in den Impfzentren, die zu dem Zeitpunkt leer waren, dort mit professionellem Personal dieses den Berlinerinnen und Berlinern zur Verfügung zu stellen. Es wurde nicht gemacht.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schneider?

Florian Kluckert (FDP):

Natürlich!

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Bitte, Herr Schneider, Sie haben das Wort. – Herrn Zillich habe ich auch gesehen. Er wäre dann als nächstes dran. Zunächst hat aber Herr Schneider das Wort.

Torsten Schneider (SPD):

Vielen Dank, Herr Kollege! Ich habe das freundlicherweise schon vorher angekündigt: Sie haben das Problembewusstsein jedenfalls dem Grunde nach offenbart. Ich will Sie aber auch fragen, ob es auch im Detail scharf genug ist: Ist Ihnen denn bekannt, dass der Vorschlag der Koalition, die Schnelltests niedrigschwellig anbieten zu können, der zugegebenermaßen lediglich symptomatisch agiert und nicht heilend wie die Impfstrategiefrage, daran scheitert, dass Herr Spahn die entsprechende Rechtsverordnung und damit die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht erlässt, dass das ohne medizinisches Personal angewendet werden darf – Sie haben doch gesagt, wir sollen 2 Millionen Tests verschicken an den Bürger – und es daran scheitert? Oder haben Sie eine ähnliche Sachkenntnistiefe wie die Kollegen da drüben?

[Beifall von Silke Gebel (GRÜNE) und Ülker Radziwill (SPD) – Zuruf von Paul Fresdorf (FDP)]

Florian Kluckert (FDP):

Nein, Herr Schneider! Ich glaube, dass meine Sachkenntnistiefe schon sehr tief ist. Es ist so:

[Heiterkeit – Zuruf von Ülker Radziwill (SPD)]

Sie haben vollkommen Recht. Wir könnten uns jetzt ganz lange darüber unterhalten, ob es sinnvoll ist, dass man Schnelltests zu Hause anwenden kann, oder ob das ärztliche Personal, wie es im Moment noch vorgeschrieben ist, diese Schnelltests anwendet. Darüber könnten wir uns jetzt stundenlang unterhalten. Wir könnten uns auch noch fünf Monate darüber unterhalten.

[Silke Gebel (GRÜNE): Ja, bis die Pandemie vorbei ist!]

Aber Sie hätten doch mit ärztlichem Personal, wie es im Moment zulässig ist, das in den Impfzentren für die Berlinerinnen und Berliner anbieten können. Die Ärzte waren doch inzwischen angeheuert für 120 Euro die Stunde, um zu impfen. Dieses ärztliche Personal hätte die Schnelltests einsetzen können.

[Beifall bei der FDP – Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Zillich?

Florian Kluckert (FDP):

Ich würde eigentlich gern erst einmal zu meiner Rede kommen und dann vielleicht noch ein paar Zwischenfragen zulassen, wenn ich darf.

[Torsten Schneider (SPD): Ein bisschen Spannung muss sein!]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Geben Sie mir ein Signal, wenn Sie soweit sind.

Florian Kluckert (FDP):

Das mache ich. – Herr Schneider! Ich spreche Sie trotzdem noch einmal an, weil Sie vorhin mit dem Klein-

(Florian Kluckert)

Klein kamen. Ich hätte mir tatsächlich gewünscht, dass hier endlich einmal im Klein-Klein das große Ganze angegangen worden wäre. Sie warten immer auf die große Strategie, auf den großen Wurf. Ich erwarte schon gar nicht, dass der Senat im Großen etwas macht, weil er im Klein-Klein versagt. Was mich total ärgert ist, dass wir hier in dieser Zeit über die Coronamaßnahmen, über die Coronapandemie reden, während der Regierende Bürgermeister diese Debatte noch nicht einmal verfolgt. Es interessiert ihn gar nicht. Diese Ignoranz finde ich absolut furchtbar.

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Karsten Woldeit (AfD) –
Ülker Radziwill (SPD): Er war da!]

Im Übrigen: Dieses Ganze, keine Strategie zu haben und immer allen anderen den Schwarzen Peter zuzuschieben, kann der Regierende Bürgermeister ziemlich gut, weil ich gerade die Verkehrssenatoren Günther hier sehe.

[Beifall bei der FDP –
Allgemeine Heiterkeit]

Es gibt bis heute keinen einzigen Desinfektionsspender in irgendeinem U-Bahnwaggon, in irgendeinem U-Bahnhof bei der BVG. Es gibt keine abgesperrten Sitzplätze, selbst wenn man in der BVG auf Abstand gehen möchte – es ist nicht möglich. Warum, Frau Günther, gibt es zum Beispiel in der BVG nicht den ersten Waggon als Seniorenwaggon, wo zum Beispiel nur Senioren – die Risikozielgruppe – fahren darf?

[Daniel Wesener (GRÜNE): Das ist der AfD-Antrag! –
Torsten Schneider (SPD): Falsche Fraktion! –
Zuruf von Sven Heinemann (SPD) –
Unruhe]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Meine Damen und Herren! Es ist zu laut!

Florian Kluckert (FDP):

Warum gibt es nicht die Möglichkeit, wie bei Ihrem Kollegen Boris Palmer, dass man mit der BVG-Karte als Risikozielgruppe den BerlKönig oder die Taxis usw. kostenlos nutzen kann? Bezüglich der BVG haben Sie überhaupt nichts gemacht, und ich möchte nicht wissen, wie viele Menschen, die jeden Tag zur Arbeit fahren müssen, um dieses System am Laufen zu halten, sich durch Ihre Untätigkeit in der BVG anstecken. Ich hätte Sie als Regierender Bürgermeister entlassen, und was macht der Regierende Bürgermeister? – Er beschimpft hier die Unternehmen, dass sie ihre Arbeitskräfte nicht genug schützen würden. Immer nur die Schuld auf andere zu schieben, wie es hier der Senat macht, ist unmöglich!

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der AfD –
Bravo! von der FDP]

Der absolute Tiefpunkt – das habe ich mir nicht aufgeschrieben, aber das fällt mir gerade ein – bei der Beschimpfung des Regierenden Bürgermeisters der Berlinerinnen und Berliner war, als er hier vor Weihnachten gefragt hat: Wie viele Tote sind uns eigentlich ein Shoppingerlebnis wert? – Das ist sowas von zynisch, das Shoppingerlebnis mit Toten gleichzusetzen. – Und was noch viel ärgerlicher ist, Herr Schneider, ich sage Ihnen mal, was Tote verhindern könnte:

[Torsten Schneider (SPD): Jetzt aber nicht mir!]

Ein vernünftiger Schutz der Zielgruppen in den Pflegeheimen und mehr Personal in den Krankenhäusern. Ich kann Ihnen nicht sagen, was uns ein Shoppingerlebnis an Toten wert ist, aber ich kann Ihnen sagen, was dem Regierenden Bürgermeister es wert ist, dass die Menschen nicht im Krankenhaus sterben.

Es ist nämlich so – da sind wir uns doch mit Sicherheit alle einig –, dass eine gut ausgestattete Intensivstation mit viel Personal das Wichtigste ist, damit Menschen nicht sterben, dass sie durch diese Erkrankung durchkommen.

[Torsten Schneider (SPD): Das Wichtigste ist, dass sie
gar nicht krank werden!]

Deswegen hat die Charité in einem Programm – das heißt SIS – Medizinstudenten vor Weihnachten angeschrieben, ob sie auf den Intensivstationen aushelfen können, vor Ort in den Intensivstationen. Wissen Sie, was das für eine verantwortungsvolle Aufgabe ist? Wie man sich selber, seine eigene Gesundheit dort aufopfert? Wissen Sie, was die Charité pro Stunde den Studenten dafür bezahlen möchte? – 14,63 Euro. Da wundern Sie sich ernsthaft, dass wir kein Personal in den Krankenhäusern haben?

[Zuruf von Marc Vallendar (AfD)]

Fangen Sie dort an, mal endlich aufzuräumen!

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Kurt Wansner (CDU)
und Marc Vallendar (AfD)]

14,63 Euro für Personal auf Intensivstationen, kein Schutz in öffentlichen Unternehmen, kein Schutz in Pflegeheimen, stattdessen Schuldzuweisungen in Richtung der Berlinerinnen und Berliner. Da merkt man schon, dass der Regierende Bürgermeister im Herzen nicht mehr der Regierende Bürgermeister dieser Stadt ist, sondern eigentlich schon der Hinterbänkler im Bundestag der SPD.

[Torsten Schneider (SPD): Sie wissen schon, dass ich
nicht der Regierende bin?]

Es sind noch zehn Monate bis zur Wahl. In einem Punkt hat Michael Müller recht gehabt: auch durch Impfen wird die Pandemie nicht so schnell vorbei sein. Das, was der Senat tun kann, wenn wir jetzt nicht bis zum Oktober im Lockdown sein wollen, ist: endlich die Gesundheitsämter, wie das auch in diesen Anträgen hier gefordert ist, fit zu machen, damit die Kontaktnachverfolgung schnell

(Florian Kluckert)

funktioniert, sie zu entlasten, so wie wir gefordert haben, ein zentrales Kontaktmanagement in Berlin zu etablieren, die Teststrategie in den Schulen endlich hochzufahren, die Pflegeheime besser zu schützen und durchzutesten, die Kitas durchzutesten, das Personal in den Krankenhäusern aufzustocken und eine Coronastrategie für die Schulen zu machen. Das hat nichts mit Klein-Klein zu tun, das ist eigentlich das, was jetzt gemacht werden müsste, um das große Ganze anzugehen. Da erwarte ich von diesem Senat mehr. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage des Abgeordneten Zillich?

Florian Kluckert (FDP):

Ja!

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Herr Zillich, bitte, Sie haben das Wort!

Steffen Zillich (LINKE):

Habe ich Sie richtig verstanden, dass Ihr Vorschlag, den Sie in Ihrer Rede unterbreitet haben, ist, der Senat hätte Tests nach Hause schicken sollen,

[Heiko Melzer (CDU): Das hat er gar nicht gesagt! Zuhören!]

damit die Menschen dann in die Impfzentren gehen, von denen wir vor Weihnachten noch davon ausgegangen sind, dass sie nach Weihnachten mit Impfungen beschäftigt sind? – War dieser Vorschlag ernst oder nur rhetorisch gemeint?

[Tim-Christopher Zeelen (CDU): Was? Davon sind Sie ausgegangen? Warum?]

Florian Kluckert (FDP):

Vielen Dank, dass ich das noch mal in aller Ausführlichkeit am Ende der Rede so darstellen darf! – Natürlich nicht! Ich bin doch nicht bescheuert!

[Beifall von Stefan Förster (FDP) und Alexander Wieberneit (FDP) – Allgemeine Heiterkeit]

Wie man auf so eine Idee überhaupt kommen kann!

[Torsten Schneider (SPD): Haben Sie aber gesagt!]

Natürlich sollen diese Tests nicht durch die Stadt nach Hause geschickt werden. Es ist so: Es gab Ärzte, die wären bereit gewesen. Es gab auch genug räumliche Möglichkeiten, die hätten zur Verfügung gestanden. Wenn man gesagt hätte: Liebe Berlinerinnen und Berliner, stellt euch nicht fünf Stunden bei einem privaten Anbieter an, sondern hier gibt es meinetwegen 20 Testzentren. Wir hätten noch mehr machen können. Das hätte nicht in den Impfzentren sein müssen. Das hätte in irgendwelchen Berliner Clubs, in der Messehalle, überall, wo Platz ist, stattfinden können. Dort hätten wir ärztliches Personal gehabt und kostenlos diese Tests, die so nur rumlagen, die wir auch für die Pflegeheime nicht mehr brauchen werden, weil die Pflegeheime ja bald durchgeimpft sind, wie wir gehört haben. Die hätte man den Berlinern zur Verfügung stellen können, und dann wäre das Weihnachtsfest für alle sicherer geworden. – Konnte ich Ihre Frage damit beantworten?

[Beifall bei der FDP – Beifall von Kurt Wansner (CDU) – Zurufe von Steffen Zillich (LINKE) und Torsten Schneider (SPD)]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Weitere Zwischenfragen sind nicht zulässig.

[Torsten Schneider (SPD): Frau Gebel wollte auch noch was fragen!]

Und es liegen auch keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zur Behandlung der Anträge in der Reihenfolge der Tagesordnung. Zunächst behandeln wir den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 18/3137 „Coronamaßnahmen rechtssicher gestalten – Gesundheitsämter stärken“. Zu diesem Antrag empfiehlt der Hauptausschuss gemäß der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/3227 mehrheitlich gegen die Fraktion der CDU und bei Enthaltung der AfD-Fraktion die Ablehnung. Wer dem Antrag dennoch zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CDU. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Das sind die Koalitionsfraktionen und die FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – Das ist die AfD-Fraktion. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht mehr anwesend. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Als nächstes kommen wir zu dem dringlichen Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 18/3268 „Berlins Apotheker bei Impfzentren besser einbinden“. Hierzu ist eine sofortige Abstimmung vorgesehen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CDU. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Auch hier ist keiner der fraktionslosen Abgeordneten anwesend. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Es folgt die Behandlung des dringlichen Antrages der Fraktion der FDP auf Drucksache 18/3275 „Lehren aus der Krise ziehen – Berliner Gesundheitsämter fit machen“. Auch hierzu ist eine sofortige Abstimmung vor-

(Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt)

gesehen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FDP und der AfD. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? – Das ist die CDU-Fraktion. Auch hier ist keiner der fraktionslosen Abgeordneten mehr anwesend. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Schließlich ist noch zu entscheiden über den dringlichen Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 18/3277 „Über Strategien zur Bewältigung der Coronakrise“. Hierzu ist ebenfalls eine sofortige Abstimmung vorgesehen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Das sind die drei Oppositionsfraktionen. Auch hierzu stelle ich fest, dass keiner der fraktionslosen Abgeordneten mehr im Raum ist. Damit ist der Antrag angenommen.

[Torsten Schneider (SPD): Das erste Parlament, das seine Arbeit gemacht hat, ihm werden viele weitere folgen!]

Ich rufe auf

lfd. Nr. 3:

Lehren und Lernen aus und nach der Coronakrise

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 10. September 2020
Drucksache 18/3005

zum Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2730

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2730-1

in Verbindung mit

lfd. Nr. 14 A:

Infektionsschutz und Planungssicherheit in Schulen

Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3267

und

lfd. Nr. 14 C:

Kinder verdienen den Schutz der Gemeinschaft – Präsenzunterricht auch in Pandemiezeiten: Bildungskatastrophe abwenden und das drohende Fiasko einer „Generation Lockdown“ verhindern!

Dringlicher Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/3272

und

lfd. Nr. 14 D:

Bildung trotz Pandemie garantieren

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3274

Der Dringlichkeit haben Sie bereits eingangs zugestimmt. In der gemeinsamen Beratung beginnt die Fraktion der SPD. – Es hat das Wort Frau Abgeordnete Dr. Maja Lasić. – Bitte schön!

Dr. Maja Lasić (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was für eine schwierige Zeit, in der wir leben, was für eine schwierige Debatte, die wir heute führen.

[Unruhe]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Einen Moment, Frau Abgeordnete! – Sehr verehrte Damen und Herren! Gespräche, die jetzt hier nichts zu suchen haben, gehören nach draußen. – Sie haben das Wort. – Bitte, Frau Lasić!

Dr. Maja Lasić (SPD):

Allein der Blick in die dringlichen Anträge der Opposition reicht eigentlich, um zu verstehen, wie kompliziert die Lage aktuell ist. Von dem kompletten Beharren auf Schulschließungen bei der CDU bis zur vollständigen Öffnung bei der AfD oder eben das abwägende Modell in der Mitte von der FDP – es ist alles dabei. Und nicht nur bei den Anträgen der Opposition ist alles dabei, auch in meinem Posteingang ist alles dabei: Eltern, die sofort zur vollständigen Präsenz zurück wollen, Eltern, die ausschließlich Homeschooling machen wollen. Wenn ich mein Handeln ausschließlich an den Bürgerwünschen orientieren wollte, wüsste ich nicht, zu welcher Seite ich kippen müsste. Es ist alles dabei.

[Beifall von Melanie Kühnemann-Grunow (SPD)]

Auch wir als Koalition werden heute durchaus unterschiedliche Schwerpunkte in unseren Reden legen. Und auch die Debatte innerhalb meiner Fraktion verläuft bei dem Thema gerne mal emotional. Es erscheint fast unmöglich, Klarheit darüber zu haben, was das Richtige in der heutigen Zeit ist. In der Abwägung der Zielkonflikte – zwischen der Maximierung des Gesundheitsschutzes und des Rechts auf Bildung – kann man niemals alles richtig machen. Man kann nur priorisieren.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Man kann aber auch was falsch machen!]

In der gestrigen Positionierung des Senats wurde klar, dass wir den Stellenwert der Bildung sehr hoch halten. Ja, wir glauben, dass in einem harten Lockdown die Schulen die ersten sind, die öffnen müssen – Schritt für Schritt und unter Einhaltung der Hygienevorgaben, aber als

(Dr. Maja Lasić)

erste. Ich begrüße dabei, dass der Blick nicht ausschließlich auf die Abschlussklassen gerichtet ist, sondern zeitgleich auch auf die Kleinen, unsere Erst- bis Drittklässler. Statt sechs Wochen Distanz zur Schule werden wir Mischformen erleben, bei denen regelmäßiger Kontakt zur Bildungseinrichtung gehalten wird. In den Zeiten der harten Beschränkungen ist dies das Maximale an Präsenz, das zumutbar ist, aber es ist auch das Mindeste, was notwendig ist, um die Folgen für die soziale und die emotionale Entwicklung der Kinder nicht zu sehr zu gefährden. Mit Blick auf die Kinder unserer Stadt, für die Lernen zu Hause eine nicht bewältigbare Aufgabe ist, sage ich: Der Schritt, der nächste Woche beginnt, ist notwendig. – Und damit meine ich nicht das Fehlen der Endgeräte, denn die 50 000 Endgeräte sind endlich da. Ich meine damit, dass wir sehr viele Kinder haben, für die Lernen ausschließlich in Präsenz stattfinden kann, weil das selbstangeleitete Lernen eine Kompetenz ist, die man Schritt für Schritt erlernen muss, und viele unserer Schülerinnen und Schüler können dies noch nicht. Jetzt werden diese Kinder wenigstens jede Woche für mehrere Stunden ihre Bezugspersonen sehen. Eine Kontinuität wird gewährt. Bei denen, die noch nicht lange in Deutschland sind, wird sichergestellt, dass die Sprachentwicklung nicht zurückfällt. Dies ist wichtig. Die Folgen einer langen Abwesenheit von Schule sind groß und kaum messbar. Ich weiß, dass viele in diesem Raum diese Priorisierung nicht teilen. Ich glaube aber fest, dass sie richtig ist.

Also ist alles gut? – Natürlich nicht! Was am Montag mit dem Lernraum passiert ist, hätte so niemals passieren dürfen. Auch die nachträgliche Erklärung hilft zwar zu verstehen, wie stark die Belastung durch die hohen Nutzerzahlen ist, reicht jedoch für eine Entschuldigung nicht. Wir können zwar keine absolute Sicherheit geben, was die zukünftige Entwicklung des Virus betrifft, eine Sicherheit durch Stabilität unserer Angebote ist jedoch ein Muss. Ich hoffe, dass zukünftige Tage alle wie gestern sein werden, an dem 64 000 Nutzer problemlos ihren digitalen Schulalltag im Lernraum verbringen konnten und mehrere Hackerangriffe zeitgleich abgewehrt werden konnten, und nicht wie am Montag, als stellenweise das gesamte System ausgefallen ist.

Uns stehen noch schwierige Monate bevor, verbunden mit einer vagen Hoffnung, dass irgendwann Normalität einkehren wird. Ich hoffe, dass wir weiterhin abwägend und die Folgen für alle beachtend diese schwierigen Monate gemeinsam durchstehen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und
den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Zweiter Redner für die SPD-Fraktion ist Herr Abgeordneter Buchner. – Bitte, Sie haben das Wort.

Dennis Buchner (SPD):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst ein paar Worte zum Antrag der FDP sagen. Das habe ich auch im Ausschuss getan. Ich glaube, dass man, wenn man einen Antrag untereinander mit einer Vielzahl von Punkten schreibt, nicht zwingend die Zustimmung des Parlaments erwartet. In dem Antrag steht natürlich viel Richtiges und Kluges drin. Da steht auch Richtiges drin, was eigentlich banal ist, weil es in der täglichen Umsetzung ist. Es stehen aber auch Dinge drin, wie beispielsweise die Privatisierung des Schulbaus, die mit Corona vermengt werden, bei denen ich als Sozialdemokrat sage: Nein, da will ich nicht hin. – Insoweit ist es nicht ehrenrührig, diesen Antrag abzulehnen. – Meine Redezeit läuft hier übrigens nicht.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Das tut sie von Anfang an nicht. Das sind die technischen Schwierigkeiten, auf die heute schon mehrfach hingewiesen wurde, Herr Abgeordneter. Aber keine Sorge, wir haben die Zeit trotzdem im Blick.

Dennis Buchner (SPD):

Alles klar! – Dann zu einem anderen Thema, das meine Kollegin Maja Lasić auch schon schön angesprochen hat. Gerade wir Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker bekommen gerade viel Post von Eltern, auch aus den Wahlkreisen. Es ist tatsächlich alles dabei. Es sind Leute dabei, die sagen: Nein, haltet die Kinder um Gottes willen raus aus der Schule! Schickt sie nicht in die Schule – Und es sind Leute dabei, die sagen: Warum eigentlich keine volle Präsenz? Mit Maske müsste das doch alles gehen. – Ich finde, wir sollten daraus keinen politischen Kampf zwischen den einzelnen Parteien und Fraktionen machen, denn es scheint mir, wenn ich mir aus Nordrhein-Westfalen, aus Schleswig-Holstein und aus Bayern die Berichterstattungen angucke, nichts zu sein, was mit politischen Positionen und Parteien zu tun hat. In Bayern ist übrigens die Lernsoftware – da heißt das mebis – ausführlich abgestürzt. Man sollte auch nicht aus allem ein riesiges politisches Drama machen. Es gibt ganz offensichtlich – das hat offensichtlich auch mit dem Spiel zwischen Regierung und Opposition zu tun – immer die jeweils unterschiedliche Auffassung. Und während die baden-württembergische Bildungsministerin der CDU die Auffassung hat, kein Kind bei der Bildung zurückzubehalten und so schnell wie möglich alle Kinder in die Schulen zu schicken, sehen das offensichtlich Konservative in anderen Bundesländern, wo sie nicht regieren, anders.

Maja Lasić hat die Mails angesprochen. Mich treibt eigentlich am meisten um, was mit den Eltern der Kinder ist, die uns keine Mails schreiben, wo uns aber die Lehrkräfte sehr häufig sagen, dass es mit der heimischen Beschulung, mit dem Distanzunterricht nicht funktioniert.

(Dennis Buchner)

Was ist mit Eltern, die keine Mails an Abgeordnete schreiben und vielleicht auch gar nicht in der Lage sind, ihren Kindern, wenn sie zu Hause sind, das mitzugeben, was für sie gerade bei einer so langen Phase notwendig wäre? Von daher gehöre ich ganz sicher zu denen – auch das ist angeklungen, und ich glaube, das wird in allen Fraktionen unterschiedlich, von eigenen Betroffenheit geprägt, diskutiert –, die in jedem Fall sagen, dass Kita und Schule das Erste sind, was wir nach einem Lockdown wieder öffnen müssen.

[Beifall bei der SPD und der FDP]

Ich finde es nicht glaubwürdig, darüber nachzudenken, als erstes die Leute wieder in Restaurants zu lassen, die Möbelhäuser wieder zu öffnen oder die Fitnessbuden wieder aufzumachen, solange wir keinen Weg beschreiben können, wie wir vor allem bei den kleinsten Kindern – ich glaube, wir sind uns alle einig, dass es bei Kindern in der 1., 2. oder 3. Klasse keine digitalen Lernformen geben kann, die besonders erfolgreich sein können –, bei denen, die auf ihre Abschlüsse zusteuern, letztlich aber auch bei allen anderen Kindern und Jugendlichen dafür sorgen können, dass sie wieder in die Schule kommen. Denn das hat einerseits mit Bildung zu tun und bereitet auf das Leben vor, und andererseits sind die Schule und das Schulsystem ganz wesentlich auch das soziale Gefüge von Kindern und Jugendlichen. Deshalb kann ich uns alle nur auffordern, in diesem Haus weitgehend an einem Strang zu ziehen und so schnell wie möglich dafür zu sorgen, dass wir möglichst allen Kindern und Jugendlichen – und damit, ganz ehrlich, auch ihren Eltern – wieder ein Angebot machen. Wir wissen alle, dass Homeschooling und Homeoffice nicht wirklich zusammenpassen.

[Ein Wecker klingelt.]

– Das mit der Stoppuhr irritiert ein wenig! –

[Paul Fresdorf (FDP): Das heißt, die Zeit ist um!]

Es ist wesentlich, dass wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen, um, auch was das Thema Kita und Schule angeht, allen Schülerinnen und Schülern, allen Kindern, aber vor allem auch ihren Eltern in der Stadt so schnell wie möglich ein Angebot zu machen. – Danke schön!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und
den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort Herr Abgeordneter Stettner. – Bitte schön, Sie haben das Wort, Herr Stettner!

Dirk Stettner (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Eltern, Schülerinnen und Schüler, sehr geehrte Lehrkräfte – um Sie geht es in dieser Debatte! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! – Jetzt habe ich erst einmal gelernt: Das Gepiepse sagt mir etwas über meine Zeit aus. Jetzt wissen wir, es ist kein Apfelkuchen.

[Heiterkeit bei der CDU und der SPD]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Ja, genau! Das ist die Zeit, die wir im Blick haben.

Dirk Stettner (CDU):

Danke schön! – Ich habe wirklich viele Fragen an den Senat, an die Senatorin, an die Regierungskoalitionen. Ich bedaure, dass der Regierende Bürgermeister jetzt nicht da ist; ich glaube, es ist ein sehr wichtiges Thema für unsere Stadt. Dennoch: Zu dem, was er heute schon gesagt hat, und in Bezug zu dem, was Sie tun, habe ich sehr viele Fragen.

Doch vorweg: Natürlich trägt die CDU-Faktion die Beschlüsse der KMK, der Ministerpräsidenten und der Kanzlerin aus Überzeugung mit; das ist überhaupt keine Frage. Sie allerdings, der rot-rot-grüne Senat, sind umsetzungsverantwortlich, und insofern ergeben sich viele Fragen.

Der Regierende Bürgermeister hat heute gesagt, Gesundheitsschutz stehe über allem. Dem stimmen wir selbstverständlich zu. Sie schicken aber aktuell Zehntausende Schülerinnen und Schüler in volle Busse und in überfüllte Klassenzimmer.

[Burkard Dregger (CDU): So ist es!]

Wenn Sie da von einer richtigen Abwägung sprechen, dann halten wir das für eine falsche Abwägung.

[Beifall bei der CDU]

Wenn wir uns das Regierungshandeln angucken, dann gibt es wirklich ganz viele Möglichkeiten für ein bisschen Regierungsbashing, aber diese wichtigen, ja, lebenswichtigen Themen, die wir heute besprechen, sollten wir tatsächlich – da stimme ich meinen beiden Vorrednern zu – nicht im Wahlkampfgetöse untergehen lassen. Das gilt aber auch für das, was wir heute ansonsten aus den Regierungskoalitionskreisen gehört haben. Die CDU fordert seit Monaten Schnelltests an den Schulen, und die Grünen gefallen sich als Regierungsfraktion jetzt darin zu sagen: Hallihallo, wir sind Oppositionsführer, bitte macht das doch mal! – Warum setzen Sie es denn nicht einfach um? Wir haben es vor Monaten gefordert.

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Paul Fresdorf (FDP) und
Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) –
Zuruf von Silke Gebel (GRÜNE)]

Die CDU-Faktion hat in mehreren Anträgen die digitalen Voraussetzungen für digitales Lehren und Lernen ge-

(Dirk Stettner)

fordert, hier beantragt. Die Linkspartei gefällt sich darin, einen Antrag zu schreiben, man müsste jetzt endlich digitales Lehren und Lernen vorbereiten. – Liebe Linkspartei! Warum haben Sie denn unsere Anträge abgelehnt?

[Tobias Schulze (LINKE): Weil sie schlecht waren! – Zuruf von Regina Kittler (LINKE)]

Ich habe es mir aufgeschrieben: Wir haben das hier am 2. April behandelt. Sie haben es abgelehnt. Wir haben es am 14. Mai behandelt. Sie haben es abgelehnt. Stellen Sie sich doch mal vor, wo wir heute stehen würden, hätten Sie das vor zehn Monaten nicht abgelehnt! Also: Bitte lassen Sie das Wahlkampfgetöse sein!

[Beifall bei der CDU]

Liebe Sozialdemokraten! Die SPD ist nicht anders; das war in der vorherigen Debatte breites Thema. Sie sind Teil der Bundesregierung. Ihr Spitzenkandidat ist Teil des Coronakabinetts. Sie haben an allen Beschlüssen mitgewirkt, und jetzt gefallen Sie sich darin, die Impfstrategie aufs Übelste zu beschimpfen und auf andere zu zeigen. Lassen Sie uns doch einfach gemeinsam unseren Job machen und den Wahlkampf noch ein bisschen nach hinten schieben! Dafür haben wir doch noch wahrlich genug Zeit.

[Beifall bei der CDU – Paul Fresdorf (FDP): Bei dem Senat nicht!]

Der Regierende Bürgermeister hat heute gesagt, dass das der Ort ist, an dem wir die politischen Weichenstellungen vornehmen. Da bin ich doch ganz großer Hoffnung, dass nach den sehr überraschenden Entscheidungen des Senats von gestern, was die Umsetzung der KMK-Beschlüsse angeht, wir heute noch Änderungen vollziehen. Ich lese auf Twitter und im „Tagesspiegel“, dass die einzelnen Fraktionen auch etwas skeptisch gegenüber dem Vorgehen des rot-rot-grünen Senats sind.

Der Regierende Bürgermeister hat zudem zu Recht konkrete Vorschläge gefordert. Herr Saleh meinte zwar, wir hätten keine gemacht, aber er hat vielleicht unsere Anträge nicht gelesen und sie abgelehnt, ohne sie zu lesen.

[Paul Fresdorf (FDP): Braucht zu viel Zeit!]

Wir haben immer konkrete Vorschläge unterbreitet. Die können wir heute diskutieren und sie bitte auch beschließen, und dann kommen wir in der Abwägung vielleicht auch zu einer richtigen Abwägung.

Betrachten wir doch noch kurz, wo wir heute stehen: Im Dezember sind wir in den zweiten Lockdown gegangen, und das aus gutem Grunde. Warum? – Die Infektionswelle drohte, unkontrollierbar zu werden, die Nachverfolgbarkeit war nicht mehr möglich – ist bis heute nicht möglich –, unsere Gesundheitsämter waren hoffnungslos überfordert – das sind sie bis heute –, und die verfügbare Intensivbettkapazität schwand – und sie schwindet immer weiter. An dieser Situation hat sich bis heute nichts geändert, gar nichts. Es war im Dezember richtig, den Präsenzbetrieb in unseren Schulen auszusetzen. Wir bedauern das wirklich sehr. Wir sind absolut für den Präsenzbetrieb, wenn er sicher möglich ist. Sie haben aber keine Luftfilteranlagen in die Klassenräume gebracht – das haben wir auch beantragt, das wäre möglich gewesen –, Sie haben nicht für Tests gesorgt. Unsere Schulen sind nicht sicherer als im Dezember letzten Jahres. Wir haben die gleiche Situation.

[Paul Fresdorf (FDP): Ja, das ist so!]

Unsere Schulen sind noch nicht einmal sicherer als im März des letzten Jahres, vor elf Monaten.

[Paul Fresdorf (FDP): Das ist das Problem!]

Auch seitdem ist nichts passiert. Deswegen ist es heute absolut unverantwortlich, unsere Kinder in unsere Schulen zu schicken; das ist unverantwortlich. Wenn es nicht unverantwortlich wäre: Warum haben wir es denn dann im Dezember getan? Bitte erklären Sie mir das!

Wir sind fest davon überzeugt: Präsenzunterricht ist die Grundlage von Bildung; da sind wir ganz bei Ihnen. Digitale Bildung kann Präsentunterricht nur unterstützen und nicht ersetzen. Die soziale Bindung zwischen Lehrkraft und Schülerinnen und Schülern ist unersetzbar, keine Frage. Lockdownzeiten führen zu sozialen Spannungen, bei dem einen oder anderen vielleicht auch noch zu einem Lagerkoller. Ich habe drei Kinder zu Hause, meine Frau ist voll berufstätig – das ist keine Sekundärquelle.

[Paul Fresdorf (FDP): Schön, hier zu sein, nicht? – Heiterkeit bei der FDP und der CDU]

– Nicht wahr? Herzlich willkommen! Ich bin immer gerne bei Ihnen! – Wir müssen aber abwägen zwischen der Bildung unserer Kinder und der Sicherheit unserer Schülerinnen und Schüler und damit auch der Eltern, Großeltern und unserer Lehrkräfte. Und wir müssen etwas tun, um Bildung auch in Pandemiezeiten sicherzustellen. Da ergeben sich eine Menge Fragen, warum der Senat unseren Vorschläge nicht gefolgt ist und warum Sie, Frau Scheeres, so agieren, wie Sie agieren.

[Heiko Melzer (CDU): Tut sie ja nicht!]

Warum setzen Sie denn bis gestern oder vorgestern allein auf die Schulcloud Lernraum Berlin, ohne die notwendige Kraft und Initiative darin zu investieren? Warum haben Sie bis gestern jede funktionierende Cloud kategorisch abgelehnt, wenn sie kommerziell aber funktionierend war? Warum geben Sie über 300 000 Schülerinnen und Schülern keinen Laptop mit Datentarif? Warum geben Sie unseren 30 000 Lehrkräften keinen Laptop? Warum geben Sie ihnen nicht wenigstens mal eine E-Mailadresse?

[Paul Fresdorf (FDP): Könnte ja jeder kommen!]

Warum haben Sie nicht längst flächendeckende Tests eingeführt? Wir haben doch elf Monate Zeit gehabt! Warum haben Sie keine Luftfilteranlagen für die Schulklassen bestellt? – Jetzt werden Sie mir gleich sagen, Sie

(Dirk Stettner)

haben ein paar bestellt. – Warum haben Sie nicht wenigstens schon mal den Auftrag für Breitbandanschlüsse für unsere Schulen erteilt – wenigstens den Auftrag? Das soll im September dieses Jahres passieren, nach vier Jahren Rot-Rot-Grün. Warum haben Sie in den letzten zehn Monaten nichts getan, was die Situation heute verbessern würde? Vielleicht haben Sie die Ideen nicht? – Dann lesen Sie unsere Anträge!

[Paul Fresdorf (FDP): Oder unsere!]

– Oder auch die Anträge der FDP. Die sind auch nicht schlecht, keine Frage. –

[Danny Freymark (CDU): „Auch nicht schlecht!“]

Oder aber Sie können sich im rot-rot-grünen Senat nicht durchsetzen und dort die Bildungsinteressen unserer Schülerinnen und Schüler nicht durchsetzen. – Frau Senatorin! Sie haben die Möglichkeit, ans Rednerpult zu kommen und das alles zu erläutern; ich würde mich darüber sehr freuen. Aber bitte, das vorweg, sagen Sie nicht das, was wir schon oft gehört haben: Ich habe doch 50 000 Laptops bestellt und 10 000 sind bald verteilt! Ich habe doch über 1 000 Luftfilteranlagen bestellt und an die Schulen geliefert! Ich habe doch 3 500 CO_2-Ampeln bestellt und an die Schulen geliefert! Wir haben doch ganz viele Briefe an unsere Schulen geschrieben! Und der eine Mitarbeiter, der gerade dafür verantwortlich ist, die Laptops zu verteilen, der wird danach auch sofort darangehen, dieses komische Problem mit den E-Mailadressen für die Lehrkräfte zu regeln, wenn er dafür Zeit hat!

[Heiterkeit von Burkard Dregger (CDU)]

Und die anderen Bundesländer, in denen die CDU Verantwortung hat, das haben wir eben schon gehört, machen es auch nicht besser. Sehr geehrte Frau Senatorin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist mir vollkommen egal! Wir arbeiten hier für Berlin. Wir wollen es hier besser machen und wenn man immer auf die schaut, die es schlecht machen, und denen nacheifert, dann werden wir es nicht besser hinbekommen. Wir haben 400 000 Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte. Da fehlen 90 Prozent. Wir haben über 15 000 Klassenräume, da fehlen auch über 90 Prozent. Wenn Sie neue Antworten haben, Frau Senatorin, her damit! Dann freue ich mich. Wenn Sie keine haben, keine Sorge, wir haben von Anfang an versucht zu helfen. Sie haben die Hilfe nicht angenommen. Die CDU-Fraktion ist gar nicht nachtragend, wir helfen Ihnen gern wieder. Folgen Sie unseren Vorschlägen, dann würde es Schülerinnen, Schülern, Eltern und Lehrkräften deutlich besser gehen und wir könnten unsere Kinder auch wieder verlässlich beschulen.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege! Sie müssten jetzt zum Ende kommen!

Dirk Stettner (CDU):

Ich komme zum Ende. Danke, für den Hinweis! Eine Minute noch. – Wo stehen wir? – Mitten in der Pandemie. Das Infektionsgeschehen macht Präsenzunterricht unverantwortlich, und wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir die Voraussetzungen schaffen, damit wir wieder schnell und sicher in den Regelbetrieb kommen können. Dafür brauchen wir vier Wochen strikten weiteren Lockdown, da sind wir anderer Meinung als die FDP, wir brauchen die sofortige Bestellung der Luftfilteranlagen, wir brauchen die sofortige Vorbereitung von flächendeckenden Schnelltests, wir brauchen die Laptops für Lehrkräfte, für Schülerinnen und Schüler, und wir brauchen eine funktionierende Schulcloud. Dann könnten wir nach den Winterferien – –

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege! Ich muss Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, dass Ihre Redezeit mittlerweile erheblich überschritten ist.

[Steffen Zillich (LINKE): Erheblich, ja!]

Dirk Stettner (CDU):

Ich komme sofort zum Ende. Vielen Dank für Ihren Hinweis!

Präsident Ralf Wieland:

Das war mehr als ein Hinweis!

[Heiterkeit bei der CDU und der FDP]

Dirk Stettner (CDU):

Hat sich das Präsidium verändert. – Jetzt werden Sie mir gleich sagen: Das ist nicht finanzierbar. – Es ist finanzierbar. Ich komme zum Ende:

[Silke Gebel (GRÜNE): Wenn kein Corona wäre, würde man Sie wegtragen!]

Es kostet uns rund 120 Millionen Euro Invest und ca. 30 Millionen Euro im laufenden Haushalt. Das sollten uns unsere Kinder und unsere Bildung wirklich wert sein. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der FDP –
Burkard Dregger (CDU): Bravo!]

Präsident Ralf Wieland:

Für die Fraktion Die Linke hat jetzt Frau Kollegin Kittler das Wort. – Bitte schön!

Regina Kittler (LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lehren und Lernen unter Coronabedingungen kommt mir seit gestern wie ein Lotteriespiel um Gesundheit vor. Wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass wir gewinnen, würde ich gern von Christian Drosten berechnen lassen. Aber ob er das könnte, ist die Frage. Ich kann es nicht.

Gestern sagte Michael Müller noch im ARD-„Morgenmagazin", also kurz vor der Senatssitzung, gesagt,

[Mario Czaja (CDU): Gucken Sie früh Fernsehen!]

ich zitiere:

> Unsere Zahlen geben das noch nicht her, dass wir wieder in den Präsenzunterricht gehen können. Erst in etwa zehn Tagen kann man sagen, ob eventuell für die Grundschüler oder besondere Jahrgänge ab dem 18. Januar wieder Unterricht in Präsenz möglich ist.

Zitat Ende. – In zehn Tagen, das wäre der 16. Januar gewesen. Da wissen wir nämlich, wie sich Weihnachten und Silvester ausgewirkt haben und ob die Mutante des Coronavirus B.1.1.7 Fuß fasst.

In der Senatssitzung wurde dann plötzlich ganz anders entschieden. Ab dem 11. Januar sollen sich etwa die Hälfte der Oberschüler und Oberschülerinnen und die Berufsschüler und Berufsschülerinnen, also ca. 180 000, wieder hauptsächlich per ÖPNV auf den Weg in ihre Schulen machen. Eine Woche später sollen die Erst- bis Drittklässler hinzukommen und ab dem 25. Januar werden es dann insgesamt 450 000 sein, wenn man die Berufsschüler und Berufsschülerinnen dazuzählt. Wie sollen da die Berliner und Berlinerinnen nachvollziehen können, dass sie harte Kontaktbeschränkungen akzeptieren müssen? Wie sollen da Kinder und Jugendliche verstehen, dass Sie am Nachmittag ihre Freundinnen und Freunde nicht treffen dürfen, mit denen sie aber selbstverständlich am Vormittag in einem Klassenraum sitzen sollen? – Ich verstehe diese Entscheidung nicht und ich kann sie nicht unterstützen.

[Beifall bei der LINKEN – Beifall von Sabine Bangert (GRÜNE)]

Ich habe die Kanzlerin, die MPK und auch unseren Regierenden anders verstanden. Die Kanzlerin appellierte an die Bevölkerung und forderte alle auf, sich ohne Wenn und Aber drei Wochen lang an verschärfte Maßnahmen zu halten, sonst würden auch wir einen Kollaps erfahren. – Es ist ernst, ja. Ich nehme es auch ernst. Es geht jetzt wirklich darum, die Gesundheit von Schülerinnen und Schülern, ihren Angehörigen und der Kolleginnen und Kollegen an den Schulen zu schützen, und das vor dem Hintergrund, dass sich auf den Intensivstationen der Krankenhäuser – wir haben das heute mehrfach gehört – die Fälle häufen und dass das Personal dort knapp wird und erschöpft ist. Auch vor dem Hintergrund, dass die Coronavirusmutante 50 Prozent mehr ansteckend ist und eben auch vor Schülerinnen und Schülern nicht Halt macht und hier wieder ein exponentielles Wachstums der Infektionen droht, wäre es doch verantwortungsvoll, die Schulen bis zu den Ferien zuzulassen und nach den Ferien mit Wechselunterricht zu beginnen bis wir Inzidenzen unter 50 haben.

[Vereinzelter Beifall bei der LINKEN – Beifall bei der CDU]

Das entspräche auch der Fürsorgepflicht den Schülerinnen und Schülern und den Beschäftigten gegenüber.

Die Kollegien sind darauf vorbereitet. Sie haben viel Kraft investiert und neue Ideen entwickelt. Die Schülerinnen und Schüler können auch zu Hause lernen, wenn auch viele nicht so gut, wie in der Schule. Für die Schülerinnen, die uns sonst verloren gehen, kann es Sonderregelungen in Kleingruppen geben. Das haben Schulen wie die Fritz-Karsen-Schule in Neukölln längst vorbereitet. Es wird jetzt eine große Anzahl von Computern, insgesamt sind es 50 000 – und das ist nicht nichts, Herr Kollege – an Schülerinnen und Schüler verteilt, deren Eltern sich die eben nicht leisten können, zum Teil auch mit WLAN-Sticks. Der Lernraum Berlin hat jetzt 108 000 angemeldete Accounts und wird nun um das in drei Bundesländern bereits erprobte und funktionierende „Its Learning" ergänzt.

Schülerinnen und Schüler sowohl in der Schule als auch zu Hause zu unterrichten, also in einer Mischung aus Präsenz- und Distanzunterricht, erzeugt für die Lehrkräfte eine enorme, zusätzliche Arbeitsbelastung.

Präsident Ralf Wieland:

Frau Kollegin! Ich darf Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kluckert zulassen.

Regina Kittler (LINKE):

Ich mache den Satz zu Ende, dann gern. – Die wird noch dadurch verschärft, dass die Mehrzahl der Schulen nicht über ein stabiles Internet verfügt, wir haben es gerade noch mal richtigerweise gehört, und die Lehrkräfte dann zwischen Schule und Zuhause pendeln müssen, weil sie nur dort einen ordentlichen Internetzugang haben. – Herr Kluckert.

Florian Kluckert (FDP):

Vielen Dank, Frau Kittler, dass Sie die Frage zulassen. Viele haben dazu gar nicht den Mut. Deshalb schon einmal herzlichen Dank dafür, die Frage stellen zu dürfen. Die Frage treibt mich tatsächlich um, die ist jetzt gar nicht polemisch gemeint.

(Florian Kluckert)

[Steffen Zillich (LINKE): Wie heißt sie denn jetzt, Mensch!]

Da Sie sagen, wir müssen die Schulen sicher machen, auch Tests in den Schulen durchführen, habe ich den Senat in einer Schriftlichen Anfrage befragt, für welche Tests er die Kosten übernimmt. Darauf habe ich als Antwort bekommen, er übernimmt die Testkosten für Personal in den Schulen und Kitas. In einer erneuten Anfrage habe ich gefragt, wie viele er denn übernommen hat, dazu hat er geschrieben: bisher gar keine. – Muss man daraus folgern – ich habe fünfmal nachgefragt, bisher keine Antwort bekommen, aber Sie sind ja Regierungskoalition –: Wurde in den Schulen überhaupt getestet oder wird in den Schulen gar nicht getestet?

Regina Kittler (LINKE):

Nun bin ich ja nicht im Senat. Falls Sie das noch nicht gemerkt haben, würde ich Ihnen das gern sagen wollen.

[Heiterkeit bei der LINKEN – Heiterkeit bei Paul Fresdorf (FDP)]

Aber soweit ich weiß, sind gestern 20 Busse unterwegs gewesen und haben getestet.

[Carsten Schatz (LINKE): Acht Busse, in 20 Schulen!]

Wie viele da getestet wurden, das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Gegenwärtig sind ja die Schulen einfach auch mal geschlossen. Was da im vorigen Jahr an Zahlen aufgelaufen ist, kann ich Ihnen auch nicht sagen. Da müssen Sie dann wirklich noch mal die Senatorin fragen.

[Stefan Evers (CDU): Keine Distanzierung!]

Das tut mir sehr leid. Aber die bin ich nicht.

[Paul Fresdorf (FDP): Noch nicht!]

So. Also neben den Inzidenzen unter 50 – dabei war ich gerade – müssen wir auch eine funktionierende Teststrategie

[Paul Fresdorf (FDP): Als hätte er es gewusst!]

– genau! – für Schülerinnen und Schüler und Kolleginnen und Kollegen sowie Schutzausrüstung für die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen haben. Schnelltests und FFP2-Masken müssen jetzt zur Verfügung stehen. In NRW bekommt übrigens jede Kollegin, jeder Kollege an jedem Diensttag zwei FFP2-Masken ausgehändigt. Ich glaube, das können wir auch. Die Lüftungsanlagen müssen ausreichend installiert sein, das kam hier heute auch schon mehrfach zur Sprache – sehr richtig. Da ist auch die Variante der Lüftungsanlagen, die das Max-Planck-Institut entwickelt hat und die jetzt für 200 Euro pro Stück in allen Grundschulen von Mainz installiert werden, eine Option.

Heute ist mehrfach betont worden, wie wichtig Präsenzunterricht ist. Natürlich ist er wichtig. Schule als sozialer Raum ist unglaublich wichtig, aber welche sozialen Erfahrungen machen Schülerinnen und Schüler gerade? Dass ihre Gesundheit nicht so wichtig ist wie eine Klassenarbeit oder eine Klausur? Ist es nicht wichtig, jetzt erst einmal die Inzidenzen unter 50 zu bekommen, damit Infektionen auch wieder nachverfolgt werden können, damit der Zustand vom Herbst sich nicht wiederholt, dass immer wieder ganze Jahrgänge in den Schulen in Quarantäne müssen, und das oftmals, nachdem sie gerade eine Woche wieder vor Ort waren?

Dieses Schuljahr ist kein normales Schuljahr, so wie das letzte es auch schon nicht war – da werden auch wieder Entscheidungen gefällt werden müssen, die Schulabschlüsse für einzelne Schülerinnen und Schüler gerecht ermöglichen.

[Heiko Melzer (CDU): Dafür gibt es bestimmt schon einen Plan!]

Dieses nicht normale Schuljahr verlangt allen Beteiligten unglaublich viel ab, auch den Eltern. Sie brauchen mehr Unterstützung durch den Staat. Sie brauchen finanzielle Hilfen, Hilfen durch Jugendämter und Schulen, zusätzlichen bezahlten Urlaub, verkürzte vollbezahlte Arbeitszeiten, Homeoffice, wo es möglich ist. Dieses eben nicht normale Schuljahr sollte Schulen ermöglichen, in der Umsetzung von Bildung und Betreuung in der Zeit der Coronakrise weitgehend autonome Entscheidungen treffen zu können, die an die Bedingungen vor Ort – also das aktuelle Infektionsgeschehen, das vorhandene Personal, die zur Verfügung stehenden Räume und die technischen Möglichkeiten – angepasst sind.

Durch den Senat ist auch über die jetzige Regelung hinaus Rechtssicherheit zu schaffen, um den Schulen zu ermöglichen, dass nach coronabedingten Ausfällen und Einschränkungen auf Klassenarbeiten und Klausuren verzichtet werden und die Zeugnisbewertung zum Halbjahrs- bzw. Semesterende auf Basis der sonstigen Bewertung erfolgen kann. Ich bitte für die Linksfraktion die Senatorin dringlich, unsere Argumente zu bedenken, mit uns zu beraten und die gestern getroffene Entscheidung zu ändern.

[Heiko Melzer (CDU): Oha!]

Uns liegen hier vier Anträge zur Abstimmung vor. Warum wir den AfD-Antrag ablehnen werden, ging wohl aus meiner bisherigen Rede hervor.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Nee! Sie haben nichts dazu gesagt! – Stefan Evers (CDU) Das ist in der Koalition nicht vorgesehen!]

– Dann haben Sie nicht zugehört! – Ergänzend will ich hinzufügen, dass die Begründung unter Bezug auf den Verband Deutsches Netzwerk Evidenzbasierte Medizin schon mal durch den ZDF-Faktencheck untersucht wurde. Da können Sie gerne noch mal nachlesen, wenn Sie dazu etwas wissen wollen.

(Regina Kittler)

[Frank-Christian Hansel (AfD): „Hart aber fair“ war auch interessant!]

In den von CDU und FDP vorgelegten Anträgen finde ich einiges sehr unterstützenswert.

Präsident Ralf Wieland:

Frau Kollegin! Sie müssten zum Ende kommen.

[Georg Pazderski (AfD): Endlich!]

Regina Kittler (LINKE):

Was?

Präsident Ralf Wieland:

Sie müssten zum Ende kommen!

Regina Kittler (LINKE):

Sofort! – Zu den Vorschlägen der FDP habe ich mich sowohl hier als auch im Ausschuss schon ausreichend geäußert. Aus dem Antrag der CDU kann ich mich der Aussetzung des Präsenzunterrichts und der Forderung nach Schnelltests bei Rückkehr in die Schulen anschließen, auch das habe ich bereits begründet. Die darüber hinaus vorgeschlagenen Maßnahmen werden aber entweder gerade erfüllt oder lassen sich in der vorgeschlagenen Zeitschiene wirklich nicht bewältigen.

[Zuruf von Heiko Melzer (CDU)]

In der präsenzfreien Zeit, also in einem Monat, alle Schulen an Breitband anzuschließen – Entschuldigung – und denen dann noch ein leistungsfähiges WLAN zur Verfügung zu stellen, ist eine Forderung, von der Sie selbst wissen, dass das blanker Populismus ist.

[Beifall bei der LINKEN]

Präsident Ralf Wieland:

So, vielen Dank! – Das mit der Zwischenfrage hat sich erledigt.

Regina Kittler (LINKE):

Hätte ich auch wieder mal gerne gemacht für Sie.

Präsident Ralf Wieland:

Die Redezeit war jetzt aber wirklich schon stark überschritten. – Im Anschluss bekommt dann Herr Hansel von der AfD-Fraktion das Wort. – Gedulden Sie sich noch eine Sekunde, Herr Kollege, dann geht es weiter. – Entschuldigung, dann kommt jetzt doch zuerst eine Kurzintervention des Abgeordneten Stettner für die CDU-Fraktion.

Dirk Stettner (CDU):

Vielen Dank für die Möglichkeit! – Auch ganz kurz: Sehr geehrte Frau Kittler! Ich möchte nur kurz das technische Missverständnis auflösen. Natürlich gehen wir nicht davon aus, dass das, was in den letzten – –

[Regina Kittler (LINKE): Es ist gerade so laut, ich kann Sie gar nicht verstehen!]

Ich habe mich offenbar nicht ganz klar ausgedrückt, was das Breitband oder das WLAN angeht. Es gibt ja durchaus die Möglichkeit, die Schulen über LTE, über Funk, anzuschließen, und die Angebote der Telekom dafür liegen vor. Das wäre durchaus, wenn wir das wollen, in vier Wochen realisierbar. Ich stelle Ihnen gern den Kontakt her, es ist umsetzbar.

[Regina Kittler (LINKE): Für 800 Schulen?]

Ich sage Ihnen einfach, wie die Realität ist: Liegt vor, haben wir abgefragt.

[Steffen Zillich (LINKE): Dann müssten wir es mal im Ausschuss diskutieren!]

– Können wir gern – haben wir schon ein paar Mal versucht zu diskutieren. – Ansonsten freue ich mich sehr, dass wir viele Übereinstimmungen haben. Vielleicht bekommen wir es ja hin, gemeinsam die Senatorin zu überzeugen, von diesem Stufenplan wieder abzuweichen. – Danke schön!

[Beifall bei der CDU]

Präsident Ralf Wieland:

Keine Erwiderung? – Kleinen Moment, Herr Hansel, wir müssen noch mal saubermachen. Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Frank-Christian Hansel (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Berliner! Die AfD-Fraktion hat heute eine klare Botschaft: Ginge es nach uns, würden die Schüler aller Klassen umgehend und inzidenzunabhängig zum Präsenzunterricht zurückkehren, immer natürlich unter Beibehaltung der Hygienemaßnahmen. Auch die Angebote der Kindertagesbetreuung und Hortbetreuung hätten offen bleiben sollen. Die Frage, wie mit Kitas und Schulen umzugehen ist, kann nicht rein nach Infektionsschutzgesichtspunkten entschieden werden. Kinder verdienen den Schutz der Gemeinschaft und dürfen nicht als Lastenträger der Gesellschaft missbraucht werden. Die Bekämpfung der Coronapandemie darf nicht auf dem Rücken der Schüler ausgetragen werden.

[Beifall bei der AfD]

Es ist nicht Aufgabe der Kinder, die Erwachsenen zu schützen. Unter den Empfehlungen der Wissenschaftler wurde den Stimmen der Kinderärzte zu wenig Gehör geschenkt. Prof. Dr. Hans-Iko Huppertz von der

(Frank-Christian Hansel)

Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin erklärte bereits im Spätsommer 2020, die Schulöffnung sei notwendig und ohne Alternative. Die Öffnung der Schulen müsse vollzogen werden, um das Recht der Kinder und Jugendlichen auf Bildung zu garantieren. Huppertz pointierte seine Forderung:

> Die Öffnung – und das Offenhalten – von Schulen und Kindergärten ist ein Kinderrecht!

[Beifall bei der AfD]

Zu einer Gesamtstrategie gegen Covid-19 muss es auch gehören, über die humanitären Kosten der verhängten Maßnahmen zu sprechen. Es reicht nicht aus, sich durch Expertise von Virologen leiten zu lassen, denn bei allen Entscheidungen müssen auch die Nebenwirkungen abgewogen werden und die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben – wir haben das heute Morgen besprochen –, vor allem dann, wenn, wie SPD-Kollege Isenberg – er ist ja noch im Raum –

[Zuruf von Thomas Isenberg (SPD)]

– heute einmal ehrlicherweise – nein, sogar aus lauter Verzweiflung dreimal – ehrlicherweise wiederholt zugegeben hat, wir es nicht wissen. Wir wissen nicht, was morgen oder in sechs Wochen ist. Und Michael Müller – da sitzt er – hat ja auch eingestanden, dass er es nicht weiß.

[Heiterkeit bei der CDU und der FDP]

Das ist ja gar nicht so lustig. Aber wir wissen es nicht, und die Frage ist doch berechtigt, nein, politisch zwingend, meine Damen und Herren – ich wollte schon sagen: „Liebe Freunde!“ –:

[Heiterkeit]

Kann ein Nicht-wirklich-Wissen zu Entscheidungen kommen, die andererseits wissend Schaden anrichten? Das ist doch die Frage, die wir hier diskutieren.

[Beifall bei der AfD –
Zurufe von Heiko Melzer (CDU)
und Steffen Zillich (LINKE)]

Und zu den Kollegen da drüben und auch Mitte rechts – Sie würden ja eigentlich nach meinem Eindruck weiter rechts sitzen; wir sind ja Mitte rechts, liebe Kollegen –: Nein, wir sind keine Coronaleugner. Das sage ich mal ganz deutlich: Wir sind keine Coronaleugner, und hören Sie auf mit Ihrem verlogenen und dummen Anti-AfD-Narrativ, das Sie wider besseres Wissen hier von sich geben. Es wird Ihnen auch nichts helfen. Wir werden uns von unserer parlamentarischen Pflicht, falsche Politik als das zu kategorisieren, was sie ist – nämlich falsch – nicht abbringen lassen.

[Beifall bei der AfD –
Zuruf von der AfD: Bravo!]

Die Schulschließungen haben zu einem massiven Rückgang an Lernleistungen sowie zur Verschärfung sozialer Ungleichheit geführt. Lernen ist ein aufeinander aufbauender Prozess. Stillstand beim Lernen bedeutet Rückschritt. Infolge der Schulschließungen wird nicht nur weniger Wissen erworben, vielmehr gehen bereits erlangte Fähigkeiten wieder verloren. Die bildungsökonomischen Folgen der Schließungen sind gravierend.

Die Kultusministerkonferenz hat in ihrem Beschluss vom 4. Januar 2021 zugestanden, welche große pädagogische Bedeutung der Präsenzunterrichts hat; Frau Kollegin Lasić hat auch darauf hingewiesen. Die Kultusminister bekräftigen, dass eine Aussetzung der Präsenzpflicht bzw. der Distanzunterricht in den Schulen über einen längeren Zeitraum nicht ohne negativen Folgen für die Bildungsbiografien und die soziale Teilhabe der Kinder und Jugendlichen bleibt. Nur die notwendigen Konsequenzen zog die KMK aus den genannten Erkenntnissen nicht. Die Konsequenz aber kann nur die umgehende Öffnung der Schulen und die Rückkehr zum Präsenzunterricht sein.

[Beifall bei der AfD]

Die Plattform Lernraum Berlin ist, wir haben es heute alle gesagt und gehört, gescheitert. Dies bekräftigt, wie wichtig es ist, zum Präsenzunterricht zurückzukehren. Das Wechsel- und Teilungsmodell ist keine gleichwertige Alternative. Insbesondere Grundschüler machen im Distanzunterricht wenige oder gar keine Fortschritte, wie eine niederländische Studie zeigt.

Es gibt auch Studien zum Infektionsgeschehen an Schulen und Kindertagesstätten. Allgemein anerkannt ist die Erkenntnis, dass der Krankheitsverlauf bei Kindern milder ist und sie weniger Symptome zeigen. Das verdeutlicht: Die Schließung von Schulen und Kitas dient nicht dem Schutz der Kinder – das klang bei Ihnen, Frau Kittler, vorhin ein bisschen so an –, nein, sie dient der Eindämmung der Pandemie auf Kosten der Kinder.

[Beifall bei der AfD]

Das kann man ja wollen, aber dann muss man es auch sagen. Belastbare Studien, dass Schulen stille Hotspots der Coronapandemie seien, gibt es nicht. Schulen und Kitas sind keine Treiber der Pandemie, nichtsdestoweniger haftet Kindern von Anbeginn der Coronapandemie der Ruf der Virenschleuder an, womit sie zu Sündenböcken gemacht werden. Das kann es nun wirklich nicht sein.

Untersuchungen weisen darauf hin, dass jüngere Kinder weniger ansteckend sind. In Studien, in denen Kontaktpersonen von infektiösen Personen untersucht wurden, zeigte sich bei Kindern im Vergleich zu Erwachsenen eine geringere Empfänglichkeit. Kinder im Kindergartenalter sind nach Erkenntnis sogar des RKI noch weniger empfänglich für eine Infektion mit SARS-CoV-2 als Kinder im Schulalter.

Bei Neuinfektionen handelt es sich im Übrigen um Laborbefunde, die erheblich von Testaktivitäten und

(Frank-Christian Hansel)

Testverfahren abhängig sind, die sich häufig ändern. Wir haben das heute Morgen auch schon gehört: Es gibt sehr viele dazu, und es gibt kein standardisiertes Muss für diese Testverfahren. Maßnahmen von einer Zahl abhängig zu machen, die die Schwere der Situation undifferenziert abbildet, wird von Expertenseite als höchst problematisch bewertet. Die Coronaneuinfektionen in Berlin sind seit dem 23.12. letzten Jahres deutlich und anhaltend rückläufig. Spekulative Überlegungen über einen Anstieg von Infektionszahlen sind daher nicht geeignet, das Recht auf Bildung zu beschneiden.

Ich möchte es noch einmal wiederholen: Weder Sie, Herr Regierender Bürgermeister, noch Sie, Frau Schulsenatorin, noch wir wissen es. Aber dieses Nichtwissen erlaubt nicht, wissend Schaden anzurichten –

[Beifall bei der AfD]

weder im Bildungssektor, noch in der Wirtschaft, noch in der Gastronomie, noch in allen betroffenen Bereichen, das ist doch das Problem.

Statt Bekundungen, wie Sie, Frau Kollegin Lasić sie heute eindrucksvoll vorgetragen haben, wie sehr man sich doch den Präsenzunterricht eigentlich wünschen würde, wäre seitens der Bildungssenatorin ein entschiedener Widerspruch gegen die Schulschließungen angebracht gewesen. Ich hoffe, dass Sie Corona nicht dazu nutzen, um die grundsätzliche Bildungskatastrophe der letzten 20 Jahre SPD-Bildungsexperimente kaschieren zu wollen. Sie müssen es aber ohnehin selber verantworten. – Vielen Dank!

[Beifall bei der AfD]

Präsident Ralf Wieland:

Für die Grünen ist die Redezeit aufgeteilt. Zuerst hat Frau Kollegin Burkert-Eulitz das Wort, dann Frau Remlinger.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir bewegen uns beim Thema Schule einmal wieder nicht im Schwarz-Weiß, sondern in vielen Graubereichen. Die gestrigen Entscheidungen im Senat sind eine Abwägung zwischen dem bildungspolitisch Notwendigen, den Bedürfnissen der Familien hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit und der Situation der aktuellen Infektionslage. Eine vorsichtige, stufenweise Öffnung ist nach unserer Sicht gangbar in den nächsten Wochen.

Auf den Familien liegt wieder ein hoher Druck: Homeoffice, die Arbeit als Hilfslehrkraft, im Catering und als Betreuerin oder Betreuer – das funktioniert nicht. Das führt zu Überforderungen aller. Daher ist es richtig und wichtig, darüber zu entscheiden, eine stufenweise Öffnung von Schulen zu geben. Mit Blick auf die Beschreibung der Familien ist die Umsetzung des schulisch angeleiteten Lernens von zu Hause mit den Jüngsten kaum umsetzbar. Sie brauchen die meiste Unterstützung durch ihre Eltern, eigentlich aber durch ihre Lehrerinnen und Lehrer. Es ist richtig, zuerst die Jüngsten wieder in die Schule zu lassen – in geteilten Gruppen mit täglich drei Stunden. Das ist wenig genug, vor allem aber keine große Entlastung für die Eltern, wenn die Kinder von 8 Uhr bis 10.30 Uhr in die Schule gehen.

Die Schulen weiter zu öffnen, kann mit einer umfassenden Teststrategie gelingen, mit den Schnelltests, die unsere Fraktionsvorsitzende heute schon gefordert hat. Es sind 20 Testbusse unterwegs; die müssen auch den Weg in die Schulen finden. Der Senat muss handeln und FFP-2-Masken für die Lehrerinnen und Lehrer beschaffen, und die Luftfilter müssen endlich in den Schulen ankommen. Soweit ich gelesen und gehört habe, werden am Ende des Monats mindestens in dem Bezirk, aus dem ich komme, die Luftreinigungsfilter vor Ort an den Schulen sein. Dann ist sehr wahrscheinlich mehr Unterricht möglich.

Wann wir wieder zum Regelunterricht zurückkommen, das ist offen und von vielen Faktoren abhängig. Kinder und Jugendliche monatelang aber nicht zur Schule gehen zu lassen, ist auch keine Alternative. Ein Inzidenzwert von 35, wie die CDU ihn fordert, werden wir nicht vor dem Sommer erreichen. Hieße dies dann, die Kinder blieben bis dahin zu Hause? Liebe CDU! Dann hilft auch keine Vorschule mehr!

[Heiko Melzer (CDU): Sie haben den Antrag nicht korrekt gelesen!]

Wir müssen weiter über die Situation an den Schulen diskutieren und nacharbeiten. Es wird weiterhin ein Spagat zwischen den verschiedenen Interessen sein. Es gibt alternative Räume, die hätten längst genutzt werden müssen und können.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Da müssten wir noch einmal ran, da müssten die Schulen vielleicht auch noch ein bisschen flexibler werden. Mir wurde dazu entgegengehalten, dass das schulorganisatorisch nicht möglich wäre. Ich weiß, dass zumindest in meinem Bezirk genügend Restaurantinhaberinnen und -inhaber bereit wären, ihre Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Katrin Seidel (LINKE)]

Präsident Ralf Wieland:

Dann hat jetzt Frau Remlinger das Wort.

Stefanie Remlinger (GRÜNE):

Vielen Dank, sehr geehrter Herr Präsident! – Werte Kolleginnen und Kollegen! Die derzeitige vorsichtige, schrittweise Öffnung tragen wir als Grüne mit – und nicht

(Stefanie Remlinger)

nur in der Koalition, das ist deutlich geworden. Ich möchte auch noch einmal betonen, dass wir als Grüne das aus den Gründen tun, die meine Kollegin Burkert-Eulitz gerade genannt hat. Es geht um die Fragen der Betreuung, es geht um die wirklich schmerzhafte Abwägung zwischen der Pandemie und dem Recht auf Bildung – dem Recht auf Bildung gerade der Jüngsten und der Gefährdetsten.

Wir Grüne tun das nicht, möchte ich betonen, weil wir grundsätzlich nicht an die Möglichkeiten digitalen Lernens, hybriden Lernens glauben würden, auch nicht, weil wir mit dem Zurverfügungstellen digitaler Werkzeuge nun wirklich nicht zufrieden sein können. Ja, dass der Lernraum Berlin Anfang der Woche nicht funktioniert hat, ist mehr als unglücklich. Er läuft aber wieder, und ich finde es auch richtig, dass zwischenzeitlich mit „ItsLearning“ ein zusätzliches Angebot eines guten und erfahrenen Anbieters an Bord genommen wurde.

Der digitale Weg bleibt dennoch steinig. Klar ist aber auch: Die Digitalisierung geht nicht mehr so weg, wie es hoffentlich die Pandemie tut. Deshalb ist alles, was wir dazu derzeit lernen, wertvoll, auch für die Zeit nach der Krise, und ich hoffe, dieser Gedanke hilft Ihnen, liebe Pädagoginnen und Pädagogen, euch, liebe Schülerinnen und Schülern, und allen Familien beim Durchhalten.

[Unruhe]

Präsident Ralf Wieland:

Einen Moment mal, Frau Kollegin! – Ich würde doch bitten, dass die Gespräche runtergefahren oder draußen geführt werden! Das ist sehr störend.

Stefanie Remlinger (GRÜNE):

Danke, Herr Präsident! – Wir haben ein nicht normales Schuljahr, und es wird bis zum Schluss kein normales Schuljahr sein. Das Schuljahr geht in Berlin am 24. Juni zu Ende, und wir müssen bei allem, was wir über die Impfmöglichkeit wissen, davon ausgehen, dass kaum viel früher ausreichend viele Menschen geimpft sein werden. Deshalb müssen wir weiterhin für alternative Szenarien vorbereitet und ausgestattet sein, und da muss jede Schule ausreichend Autonomie bekommen.

Wir alle teilen das Bedürfnis, in eine mittelfristige, planbare Perspektive zu kommen. Im Herbst waren wir auf dem Stand, dass für die Schulen eine Bereichsausnahme gemacht werden kann und der Stufenplan auf einzelschulischen Inzidenzwerten basiert. Und der Stufenplan sah bis auf die Stufe Rot Vollbeschulung vor, konnte aber nicht gewährleisten, dass innerhalb der Schulräume Abstand gehalten werden kann. Ob wir diese beiden Faktoren so im Februar wiederholen können – darüber müssen wir neu diskutieren. Ich plädiere dafür, den Schutz der schulischen Akteure höher zu gewichten.

Deshalb haben meine Fraktionsvorsitzende und die Kollegin Burkert-Eulitz völlig zu Recht die notwendigen Bedingungen benannt, um überhaupt zu schulischer Präsenz – sei es in einem Wechselmodell, geschweige denn in einem Stufenplan – in diesem Schuljahr zurückkehren zu können: nämlich dass wir eine Schnelltesstrategie für die Schulen, die Beschäftigten und die Schülerinnen und Schüler brauchen, dass wir FFP2-Masken und Luftfilter auf breiter Ebene brauchen – und bitte sprechen Sie mit dem THW!

Bis dahin bedanke ich mich sehr herzlich bei allen Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern, Schulleitungen und Familien, die aus der Situation das Beste machen, die gute Ideen austauschen und überhaupt gerade jetzt solidarisch näher zusammenrücken. Vielen, vielen Dank! Bitte halten Sie durch! Bitte bewahren Sie gute Nerven! Es wird irgendwann besser werden; dafür arbeiten wir. – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Präsident Ralf Wieland:

Danke schön! – Es folgt dann Herr Fresdorf von der FDP-Fraktion.

Paul Fresdorf (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Eltern zuhause, die versuchen, in dieser Woche schon das Unmögliche möglich zu machen, nämlich Homeschooling und Homeoffice miteinander zu vereinbaren. Das ist, glaube ich, gerade für Eltern von kleineren Kindern eine Riesenherausforderung. Wer das noch nicht erlebt hat, dem empfehle ich zu versuchen, das nachzuempfinden, neben den Verpflichtungen, die man gegenüber seinem Arbeitgeber hat, auch den Kindern und der Bildungsverpflichtung gegenüber diesen Kindern gerecht zu werden. – Das zerreißt einen förmlich, und ich danke all denen, die ihre Kraft dafür zusammennehmen, dies zu tun, und ganz speziell meiner Frau, dass sie das für uns tut. Vielen Dank für dieses tolle Engagement!

[Beifall bei der FDP, der CDU und den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Es ist der mittlere Wahnsinn, in dem man sich dann zuhause befindet und den man irgendwie durchstehen muss.

Bildungspolitik ist in der Politik das, was Fußball im Sport ist: Jeder war schon mal in der Schule, jeder kennt sich aus und ist der Meinung, er müsse der bessere Bildungssenator oder die bessere Bildungssenatorin sein.

[Zuruf von Frank-Christian Hansel (AfD)]

Das sind in Berlin ungefähr 3,7 Millionen, die das für sich beanspruchen. – Es ist ein hartes Pflaster, auf dem man sich da bewegt, und Frau Scheeres ist in der Tat

(Paul Fresdorf)

nicht zu beneiden, weil es einfach viel zu viele Meinungen von links, von rechts, von oben, von unten, von hinten gibt, mit denen man sich auseinandersetzen muss. Es gibt auch keine richtige Lösung für das Thema, denn wir wissen noch nicht, wie sich alles auswirkt: Lassen wir die Kinder zuhause, schützen wir die Lehrkörper? Lassen wir sie wieder komplett in die Schule gehen? Nehmen wir einen ausgewogenen mittleren Weg? – Was das Richtige am Ende des Tages ist, das weiß heute keiner von uns so genau, und darum man eine Abwägung machen, wenn man sich mit diesem Thema befasst.

Das haben wir als FDP-Fraktion getan. Wir haben uns überlegt: Was ist wichtig; was muss man beachten? Was braucht die Bildungslandschaft in Berlin? Und vor allem: Was brauchen die Kinder? – Das muss, glaube ich, das Wichtigste bei diesem ganzen Thema und der Betrachtung sein. – Uns ist klar, dass gerade die Jüngsten, die Grundschülerinnen und Grundschüler in der 1. bis 4. Klasse besondere Schwierigkeiten haben. Es sind nicht nur Herausforderungen, sondern es ist wirklich sehr schwer für sie, schulisch angeleitetes Lernen zuhause zu haben, wenn die Eltern werktätig sind. Da alleine irgendwie durchzukommen, ist so gut wie unmöglich. Darum müssen wir sie, um die Familien zu entlasten, so schnell wie möglich in den Regelunterricht zurückholen, weshalb wir vorschlagen, dies ab dem 18. Januar zu tun; Frau Senatorin Scheeres macht es ja in einem Stufenplan zumindest bis zur 3. Klasse ähnlich.

[Beifall bei der FDP]

Bei dieser Entscheidung, Frau Scheeres, haben Sie uns an Ihrer Seite, denn uns ist wichtig, dass wir diese Kinder nicht zurücklassen, dass wir Lernerfolge nicht kaputt machen, die erworben wurden, und dass wir den Kindern die Möglichkeit geben, ihren Bildungsweg erfolgreich zu beschreiten. Denn es trifft ja immer vor allem die, die es sowieso schon nicht leicht im Bildungssystem haben: Das sind Kinder von Eltern, die sich nicht für ihre Kinder bildungsmäßig einsetzen können, die es teilweise nicht wollen, und diesen Kindern müssen wir helfen. Um kein Kind zurückzulassen, ist es uns wichtig, diese Kinder in die Schule zu holen, und zwar so schnell wie möglich.

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Stefanie Remlinger (GRÜNE)]

Darum ist dieser Plan so nicht falsch, und ich bin sehr gespannt, Frau Scheeres – Sie haben ja in Ihrer Koalition enormen Druck von der Linken bekommen –, was Sie dazu sagen. Vielleicht möchten Sie ja noch eine Grußadresse an Frau Kittler heute loswerden und das einordnen. Das wäre, glaube ich, angemessen, denn wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde; das muss man ganz ehrlich sagen. In einer Koalition ist es schon schwierig, wenn man so öffentlich miteinander umgeht.

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Kurt Wansner (CDU und
Roman Simon (CDU)]

Natürlich streiten wir um die besten Ideen, weshalb wir Ihnen heute einen dringlichen Antrag vorgelegt haben, der Ihnen ein Stufenmodell vorschlägt, wie wir die Berliner Schülerinnen und Schüler wieder in die Schule holen, aber auch anderes vorschlägt. Das ist, glaube ich, entscheidend, denn wir sind ja momentan in einem Spannungsdreieck: Wir haben auf der einen Seite das Bildungsinteresse der Kinder. An dem anderen Punkt haben wir das Betreuungsinteresse der Eltern, und der andere Teil des Dreiecks, lieber Torsten Schneider, ist natürlich das Sicherheitsinteresse der Lehrerinnen und Lehrer, denn wir reden wir auch über Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und das Schutzinteresse und die Schutzverpflichtung, die das Land Berlin diesen gegenüber hat. Und in der Mitte dieses Dreiecks haben wir dann noch die Pandemiebekämpfung.

Es ist also eine große Herausforderung, vor der wir stehen. Wir schlagen Ihnen vor, die Lehrerinnen und Lehrer in der Schule besser zu schützen, indem wir zum einen mit FFP2-Masken arbeiten, zum anderen zweimal wöchentlich mit Schnelltests für die komplette Schule agieren für Lehrende und Lernende, und dass wir auch den Lehrern Schutzmaßnahmen in Form von Plexiglasscheiben um ihren Pult herum ermöglichen, damit sie einen sicheren Platz im Klassenraum haben, wo sie sich nicht infizieren können, wenn der Abstand zur Klasse nicht groß genug ist.

[Beifall bei der FDP]

Ich denke, es ist eine sehr vernünftige Idee, dies zu tun, denn wir müssen auch der Verantwortung gegenüber Lehrerinnen und Lehrern gerecht werden.

Dann haben wir heute einen weiteren Tagesordnungspunkt zur Beratung – einen Antrag, den wir Ihnen im Mai letzten Jahres vorgelegt haben. Im September irgendwann kam es dann im Bildungsausschuss zur Beratung, und da wurde uns gesagt: Na ja, diese 30 Punkte, die Sie da gemacht haben, hätten Sie gar nicht machen müssen, die haben wir alle schon längst gemacht! – Ja, nachdem wir Ihnen diesen Antrag vorgelegt haben! Und ich habe Ihnen schon oft gesagt: Mit unserer Inkompetenzkompensationskompetenz stehen wir Ihnen gern zur Verfügung und helfen Ihnen.

Ich will Ihnen ein paar Punkte aufzählen, die umgesetzt wurden: Wir haben gesagt, wir brauchen halbe Klassen und ein Rotationssystem im Falle einer höheren Pandemiezahl. – Das ist in Plan B übernommen worden. Wir haben gesagt: Wir wollen flexiblen Unterrichtsbeginn: Das wurde umgesetzt. Computer für Lehrende und Lernende: werden zumindest beschafft; wir wissen alle, dass das ewig dauert. Aufsuchende Betreuung durch Lehrerinnen, Lehrer und Sozialarbeiter: findet statt. Digitale Qualifizierung für das gesamte Lehrpersonal: ist nach Auskunft der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie am Laufen. Die Anwerbeoffensive für kompetente Quereinsteiger läuft, Onlinematerial für Lehrerende

(Paul Fresdorf)

und Lernende wird erarbeitet, und ein Digitalisierungsbüro kann man in dem Referat „Schule in der digitalen Welt“ finden und umsetzen, also sind wir sehr froh, dass wir Sie da unterstützen konnten.

[Torsten Schneider (SPD): Also erledigt!]

– Einige Punkte ja, bei den anderen hoffen wir, die noch in der Umsetzung zu erleben. – Wir haben alle gemeinsam das Lernraum-Berlin-Drama erlebt. Der Kollege Buchner sagt, das sei kein Drama. Kollege Buchner, das ist ein Drama in mehreren Akten, was wir hier erlebt haben; hier muss es wirklich vorangehen.

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Adrian Grasse (CDU) und
Roman Simon (CDU)]

Es ist gar nicht schlecht, dass das Land Berlin versucht, eine digitale Lernplattform aufzubauen, nur sollte es nicht bei Versuchen bleiben. Es sollte natürlich auch zu einem erfolgreichen Abschluss kommen, aber es sollte auch nicht das alleinige Mittel sein. Wir sehen, was passiert, wenn ich mich nur auf eine Lösung konzentriere: Habe ich da ein Problem, dann liegt die ganze Bildungslandschaft brach. Das darf nicht so sein, also brauchen wir eine Positivliste von weiteren Anbietern und nicht nur einem weiteren, sondern mehreren, die die Schulen nutzen können, und wo auch die Kosten vom Land Berlin getragen werden und nicht von den Fördervereinen oder Sponsorenläufe oder Ähnliches noch eingetrieben werden müssen, dass Schülerinnen und Schüler so etwas nutzen können.

Das Piepen hinter mir erschreckt mich, denn meine Zeit ist vorbei – zumindest für diese Rede. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass Frau Scheeres noch ein paar passende Worte für Frau Kittler findet, und wünsche Ihnen erst mal einen schönen Abend!

[Beifall bei der FDP]

Präsident Ralf Wieland:

In der Tat hat der Senat noch einen Antwortbeitrag der Senatorin Scheeres angemeldet. – Bitte schön, Frau Senatorin, Sie haben das Wort!

Senatorin Sandra Scheeres (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Coronapandemie, die Krise, hat massive Auswirkungen auf die Lebenssituation, auf die Lebenslagen – –

Präsident Ralf Wieland:

Frau Senatorin, einen kleinen Moment bitte. – Ich sage das jetzt mal in Richtung der AfD-Fraktion: Wir haben eine ganz klare Anweisung, dass Sie auf Ihren Plätzen sitzen bleiben sollen. – Herr Lindemann, das gilt auch für Sie. Und sich dann hier unter Unterschreitung des Mindestabstands auch noch ohne Mund-Nasen-Schutz zu unterhalten – Sie gefährden nicht nur sich, sondern das Infektionsrisiko gilt auch für alle anderen Kolleginnen und Kollegen. Ich bitte, das ein bisschen ernster zu nehmen. – Frau Senatorin, bitte setzen Sie fort!

[Beifall bei der SPD, der CDU, der LINKEN, den
GRÜNEN und der FDP –
Gunnar Lindemann (AfD): Das ist aber lehrerhaft!]

Senatorin Sandra Scheeres (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie):

Die Coronakrise hat massive Auswirkungen auf die Lebenssituation und die Lebenslagen aller Berlinerinnen und Berliner. Wir gehen diese Zeit gemeinsam seit mehreren Monaten, und wir erleben und sehen, was Verzicht auch bedeutet, was Einschränkung bedeutet. Wir haben vielfältige Erfahrungen in Bezug auf den Bildungsbereich, gerade was den Lockdown angeht, was das für Kinder, Jugendliche und Familien bedeutet.

Ich möchte damit anfangen, mich auch bei den Familien zu bedanken, weil ich weiß, welche Einschränkungen sie haben, weil wir immer wieder die Schul- und Kitaangebote reduzieren mussten. Das war richtig so, weil der Gesundheitsschutz für alle wichtig ist, aber wir haben auch durchgängig das Recht auf Bildung im Blick und hier muss immer ein Abwägungsprozess vorgenommen werden.

Wir haben gesehen, was das für die Familien bedeutet: Homeoffice, zu Hause arbeiten, aber auch die Kinder zu betreuen. Klar, das ist unterschiedlich, abhängig vom Alter der Kinder: Je kleiner die Kinder sind, desto schwieriger und anstrengender ist auch die Situation. Ich möchte es einfach noch mal ansprechen, vielleicht hat das der eine oder andere vergessen: Wie war den die Situation während des ersten Lockdowns? – Ich kann mich noch sehr gut an die Debatten hier in diesem Parlament erinnern, und ich kann mich noch sehr gut daran erinnern – die Senatskollegen und die Fraktionsvorsitzenden sicherlich auch –, wie die Eltern während unserer Senatssitzung mit klappernden Töpfen vorm Roten Rathaus standen und gesagt haben: Macht die Schulen auf, macht die Kitas auf, wir können nicht mehr! Wir schaffen das nicht, wir haben die Kraft nicht mehr, wir bekommen das alles nicht mehr hin! – Und ich erinnere mich an die Debatten hier in diesem Parlament, wo ich aufgefordert worden bin, so schnell wie möglich Kitas und Schulen – immer vor dem Hintergrund des Gesundheitsschutzes der Kolleginnen und Kollegen in den Schulen – zu organisieren.

Ich finde, dass die unterschiedlichen Akteure, die unterschiedlichen Ebenen – ob das der Senat ist, und ich möchte auch mal die Bezirke als Schulträger und auch die Schulleitungen und die Kolleginnen und Kollegen in den

(Senatorin Sandra Scheeres)

Schulen erwähnen –, hier hervorragende Arbeit geleistet haben. Ich kann nur sagen, dass gerade unsere Pädagoginnen und Pädagogen über ihre Grenzen hinaus gegangen sind, um unseren Kindern auch Bildungsangebote in unterschiedlichen Settings anbieten zu können. – Herzlichen Dank! – Ich weiß auch, was das für die Pädagogen bedeutet und dass sie natürlich auch Angst haben, was den Gesundheitsschutz angeht. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der SPD, der CDU, der LINKEN, den GRÜNEN und der FDP]

Ich möchte mich an der Stelle auch beim Hygienebeirat bedanken. Wir sitzen wirklich regelmäßig so alle zwei Wochen zusammen. Da sitzen Mediziner, die Gewerkschaften, Elternvertreter und unterschiedliche Akteure, die im Bildungsbereich aktiv sind. Die sitzen gemeinsam mit uns zusammen, und wir bewerten und diskutieren regelmäßig die Situation im Rahmen der Coronakrise und besprechen die nächsten Schritte.

Ja, es hat sich einiges getan, aber es ist noch viel zu tun – das ist ganz klar. Gemeinsam wurde ein Handlungsrahmen erarbeitet, wie wir vorgehen. Die Kritik haben wir sehr ernst genommen, dass beim ersten Lockdown eben keine klaren Vorgaben da waren, wenn zu Hause oder im Wechselunterricht unterrichtet werden soll, welche Kriterien da sein müssen, damit alle Kinder gut und einheitlich begleitet werden. Das ist gemeinsam erarbeitet worden, weil wir es gesehen haben, dass Kinder abgehängt wurden, gerade in sozial benachteiligten Stadtteilen, dass sich Eltern nicht kümmern konnten oder die Möglichkeit nicht da war.

Die Mediziner und die Psychologen, Bundesverbände und Landesverbände haben uns deutlich gemacht, welche Auswirkungen der erste Lockdown jetzt schon für die Kinder hat, was die Lernleistungen angeht, aber auch was die gesundheitliche und soziale Situation angeht.

[Zuruf von Heiko Melzer (CDU)]

Die Kinderärzte haben uns berichtet, dass Kinder mit vielen Kilos mehr in die Schulen und ihre Kinderarztpraxen gekommen sind, dass sie krank waren, dass sie Sprachdefizite haben. All das dürfen wir nicht vergessen, wenn wir darüber reden, wie wir in den nächsten Wochen und Monaten mit der Pandemie gerade im Bildungsbereich umgehen. Das haben wir alles sehr ernst genommen.

Wir haben auch das Thema des Gesundheitsschutzes ernst genommen: dass wir Mund-Nasen-Bedeckungen und übrigens auch die FFP2-Masken für Lehrkräfte und CO_2-Messgeräte angeschafft haben. Ja, Herr Stettner, wir haben auch viele Millionen für die HEPA-Filter zur Verfügung gestellt.

Der Senat hat den Bezirken, die die Ausschreibungen vornehmen – das sind auch alle Parteien, die die Stadträte besetzen –, eine Blaupause für Ausschreibungen zur Verfügung gestellt. Wir arbeiten sehr gut mit den Bezirken zusammen und haben diese Ausschreibungen auch auf den Weg gebracht, sodass die HEPA-Filter hoffentlich bald auch in den Schulen ankommen werden.

[Heiko Melzer (CDU): In allen Klassen! Nicht nur in ausgewählten fensterlosen Klassen!]

Auch der Stufenplan ist gemeinsam mit vielen Akteuren erarbeitet worden.

Ich möchte hier eines betonen: Alles das, was wir im Rahmen des Stufenplans entscheiden, oder das, was der Senat in seiner letzten Sitzung entschieden hat, ist immer vorbehaltlich der Infektionslage. Wenn sich die Situation wieder verschlechtern sollte, dann muss man jede Maßnahme noch mal neu diskutieren: Können wir die Schritte, die wir im Senat besprochen haben, wirklich so umsetzen?

Aber was haben Sie denn gefordert? Was haben denn alle Fraktionen, die Eltern und die Schulleitungen gefordert? Sie wollten eine Planungssicherheit haben. Sie wollen über mehrere Wochen wissen, wie sie sich organisatorisch aufstellen müssen, weil das alles nicht trivial ist. Die Eltern müssen dieses Wissen für ihre Berufstätigkeit haben, um vielleicht auch die Betreuung zu organisieren, und die Schulleitungen müssen wissen, wie sie ihre Lehrer einsetzen – und die Erzieherinnen und Erzieher. Deswegen ist es doch richtig, dass wir in Berlin sogar sagen, dass wir einen Plan bis nach den Ferien aufstellen. Nicht das alle in den Ferien beunruhigt sind, was nach den Ferien passiert. Deswegen haben wir dieses auf den Weg gebracht. Ich sage es Ihnen auch noch einmal deutlich: Weder die Ministerpräsidenten noch der Senat, noch die Kultusministerkonferenz machen sich ihre Entscheidungen leicht. Sie durchdenken alles sehr intensiv, diskutieren alle möglichen Varianten durch. Ich glaube, es war Herr Buchner, der es auch angesprochen hat, man hört es auch hier im Parlament, dass die Positionen sehr unterschiedlich sind.

Es geht doch darum, für die Gesamtheit der Gesellschaft den besten Weg zu gehen. Es gibt natürlich die Menschen, ob es Lehrkräfte sind oder auch Eltern, die sehr große Sorge haben und sagen: Lasst besser die Schulen komplett zu. Die anderen sagen: Macht sie komplett auf. – Hier müssen wir einfach einen guten Mittelweg gehen, dass wir die besten Möglichkeiten für unsere Kinder, Jugendlichen und Familien, aber eben auch für unsere Lehrkräfte haben.

Deswegen haben die Ministerpräsidenten schon – im Dezember war es – den Ländern ermöglicht, die Abschlussklassen wieder hereinzuholen. Ich betone es: Das Land Berlin war hier sehr, sehr vorsichtig. Wir waren als Land, ich glaube, mit ein, zwei anderen Ländern, die einzigen, die gesagt haben, dass wir die Abschlussklassen noch nicht hereinholen. Die anderen Bundesländer haben die Abschlussklassen hereingeholt, teilweise sogar

(Senatorin Sandra Scheeres)

komplett. Jetzt haben der Senat, der Hygienebeirat und auch die Schulleiterverbände, mit denen ich das alles durchspreche, gesagt, dass wir schrittweise einen ganz vorsichtigen Weg gehen und evaluieren immer, ob wir diesen Weg auch gemeinsam gehen können. Wir holen erst am Montag die Abschlussklassen in halber Stärke hinein. Das haben andere Bundesländer schon im Dezember getan. Hier wird so getan, als wäre Berlin hier das einzige Bundesland, das Schulklassen in die Schulen holt. Viele Bundesländer haben dies schon im Dezember getan. Wir starten jetzt ganz, ganz langsam.

Ja, im Hygienebeirat, mit den Schulleiterverbänden, die sich übrigens sogar noch mehr gewünscht haben, als das, was wir im Senat beschlossen haben, waren die Grundschulen ein sehr wichtiges Anliegen, gerade die Kleinen. Wir haben so viele Berichte auch im letzten Hygienebeirat vom Bundesvorsitzenden, vom Landesvorsitzenden der Kinderärzte erhalten, was das bedeutet, wenn wir die Grundschüler sechs Wochen nicht in die Schulen holen, was das für die soziale Situation dieser Kinder, die Lernsituation, aber auch für die Eltern bedeutet. Das erleben die Kinderärzte, aber auch die Amtsärzte. Sie haben uns ans Herz gelegt, behutsam die Grundschulkinder hereinzuholen. Ihnen war es wichtig, dass wir mit den Kleinsten anfangen. Das haben wir auch diskutiert, ob es sinnvoll ist, mit der 5. und 6. Klasse wegen der Übergänge anzufangen. Nein, alle waren sich einig, dass wir mit den Kleinsten auch in halben Klassen an, diese in den Unterricht wieder hineinzuholen, damit sie uns nicht wegrutschen, bildungsmäßig nicht wegrutschen, sozial und auch was die Gesundheitssituation angeht.

Das Thema Kinderschutz ist hier auch fast von allen Fraktionen angesprochen worden. Das ist nicht trivial, wenn Eltern überfordert sind in solchen Situationen, was Kindern passieren kann. Ich kann nur sagen, wir müssen alle ein waches Auge haben, genau hinschauen. Deswegen haben wir auch Kinderschutzkampagnen und andere Dinge auf den Weg gebracht.

Ja, das Thema digitales Lernen ist angesprochen worden. Hier haben wir übrigens, auch wenn das anders dargestellt wird, seit Sommer den Lernraum ausgebaut und hier investiert. Sie können sich vorstellen, dass ich natürlich überhaupt gar nicht begeistert davon war, dass der Lernraum am Montag nicht funktioniert hat. Wir haben zwischen Weihnachten und Neujahr immer wieder Runden auch mit unseren Dienstleistern gehabt und haben darüber gesprochen, ob sie es hinbekommen, dass der Lernraum zum ersten Schultag wirklich auch komplett funktioniert. Sie waren sehr zuversichtlich und haben uns positive Zusagen gemacht. Das hat nicht geklappt. Ich kann Ihnen aber sagen, dass sie mit Hochdruck – es sind vier Dienstleister – daran gearbeitet, das hinzubekommen.

[Zuruf von Heiko Melzer (CDU)]

Der Lernraum ist jetzt seit drei Tagen stabil und wird genutzt. Die Schulen arbeiten auch mit anderen Systemen, Cloud-Systemen usw. Ich sage ganz klar, dass es am ersten Schultag nach den Ferien nicht gut gelaufen ist. Ich bin aber zuversichtlich, dass der Lernraum stabil bleibt. Wir arbeiten massiv daran, dass dieses auch so bleiben wird.

Es ist eine bewusste Entscheidung, eine durchdachte Entscheidung, jetzt stufenweise behutsam in die Schule wieder einzusteigen, weil unsere jungen Menschen die Schulabschlüsse für ihre Zukunft, den BBR, MSA und das Abitur und gute Ausbildungsplätze brauchen. Uns ist es wichtig, dass wir gute Rahmenbedingungen für unsere Lehrkräfte haben, dass der Gesundheitsschutz gewährleistet ist. Wir werden das im Blick haben und gemeinsam auch daran arbeiten und immer wieder jede Woche schauen – wir sind im Senat und in unseren Gremien zusammen –, ob wir das, was wir uns vorgenommen haben, wirklich auch so umsetzen können. Alle übernehmen hier auch eine verantwortungsvolle Arbeit und haben alle Kinder, Jugendlichen und Familien im Blick, aber auch die Beschäftigten. Vielen Dank einfach auch für das Engagement aller, die hier Vieles beitragen, dass es uns in den letzten Monaten so gelungen ist. Es ist klar, wir haben auch noch etwas zu tun. Das ist keine Frage. Das sehen wir auch in allen Bundesländern, dass es alle Kultusminister herausfordert. Ich kann Ihnen sagen, alle Kultusminister kämpfen für Präsenzunterricht. Sie kämpfen für jede Stunde. Ihnen ist aber auch klar, dass der Lockdown jetzt sein muss. Wir müssen jetzt behutsam vorgehen. Wenn der pauschale Lockdown eben beendet ist, können wir wieder darüber reden, auch in den Stufenplan einzusteigen, aber jetzt noch nicht. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD]

Präsident Ralf Wieland:

Jetzt ist damit auch noch einmal die Möglichkeit gegeben, dass sich die Fraktionen in einer zweiten Rederunde zu Wort melden. Bisher haben sich die CDU-Fraktion angemeldet, die FDP, die AfD nicht, die SPD nicht. Die Linke? – Nicht. Grüne? – Auch nicht. – Dann können wir es mit einer kleinen Überschreitung riskieren, ohne Lüftungspause den Rest abzuwickeln.

[Daniel Wesener (GRÜNE): Infektionsrisiko!]

Wer fängt an? – Die CDU beginnt. Herr Stettner hat das Wort.

Dirk Stettner (CDU):

Sehr geehrte Frau Senatorin! Zunächst einmal herzlichen Dank, dass Sie ans Pult getreten sind und Ausführungen gemacht haben. Ich kann auch verstehen, dass die Linkspartei und die Grünen jetzt nichts Neues mehr sagen wollen. Sie haben leider keine Antworten gegeben auf die Fragen, die wir gestellt haben. Das ist das Problem, das auch im Ausschuss immer vorhanden ist. Es soll nicht unsympathisch rüberkommen, ich möchte Ihnen

(Dirk Stettner)

überhaupt nichts Schlechtes, aber es gibt immer so viel Prosa und so wenig Fakten, die Sie sagen. Sie lassen sich treiben von allen möglichen Diskussionen und sagen, wir machen einen Stufenplan, wenn die Inzidenzen entsprechend sind. Wir haben eine aktuelle Inzidenz von, glaube ich, 176 in Spandau. Ist das die Inzidenzquote, von der Sie sagen: Prima, jetzt gehen wir wieder in die Schulen zurück? Ist das die Größenordnung? Ab wann fängt es für Sie an, unproblematisch zu werden? Das müssten Sie doch einmal sagen. Ab wann können wir den Berlinern sagen: Okay, ab 200 können die Kinder wieder in die Busse gesteckt werden, weil Frau Scheeres der Meinung ist, das ist dann sicher? Ist das so? – Wir glauben, dass das nicht sicher ist. Sie sagen nicht, wann es sicher ist.

Also machen Sie momentan etwas, was Sie gerade selbst ablehnen. Sie sagen, Sie möchten für sichere Lernumgebungen für die Lehrkräfte sorgen. Was haben Sie denn dafür getan, außer FFP2-Masken herauszugeben? Da ist doch nichts passiert für die Lehrkräfte. Bitte tun Sie doch nicht so, als ob die Lehrkräfte dem zustimmten, was Sie tun. Schauen Sie sich doch bitte einmal die Pressemitteilung der GEW von heute an. Mitnichten stimmen die Lehrkräfte dem zu, was Sie sagen. Es ist auch mitnichten dadurch besser geworden, dass Sie eine Blaupause für die Bezirke machen. Den Bezirken immer zu sagen, dass sie zuständig seien, hilft nicht. Es ist noch kein einziges Luftfiltergerät an einer Schule angekommen.

Ich fasse einmal zusammen: Es ist dort nichts passiert. Ich habe Sie gebeten, das zu erläutern, und Sie sagen: Hallo Bezirke, ihr macht das bitte, und die anderen Bundesländer machen es ja auch so.

Beim Lernraum Berlin ist es systemisch. Das ist doch bekannt. Es ist keine Applikation, die in der Lage ist, über 100 000 Accounts gleichzeitig zu verwalten. Das ist bekannt. Bitte fragen Sie mal irgendeinen aus Ihrem Haus, oder wenn Sie da keinen haben, beim ITDZ, der sich damit auskennt, dann werden Sie feststellen, am Lernraum Berlin arbeiten sehr engagierte Lehrkräfte. Das ist bekannt. Bitte fragen Sie mal jemanden aus Ihrem Haus – oder wenn Sie da keinen haben, beim ITDZ –, der sich damit auskennt. Dann werden Sie feststellen: Im Lernraum Berlin arbeiten sehr engagierte Lehrkräfte daran. Das ist systemisch, technisch nicht möglich, die notwendigen Accountmengen in Berlin abzudecken. – Danke schön!

[Beifall bei der CDU]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Dann nehme ich an: für die FDP noch mal Herr Fresdorf?

[Katrin Seidel (LINKE): Mal was Neues! –
Steffen Zillich (LINKE): Warum soll
ausgerechnet er etwas Neues sagen? –
Zuruf von Paul Fresdorf (FDP)]

Ich sehe, Herr Kollege, wir beide haben das gleiche Problem.

[Heiterkeit bei Paul Fresdorf (FDP) –
Paul Fresdorf (FDP): Ja, ja! Das führen wir
nicht weiter aus!]

Bitte schön!

Paul Fresdorf (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Vielen Dank, Frau Senatorin, dass Sie bei diesem wichtigen Punkt an das Rednerpult gegangen sind. Ich möchte mit Ihnen noch ein paar Punkte beleuchten, die besonders wichtig sind.

Wir haben über die Belastung der Eltern gesprochen. Die Frau Senatorin hat ausgeführt, welche Herausforderung es ist, Homeoffice und Homeschooling gemeinsam zu machen. Da brauchen wir auch Lösungen für die Eltern, denn es wird immer wieder mal die Möglichkeit geben, dass Eltern zu Hause sein müssen, um Kinder zu betreuen, wenn Klassen in Quarantäne geschickt werden usw. Da brauchen wir Regelungen, die greifen, und die Regelung kann nicht sein, dass man im Januar den ganzen Jahresurlaub aufbraucht und dann am Ende des Jahres Betreuungsprobleme hat. Hier brauchen wir bessere Entwürfe.

Frau Senatorin, ich habe gesagt: Wir stehen bei dem Thema stufenweises Wiederhochfahren der Schulen an Ihrer Seite, weil uns Regelunterricht sehr wichtig ist. Ich möchte aber nicht falsch verstanden werden: Wir sind der Meinung, dass wir schon viel weiter sein könnten, als wir es sind. Wir denken, dass sehr viel Zeit ins Land gegangen ist, wo nichts oder zu wenig getan wurde.

Natürlich wurden Briefe und große Anleitungen geschrieben. Wir haben nach der Sommerpause einen großen Stapel Papier im Bildungsausschuss auf dem Tisch gehabt, wo viele kluge Sachen niedergeschrieben wurden, aber Papier ist geduldig. Das, was man hätte machen müssen, wurde nicht gemacht. Es gibt unheimlich viele Busunternehmer in der Stadt, die durch diese Lage momentan freistehende Busse haben. Warum haben wir keinen Pakt zur Schülerbeförderung geschlossen, sodass die Schülerinnen und Schüler nicht mit den BVG-Bussen zur Schule fahren? Warum haben wir uns nicht was Innovatives ausgedacht und überlegt, wie wir die Schülerinnen und Schüler zur Schule hinbekommen, um die Infektionsmöglichkeiten gering zu halten? Warum wurden noch keine Rahmenvereinbarungen mit anderen Orten getroffen, mit Lernorten, die man eröffnen kann? Wir haben von Frau Remlinger das Beispiel der Kneipe von nebenan gehört, aber wir haben auch Kinos, wir haben Veranstaltungssäle, wir haben Vereinsheime, mit denen man Unterricht entzerren könnte, sodass man mit klei-

(Paul Fresdorf)

neren Gruppen lernen könnte. Warum gibt es das noch nicht? Da könnten wir noch weiter sein, als wir es sind. Wir hätten mit einer besseren Vorbereitung die Stadt gewesen sein können, über die wir in der Zeitung lesen: Alle müssen schließen, Berlin ist weiter.

[Beifall bei der FDP]

In Berlin gibt es keine Schulschließungen, sondern Berlin war gut vorbereitet. – An Vorschlägen dazu hat es nicht gemangelt. Herr Stettner hat das Thema Luftfilteranlagen in Schulen schon ein paar Mal so angesprochen, als sei es seine Idee gewesen.

[Beifall von Tim-Christopher Zeelen (CDU) – Heiterkeit bei der CDU]

Da haben wir als FDP-Fraktion den ersten Antrag in dieses Haus eingebracht. Das will ich so hier stehen lassen, ebenso, wie wir das Thema Vorschule ins Parlament gebracht haben, was ein designierter Spitzenkandidat sich unter den Nagel reißen will.

[Heiterkeit bei der CDU]

Da muss man einfach mal klar sagen: Wer hat es erfunden? – Das war die FDP. Das war wie beim Parlamentsbeteiligungsgesetz. Aber das ist ja egal. Darum geht es nicht.

[Heiterkeit bei der CDU]

Es geht uns darum, dass wir die Schülerinnen und Schüler in dieser Stadt wieder in die Schulen bekommen. Wir brauchen noch mehr innovative Regelungen, wir brauchen eine andere Schülerbeförderung. Auch da legen wir Ihnen nahe, einen Weg zu finden, dies zu bewältigen. Dann möchte ich in der Zeitung das nächste Mal lesen: Viele Bundesländer müssen die Schulen schließen, Berlin ist weiter. Wir können das in Berlin. Packen Sie es an, setzen Sie es um. Wenn Sie es nicht schaffen, helfen wir Ihnen gerne dabei.

[Beifall bei der FDP]

Präsident Ralf Wieland:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Behandlung der Anträge in der Reihenfolge der Tagesordnung.

Zunächst behandeln wir den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 18/2730 „Lehren und Lernen aus und nach der Corona-Krise“. Hierzu lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 18/2730-1 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Enthaltungen? – Bei der AfD. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht mehr anwesend. Der Antrag ist abgelehnt.

Dann kommen wir zu dem ursprünglichen Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 18/2730. Zu diesem Antrag empfiehlt der Fachausschuss gemäß der Beschlussempfehlung 18/3005 mehrheitlich – gegen die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP sowie bei Enthaltung der AfD-Fraktion – die Ablehnung. Wer dem Antrag dennoch zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wieder die FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Enthaltungen? – Bei der AfD-Fraktion. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht mehr anwesend. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Als nächstes kommen wir zu dem dringlichen Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 18/3267 „Infektionsschutz und Planungssicherheit in Schulen“. Hierzu ist eine sofortige Abstimmung vorgesehen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist die CDU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Koalitionsfraktionen, FDP und AfD. Damit ist der Antrag abgelehnt. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht mehr anwesend.

Es folgt die Behandlung des dringlichen Antrages der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/3272 „Kinder verdienen den Schutz der Gemeinschaft – Präsenzunterricht auch in Pandemiezeiten: Bildungskatastrophe abwenden und das drohende Fiasko einer „Generation Lockdown“ verhindern!“. Auch hierzu ist die sofortige Abstimmung vorgesehen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist der Antrag abgelehnt. Enthaltungen gibt es keine. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht mehr anwesend.

Schließlich ist noch zu entscheiden über den dringlichen Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 18/3274 „Bildung trotz Pandemie garantieren“. Auch hier ist die sofortige Abstimmung vorgesehen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Koalitionsfraktionen und die CDU-Fraktion. Enthaltungen? – Bei der AfD-Fraktion. Der Antrag ist damit abgelehnt. Fraktionslose Mitglieder sind nicht mehr anwesend.

Die Tagesordnungspunkte 4 und 5 stehen auf der Konsensliste. Tagesordnungspunkt 6 wurde bereits behandelt. Tagesordnungspunkt 7 steht auf der Konsensliste. Tagesordnungspunkt 7 A wurde in Verbindung mit dem Tagesordnungspunkt 1 behandelt. Die Tagesordnungspunkte 8 bis 13 stehen auf der Konsensliste. Der Tagesordnungspunkt 13 A wurde in Verbindung mit Tagesordnungspunkt 1 behandelt. Tagesordnungspunkt 14 steht auf der Konsensliste. Die Tagesordnungspunkte 14 A bis F wurden bereits behandelt.

(Präsident Ralf Wieland)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war unsere heutige Tagesordnung. Die nächste Sitzung, die 70. Sitzung, findet nächsten Donnerstag, am 14. Januar um 10 Uhr statt. Die Sitzung ist geschlossen. Und dann noch den Hinweis für die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer: Wir treffen uns um 17.20 Uhr zu unserer verabredeten Runde. – Vielen Dank, guten Nachhauseweg!

[Schluss der Sitzung: 17.08 Uhr]

Anlage 1

Konsensliste

Vorbehaltlich von sich im Laufe der Plenarsitzung ergebenden Änderungen haben Ältestenrat und Geschäftsführer der Fraktionen vor der Sitzung empfohlen, nachstehende Tagesordnungspunkte ohne Aussprache wie folgt zu behandeln:

Lfd. Nr. 2:

Gesetz zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der Bezirksverordnetenversammlungen in außergewöhnlichen Notlagen

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung vom 7. Dezember 2020
Drucksache 18/3245

zur Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3197

vertagt

Lfd. Nr. 4:

Pandemie bekämpfen — Freiheitsrechte schützen – Maß und Mitte halten

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 2. Dezember 2020
Drucksache 18/3133

zum Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3128

mehrheitlich – gegen FDP bei Enthaltung AfD – abgelehnt

Lfd. Nr. 5:

Ganzjährige und ganztägige Hilfe für Obdachlose: Verstetigung der durch die im Rahmen der Coronapandemie eingerichteten Unterkünfte sicherstellen

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales vom 3. Dezember 2020
Drucksache 18/3226

zum Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2977

mehrheitlich – gegen CDU bei Enthaltung AfD – auch mit geändertem Berichtsdatum „28. Februar 2021“ abgelehnt

Lfd. Nr. 7:

Ergebnisse der Telefonkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 13. Dezember 2020

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3244

Kenntnisnahme

Lfd. Nr. 8:

Verordnung zur Neufassung der Berliner Vorschriften zum Schutz vor Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3247

an GesPflegGleich und Haupt

Lfd. Nr. 9:

Verordnung zu Regelungen in Einrichtungen zur Pflege von pflegebedürftigen Menschen während der Covid-19-Pandemie

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3256

an GesPflegGleich

Lfd. Nr. 10:

Verordnung zur individuellen Regelstudienzeit auf Grund der Covid-19-Pandemie

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3260

an WissForsch

Lfd. Nr. 11:

Erste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß
Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3263

an GesPflegGleich und Haupt

Lfd. Nr. 12:

Verordnung zur Anpassung von Regelungen für die Primarstufe und die Sekundarstufe I und II zur Bewältigung der Folgen der Covid-19-Pandemie im Schuljahr 2020/2021 (Schulstufen-Covid-19-Verordnung 2020/2021 – SchulstufCOV-19-VO 2020/2021)

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3264

an BildJugFam

Lfd. Nr. 13:

Erste Verordnung zur Änderung der Schul-Hygiene-Covid-19-Verordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß
Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3265

an BildJugFam und GesPflegGleich

Lfd. Nr. 14:

Hygienekonzepte für BVG und S-Bahn erstellen und umsetzen

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/3259

an UmVerk (f), GesPflegGleich, WiEnBe und Haupt

Anlage 2

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

Zu lfd. Nr. 14 F:

Strategien zur Bewältigung der Coronakrise

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/3277

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu ergreifen, um auch durch schnelle Impfungen der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit 2019 (Covid-19) entgegenzuwirken. Hierzu brauchen wir eine deutliche Erhöhung der verfügbaren Impfstoffdosen. In erster Linie soll dazu ein zwischen den Ländern abgestimmtes Vorgehen im Bundesrat und der MPK erfolgen. Die Bundesländer haben ihre Kapazitäten zur Verabreichung ausgeweitet; nun ist der Bund am Zug.

Der Bund ist aufgefordert, schneller mehr Impfstoff herstellen zu lassen, um ihn der Bevölkerung frühzeitig zur Verfügung stellen zu können. Um die Chancen dafür zu erhöhen, soll der Bundesminister für Gesundheit unverzüglich auch die Möglichkeiten der Lizenzvergabe und der Produktionsanordnung nutzen, die ihm das Infektionsschutzgesetz bietet. Der weltweite Bedarf ist so erheblich, dass alle Möglichkeiten genutzt werden müssen, erschwinglichen Impfstoff schnell und in großer Menge herzustellen und hierfür möglichst viele Produktionspotenziale zu erschließen.

In gleicher Weise soll der Senat für die trotzdem erwartbare, aber verkürzte Übergangsphase darauf hinwirken, dass die nationale Teststrategie um eine deutliche Ausweitung von Schnelltests erweitert wird. Das Bundesgesundheitsministerium soll unverzüglich die tatsächlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, Antigen-Schnelltests niedrigschwellig als Heimtests zur Verfügung stellen zu können. In Verbindung damit ist der Senat aufgefordert, weitere Konzepte zu entwickeln, um regelmäßige, auch flächendeckende Schnelltests in bestimmten Sektoren zu ermöglichen.